

Antragsbuch Landesparteitag 26. April 2025

cvtx

23. April 2025

Inhaltsverzeichnis

Woh Wohnen / Stadtentwicklung 1

2025/I/Woh/1	Jusos Hamburg	
2025/I/Woh/1 Dann wirds erst richtig wohnlich – Barrieren in städtischen Wohnungen abschaffen		
.....		1
2025/I/Woh/2	Kreis Altona	
2025/I/Woh/2 Streichung § 557b Indexmiete		
.....		2
2025/I/Woh/3	Distrikt Eimsbüttel-Süd	
2025/I/Woh/3 Eigenbedarfskündigungen fairer gestalten		
.....		4
2025/I/Woh/4	Kreis Wandsbek	
2025/I/Woh/4 Mobilitätsangebote bei Bauvorhaben an die Bedarfe anpassen		
.....		5

Verk Verkehr / Mobilität 6

2025/I/Verk/1	Distrikt Neuenfelde	
2025/I/Verk/1 Erhalt der Fähre Cranz-Neuenfelde-Blankenese (HBEL)		
.....		6
2025/I/Verk/2	Jusos Hamburg	
2025/I/Verk/2 Fachspezifische Verkehrsbehörde einführen		
.....		7

Umw Umwelt / Energie 8

2025/I/Umw/1	Distrikt Ottensen	
2025/I/Umw/1 Eine Nachhaltigkeitsstrategie für die ganze Stadt!		
.....		8
2025/I/Umw/2	Distrikt Ottensen	
2025/I/Umw/2 Klimaschutz in Hamburg sozialverträglich, planbar und verantwortungsbewusst		
.....		11

2025/I/Umw/3	Jusos Hamburg	
2025/I/Umw/3 Gute Gesundheit vor Schadstoffe		
.....		14

Arb Arbeit 16

2025/I/Arb/1	Jusos Hamburg	
2025/I/Arb/1 Arbeitsrechte für ALLE stärken!		
.....		16

Soz Soziales 18

2025/I/Soz/1	Kreis Altona	
2025/I/Soz/1 Mehr Schutz für alle Mitglieder in Jugend- und Auszubildendenvertre- tungen		
.....		18

2025/I/Soz/2	Kreis Altona	
2025/I/Soz/2 Zentren für Seniorinnen und Senioren		
.....		19

2025/I/Soz/3	Jusos Hamburg	
2025/I/Soz/3 FINTA* in Krisen finanziell entlasten		
.....		21

2025/I/Soz/4	Jusos Hamburg	
2025/I/Soz/4 Keine Bezahlkarte für Bürgergeldempfänger*innen – Selbstbestim- mung statt Kontrolle!		
.....		22

2025/I/Soz/5	Jusos Hamburg	
2025/I/Soz/5 Schlafen auf der Straße – Winternotprogramm bedarfsgerecht aus- bauen!		
.....		24

2025/I/Soz/6	Jusos Hamburg	
2025/I/Soz/6 Schutzwohnungen für Sexarbeiterinnen		
.....		26

Bil Bildung / Ausbildung	27
2025/I/Bil/1	Jusos Hamburg
2025/I/Bil/1 Dyskalkulie ernst nehmen!	
.....	27
2025/I/Bil/2	Jusos Hamburg
2025/I/Bil/2 Entlastung engagierter Schüler*innen - Unterstützung von sozialem Engagement	
.....	29
2025/I/Bil/3	Jusos Hamburg
2025/I/Bil/3 Hamburgs Schulen im 21. Jahrhundert	
.....	31
2025/I/Bil/4	Jusos Hamburg
2025/I/Bil/4 TeenSTAR verbieten! Kein religiös geprägter Sexualkundeunterricht an Schulen	
.....	33
2025/I/Bil/5	Jusos Hamburg
2025/I/Bil/5 Transparenz und Kontrolle in jeder Schule – für anonyme Beschwerden an Privatschulen!	
.....	35
2025/I/Bil/7	Jusos Hamburg
2025/I/Bil/7 Mehr Umweltschutz an Hamburger Schulen	
.....	37
2025/I/Bil/8	Jusos Hamburg
2025/I/Bil/8 Aufklärung über Social Media-Sucht und deren Konsequenzen an Schulen	
.....	40
2025/I/Bil/9	Jusos Hamburg
2025/I/Bil/9 Einführung der Deutschen Gebärdensprache (DGS) als Wahlpflichtfach an Hamburger Schulen	
.....	41
2025/I/Bil/10	Jusos Hamburg
2025/I/Bil/10 Finanzierung digitaler Lernmittel für alle Schulen in Hamburg	
.....	42

2025/I/Bil/11	Jusos Hamburg	
2025/I/Bil/11 Informatik-Unterricht an die Lebensrealität anpassen		
.....		43
2025/I/Bil/12	Jusos Hamburg	
2025/I/Bil/12 Politische Bildung an Hamburger Schulen – Zeit zum Aufwachen!		
.....		44
Ges Gesundheit		45
2025/I/Ges/1	Jusos Hamburg	
2025/I/Ges/1 Naloxon kosten- und rezeptfrei in Apotheken verfügbar machen		
.....		45
Innen Inneres		46
2025/I/Innen/2	Jusos Hamburg	
2025/I/Innen/2 Gegen staatliche Repression linker Bewegungen!		
.....		46
2025/I/Innen/3	Jusos Hamburg	
2025/I/Innen/3 Wir lassen uns nicht spalten!		
.....		49
2025/I/Innen/4	Kreis Wandsbek	
2025/I/Innen/4 Barrieren im AsylG abbauen		
.....		52
2025/I/Innen/5	Jusos Hamburg	
2025/I/Innen/5 Für eine humane Flüchtlingspolitik: Abschiebelager in Hamburg schließen!		
.....		54
2025/I/Innen/6	Jusos Hamburg	
2025/I/Innen/6 Keine Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete – Hamburg als Vorbild für eine humane Migrationspolitik		
.....		55
2025/I/Innen/7		
2025/I/Innen/7 Förderung der einheitlichen Anwendung des Stufenmodells zur Identitätsklärung bei eritreischen Geflüchteten in Hamburg		
.....		57

Teilh Gleichstellung / Teilhabe 59

2025/I/Teilh/1	Kreis Eimsbüttel	
2025/I/Teilh/1 Demokratie muss es wert sein: Kostenfreier postalischer Antrag zur Briefwahl!		
.....		59
2025/I/Teilh/2	Jusos Hamburg	
2025/I/Teilh/2 Frauenschwimmzeiten in allen Hamburger Bezirken ermöglichen		
.....		60
2025/I/Teilh/3	Jusos Hamburg	
2025/I/Teilh/3 Schulbusbeförderungen für alle Kinder mit Behinderungen in ganz Hamburg		
.....		61
2025/I/Teilh/4	Distrikt Altona-Altstadt	
2025/I/Teilh/4 Meldestelle zu rassistischen und antisemitischen Vorfällen in Hamburg aufbauen		
.....		63
2025/I/Teilh/5	Distrikt Eimsbüttel-Süd	
2025/I/Teilh/5 UN-Behindertenrechtskonvention endlich umsetzen - den Landesaktionsplan für FASD-Betroffene anpassen		
.....		65
2025/I/Teilh/6	Kreis Mitte	
2025/I/Teilh/6 Ernsthaft Demokratie fördern?! Jetzt: Ein Landesintegrationsrat für Hamburg		
.....		66

Eur Europa 67

2025/I/Eur/1	Kreis Hamburg-Mitte	
2025/I/Eur/1 EU-Beihilferecht vereinfachen, Transformation der Wirtschaft beschleunigen und die Wettbewerbsfähigkeit der EU erhöhen		
.....		67

Kul Kultur 69

2025/I/Kul/2	Distrikt Barmbek-Nord/Dulsberg	
2025/I/Kul/2 Eine „Kühne-Oper“ nur mit Aufarbeitung der NS-Vergangenheit		
.....		69

2025/I/Kul/3	Jusos Hamburg	
2025/I/Kul/3 Kultur für alle in der Hafencity, statt Milliardärs-Oper		
.....		71
2025/I/Kul/4	Distrikt St. Pauli Süd	
2025/I/Kul/4 Tor zur Einheit: Hamburgs Zukunftsplan für Ost-West-Integration		
.....		73
2025/I/Kul/5	Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)	
2025/I/Kul/5 Eintritts-Ermäßigungen für Rentnerinnen und Rentner		
.....		77
2025/I/Kul/6	Distrikt Barmbek-Mitte	
2025/I/Kul/6 8. Mai endlich zum Feiertag machen		
.....		78
2025/I/Kul/7	Jusos Hamburg	
2025/I/Kul/7 Feiertag internationaler feministischer Kampftag		
.....		79
2025/I/Kul/8	Jusos Hamburg	
2025/I/Kul/8 Geschichtsaufarbeitung Hagenbecks Tierpark		
.....		80

Wi/Steu Wirtschaft / Steuern **81**

2025/I/Wi/Steu/1	Jusos Hamburg	
2025/I/Wi/Steu/1 Reform des deutschen Sozialversicherungssystems		
.....		81
2025/I/Wi/Steu/2	Distrikt Eimsbüttel-Süd	
2025/I/Wi/Steu/2 Betriebskosten senken: Grundsteuer nicht auf Mietende umlegen		
.....		82
2025/I/Wi/Steu/3	Kreis Altona	
2025/I/Wi/Steu/3 Wiedereinsetzung der Vermögenssteuer		
.....		83
2025/I/Wi/Steu/4	Jusos Hamburg	
2025/I/Wi/Steu/4 Bio darf kein Privileg sein! Mehrwertsteuersenkung auf Bio-Lebensmittel!		
.....		84

Dig Digitalisierung / Mobilfunk		85
2025/I/Dig/1	Jusos Hamburg	
2025/I/Dig/1 Digitale Souveränität muss auch gelebt werden!		
.....		85
Org Organisation		86
2025/I/Org/1	Kreis Bergedorf	
2025/I/Org/1 Unsere Seniorinnen und Senioren nicht abhängen! Zur Kommunikation in unserer Partei. Wir fordern eine ehrliche Bilanz der Erreichbarkeit unserer Mitglieder.		
.....		86
2025/I/Org/2	Kreis Wandsbek	
2025/I/Org/2 Unsere Seniorinnen und Senioren nicht abhängen! Zur Kommunikation in unserer Partei.		
.....		88
2025/I/Org/3	SPD Frauen Hamburg	
2025/I/Org/3 Weil es 44,3% mehr sind – unsere Landesparteitage umgestalten		
.....		90
2025/I/Org/4	SPDqueer	
2025/I/Org/4 Antrag zur Einführung inklusiver Sanitäranlagen in allen Kreisbüros und Parteizentralen		
.....		91
Wis Wissenschaft		92
2025/I/Wis/1	Jusos Hamburg	
2025/I/Wis/1 Einrichtung einer staatlichen Forschungseinrichtung für die Entwicklung von Antibiotika		
.....		92
2025/I/Wis/2	Jusos Hamburg	
2025/I/Wis/2 Barrieren abbauen – für eine bessere Anerkennung von Prüfungsleistungen beim Hochschulwechsel!		
.....		94
2025/I/Wis/3		
2025/I/Wis/3 Hochschulen – demokratisch und sozial!		
.....		95

2025/I/Wis/4	Jusos Hamburg	
2025/I/Wis/4 Meinungsfreiheit an der Uni gewährleisten – Hochschulisches Ordnungsrecht abschaffen!		
.....		96
2025/I/Wis/5	Distrikt Rissen-Sülldorf	
2025/I/Wis/5 Spitzenwissenschaftler*innen aus USA unterstützen		
.....		97
2025/I/Wis/6	Jusos Hamburg	
2025/I/Wis/6 Reform des Lehramtsstudiums		
.....		98

AUSSEN Außenpolitik **99**

2025/I/AUSSEN/1	Jusos Hamburg	
2025/I/AUSSEN/1 Friedensinitiative Nahost: Das zivile Leben in Gaza und Israel muss geschützt werden!		
.....		99
2025/I/AUSSEN/2	Distrikt Niendorf	
2025/I/AUSSEN/2 Hamburgs Nachhaltigkeitsagenda		
.....		101
2025/I/AUSSEN/3	Jusos Hamburg	
2025/I/AUSSEN/3 Zukunftsorientierter Fokus auf die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit von Israel		
.....		102

Woh Wohnen / Stadtentwicklung

Antrag 2025/I/Woh/1

Jusos Hamburg

Dann wirds erst richtig wohnlich – Barrieren in städtischen Wohnungen abschaffen

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die SPD Hamburg setzt sich dafür
2 ein, dass das städtische Wohnungsunternehmen SAGA bis 2030 20.000 seiner Bestandswoh-
3 nungen barrierearm ausbaut. Dazu zählen insbesondere Aufzüge für einen stufenfreien Weg
4 zur Wohnung und barrierefrei ausgebaute Bäder. Dies soll vor allem baulich geeignete Woh-
5 nungen in unmittelbarer Nähe zu Nahversorgungszentren oder Haltestellen des ÖPNV betref-
6 fen. Die SAGA soll ein geeignetes Konzept erarbeiten, dass diesen angepassten Wohnraum auf
7 einfache und gerechte Weise den darauf angewiesenen Mieter*innen zukommen lässt, bei-
8 spielsweise durch ein attraktives Wohnungstauschprogramm.

9 **Begründung**

10 In der Bundesrepublik Deutschland sind nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ca. 9,4%
11 der Bevölkerung schwerbehindert. Dieser sehr juristisch geprägte Begriff umfasst dabei ein
12 breites Spektrum an Behinderungen, zeigt aber die große Zahl von Menschen, die auf eine bar-
13 rierearme Wohnung angewiesen sind. Dabei ist die Zahl passend ausgebaute Wohnungen lei-
14 der so gering, dass viele Betroffene gezwungen sind, in einer Wohnung zu leben, die sie nur sehr
15 eingeschränkt nutzen können und die sie in ihrer (Bewegungs-) Freiheit stark einschränkt. In
16 einer zunehmend älter werdenden Gesellschaft verschärft sich dieses Problem zusehends. Von
17 den ca. 140.000 Wohnungen der SAGA ist momentan nur ein Bruchteil barrierearm ausgebaut.
18 Daher müssen dringend mehr Wohnungen barrierearm und barrierefrei ausgebaut werden.
19 Der Wohnungsneubau macht nur einen sehr geringen Prozentsatz des gesamten Wohnungs-
20 marktes aus und kann dementsprechend dieses Problem nicht alleine lösen. Barrierefreiheit
21 endet nicht an der Wohnungstür – wichtig sind für die Menschen auch eine gute Nahversor-
22 gung in direkter Nähe, sowohl ein bekanntes Sozialumfeld im heimischen Stadtteil. Immobili-
23 en in diesen Lagen sind zum größten Teil bereits seit Jahrzehnten gebaut und bewohnt – diese
24 müssen nun nachgerüstet werden. Hamburg soll für alle ein gutes Zuhause sein!

Antrag 2025/I/Woh/2**Kreis Altona****Streichung § 557b Indexmiete**

1 Der Landesparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten: Wir fordern
2 die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, eine gesetzliche Regelung zur Streichung des § 557b
3 BGB Indexmiete zu initiieren. Die weitere Neuvermietung von Wohnraum auf Grundlage ei-
4 nes sog. Indexmietvertrags soll unterbunden werden. Für bestehende Indexmietverträge ist
5 eine Kappung der Mietpreissteigerungsmöglichkeiten auf 2 % pro Jahr vorzusehen. Mit einer
6 Übergangsfrist von 5 Jahren soll ein vollständiger Ausstieg aus der Indexmiete erreicht werden,
7 für die betroffenen Mietverhältnisse gilt dann das allgemeine Mietrecht.

8 Ebenso fordern wir den Hamburger Senat auf, eine Bundesratsinitiative zur Streichung des §
9 557b Indexmiete auf den Weg zu bringen.

10 Begründung

11 Für Mieterinnen und Mieter, die sich von den im Regierungsprogramm der Ampelkoalition an-
12 gekündigten wohnungspolitischen Initiativen eine Entlastung von ständig steigenden Miet-
13 preisen erhofft hatten, sind die vergangenen Jahre verlorene Jahre gewesen. Die versproche-
14 nen Neubauzahlen (400.000 Wohnungen pro Jahr, davon 100.000 Sozialwohnungen) wurden
15 nicht annähernd erreicht. Vereinbarte Gesetzesvorhaben zum Mieterschutz (z.B. Verschärfung
16 der Mietpreisbremse, neues Vorkaufsrecht für Kommunen) wurden von der FDP erfolgreich blo-
17 ckiert.

18 Um so wichtiger ist es daher, dass die SPD jetzt neue Initiativen ergreift, um ihre Rolle für den
19 Schutz von Mieterinnen und Mietern zu unterstreichen und bewusst zu machen. Ein besonde-
20 res Handlungsfeld sind hierbei die Indexmietenregelungen.

21 Mit einer Indexmiete wird bei Mietvertragsabschluss festgelegt, dass sich die (Nettokalt-)Miete
22 für eine Wohnung erhöht, wenn die Verbraucherpreise steigen. In Zeiten globaler wirtschaftli-
23 cher Krisen und stark steigender Energiepreise erweist sich diese Konstruktion als unberechen-
24 bare und unzumutbare Kostenfalle für Mieterinnen und Mieter:

25 • Steigende Preise treffen Haushalte mit einer Indexmiete doppelt hart: Betroffene müssen
26 dann nicht nur für den Lebensunterhalt (Lebensmittel, Heizung, Strom usw.) mehr ausgeben,
27 sondern auch für die Wohnung. Die Preissteigerungen der Jahre 2022/23 ermöglichen Index-
28 mietensteigerungen von fast 20 % auf einen Schlag! • Die Indexmiete hat sich zu einem äußerst

29 wirksamen Instrument zur Aushebelung der Mietpreisbremse entwickelt. Sie kommt inzwi-
30 schen bei jeder dritten Neuvermietung in deutschen Großstädten zur Anwendung, insbeson-
31 dere bei ohnehin schon hohen Mietpreisen, die keine Spielräume für beträchtliche Mieterhö-
32 hungen nach Mietspiegel aufweisen. In die gleiche Richtung führt die zunehmende Vermie-
33 tung von Wohnungen als „möbliert“, die in den größeren Städten Deutschlands bereits jedes
34 dritte Mietangebot ausmacht. Die betroffenen Mieter haben meist keine Möglichkeit der Ge-
35 genwehr. • Die Indexmieten wirken sich preistreibend auf alle Mietverhältnisse aus. Sie fließen
36 nämlich bei der Aufstellung neuer Mietspiegel voll in die Mietenerhebung ein und treiben die
37 ortsüblichen Vergleichsmieten in die Höhe. Die Regelungen zur Begrenzung von Mietpreisen
38 greifen deswegen immer weniger: ob Kappungsgrenze, Mietpreisbremse oder Verpflichtung
39 zur Orientierung am örtlichen Mietspiegel – Indexmieten sind von diesen Begrenzungen aus-
40 genommen (§ 557b BGB).

Antrag 2025/I/Woh/3

Distrikt Eimsbüttel-Süd

Eigenbedarfskündigungen fairer gestalten

1 Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen: Um die
2 Stellung der Mietenden fairer zu gestalten, werden wir § 573 BGB Ordentliche Kündigung des
3 Vermieters wie folgt ergänzen: (5) Kündigt der Vermieter in den Fällen (2) 2. und 3., steht dem
4 Mieter ein außerordentliches Kündigungsrecht zu.

5 Begründung

6 Eigenbedarfskündigungen nehmen stetig zu. Wenn Mietende von einer solchen Kündigung be-
7 troffen sind, aber schnell eine neue Wohnung finden, sind sie dennoch an die gesetzliche Kündi-
8 gungsfrist von drei Monaten gebunden. Ohne eigenes Verschulden müssen sie also bis zu drei
9 Monate doppelte Miete zahlen. Vor dieser Ungerechtigkeit wollen wir Mietende mit diesem
10 Antrag schützen.

Antrag 2025/I/Woh/4**Kreis Wandsbek****Mobilitätsangebote bei Bauvorhaben an die Bedarfe anpassen**

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 2 Der Senat, die sozialdemokratischen Senatorinnen und Senatoren und die SPD-Fraktion in der
- 3 Hamburgischen Bürgerschaft werden gebeten, sicherzustellen,
- 4 1) dass die Bezirke auch für Bauvorhaben (Wohnungen und Gewerbe) im bestehenden Plan-
- 5 recht, in Bezug auf die Ermittlung des notwendigen Pkw-Stellplatzbedarfs sowie der ggf. ein-
- 6 schlägigen Reduzierungsfaktoren (einschließlich Lagegunst) die Zuständigkeit behalten oder
- 7 erhalten, die Annahmen der Vorhabenträger zu überprüfen und ggf., auch vor dem Hintergrund
- 8 des Parksuchverkehrs und -drucks im jeweiligen Quartier, im Rahmen des erforderlichen Be-
- 9 darfs im Einzelfall anzupassen; 2) dass der Bauprüfdienst "Mobilitätsnachweis" entsprechend
- 10 angepasst wird.

11 Begründung

- 12 Seit der Änderung der Hamburgischen Bauordnung im Jahr 2013 besteht bei der Errichtung von
- 13 Wohngebäuden keine Nachweispflicht für Stellplätze mehr. Die Vorhabenträger entscheiden in
- 14 eigener Verantwortung darüber, wie viele Stellplätze bei Wohnungsbauten in angemessenem
- 15 Umfang herzustellen sind.
- 16 Mit den Empfehlungen für die Ermittlung der mobilitätsbezogenen Bedarfe von Wohnnutzun-
- 17 gen unterstützt die FHH Bauende und Planende bei der Ermittlung eines angemessenen Stell-
- 18 platzbedarfs unter Berücksichtigung der örtlichen Verkehrsverhältnisse im Quartier, der Anbin-
- 19 dung an den öffentlichen Nahverkehr und neu zu schaffender alternativer Mobilitätsangebote.
- 20 Die Gestaltung von Mobilitätsbedarfen beginnt mit der Stadtentwicklung im Quartier, deshalb
- 21 ist insbesondere im Wohnungsbau die Mobilität der Bewohnenden ausreichend sicherzustel-
- 22 len. Fehlende Mobilitätsangebote in einem neuen Quartier wirken sich vielfach negativ auf die
- 23 bestehenden benachbarten Quartiere aus und führen zu großem Unmut in der Nachbarschaft,
- 24 der auch die Lokalpolitik immer stärker beschäftigt. Die Politik einer wachsenden Stadt muss
- 25 darauf bedacht sein, alle Interessen der Betroffenen im Blick zu behalten und bei Bedarf ge-
- 26 meinnützige und angemessene Anpassungen im Einzelfall vornehmen zu können. Nicht alle
- 27 Vorhabenträger setzen die bestehenden Regeln und teils interpretierbaren Vorgaben hinsicht-
- 28 lich der tatsächlichen Mobilitätsbedarfe adäquat um, da diese Investitionskosten als vermeid-
- 29 bar gelten.
- 30 Insbesondere auch durch Bauvorhaben ohne jeden bzw. deutlich zu niedrig bemessenen Stell-
- 31 platzbedarf in vielen Quartieren der Stadt hat sich gezeigt, dass dringend neue Instrumente
- 32 zur Einflussnahme erforderlich sind.

Verk Verkehr / Mobilität

Antrag 2025/I/Verk/1

Distrikt Neuenfelde

Erhalt der Fähre Cranz-Neuenfelde-Blankenese (HBEL)

1 Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Senat und die Bürgerschaftsfraktion Fol-
2 gendes beschließen: Die SPD in Senat und Bürgerschaft soll sich für den langfristigen Erhalt der
3 Fähre Cranz-Neuenfelde-Blankenese (HBEL) einsetzen und gemeinsam mit der Hadag ein neu-
4 es Konzept zur Reaktivierung der Fähre Cranz-Neuenfelde-Blankenese (HBEL) anstreben und
5 erarbeiten.

6 Begründung

7 Die Fährlinie Cranz-Neuenfelde-Blankenese (HBEL) ist trotz sinkender Fahrgastzahlen für die
8 Mobilität in der Region von großer Bedeutung und sollte daher erhalten bleiben. Zwar hat
9 die Hadag angekündigt, den Fährbetrieb aus wirtschaftlichen Gründen einzustellen, doch
10 der Rückgang der Fahrgastzahlen ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen, darunter häufige
11 Fahrtausfälle, verschickte Fahrrinnen und unzureichende Hinweise auf die Fährverbindung.

12 Gerade in Zeiten der Mobilitätswende, in denen alternative Verkehrsangebote gestärkt werden
13 sollten, ist die Einstellung dieser Linie kontraproduktiv. Die Fährverbindung bietet eine umwelt-
14 freundliche Alternative zur oft überlasteten Buslinie 150, die regelmäßig im Stau des Elbtunnels
15 steht und dadurch die Pendler*innen mit Verspätungen belastet. Hinzu kommen die anstehen-
16 den Bauarbeiten zur Deicherhöhung, die in Cranz und Neuenfelde zu zusätzlichen Verkehrspro-
17 blemen führen werden.

18 Auch der Tourismus im Alten Land profitiert von dieser Fährverbindung, da sie eine attraktive
19 Anbindung für Besucher*innen aus Blankenese und anderen Stadtteilen nördlich der Elbe dar-
20 stellt. Diesen Mehrwert haben auch lokale Akteure wie der Blankeneser Bürgerverein und auch
21 der Gemeinderat der Gemeinde Jork erkannt und sich für den Erhalt der Fähre ausgesprochen.

22 Statt die Linie einzustellen, sollte sie in ein neues Verkehrskonzept integriert werden, das ihre
23 Potenziale als umweltfreundliche und stauunabhängige Alternative besser nutzt. Deshalb: Ja
24 zum neuen Liniennetz der Hadag und ein klares Ja zum Erhalt der HBEL!

Antrag 2025/I/Verk/2

Jusos Hamburg

Fachspezifische Verkehrsbehörde einführen

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die SPD setzt sich dafür ein, dass 1.
2 eine fachspezifische bezirkliche Verkehrsbehörde geschaffen wird; 2. diese neue Behörde die
3 Aufgaben übernimmt, für die bisher die Verkehrsdirektion zuständig ist; 3. bei den Bezirksäm-
4 tern Verkehrsabteilungen eingerichtet werden; 4. diese Abteilungen die Aufgaben überneh-
5 men, für die bisher die Polizeikommissariate als Straßenverkehrsbehörde zuständig sind; 5. die
6 Aufgaben der Behörde für Inneres und Sport auf dem Gebiet des Straßenverkehrs auf die Be-
7 hörde für Verkehr und Mobilitätswende übergehen.

8 Begründung

9 Wer in Hamburg eine Halteverbotszone für einen Umzug beantragt, wendet sich an sein örtli-
10 ches Polizeikommissariat. Das mag verwundern, hat die Polizei doch eigentlich andere Aufga-
11 ben. Ihr gebührt Anerkennung für die wertvolle Arbeit an Sicherheit und Vertrauen. Die Polizei
12 ist indes nicht nur auf lokaler Ebene für temporäre Anordnungen zuständig, sondern gestal-
13 tet als Verkehrsdirektion auch auf Landesebene den Straßenverkehr unserer Stadt. Das bringt
14 einige Probleme mit sich. Schon 2019 erkannte das Abendblatt, dass die zentrale Verkehrsdi-
15 rektion unterbesetzt und überfordert ist und hielt fest: „Dort sind nicht nur viele Stellen va-
16 kant. Die Altersstruktur ist überdurchschnittlich hoch.“ Es überrascht nicht, dass die konser-
17 vative Institution der Polizei Veränderungen wie der Verkehrswende grundsätzlich skeptisch
18 gegenübersteht. So werden neue bundesweite Regeln wie der Grünpfeil für Radfahrende oder
19 ausgeschilderte Überholverbote einspuriger Fahrzeuge in Hamburg kaum bzw. gar nicht ange-
20 wendet. Auch der ÖPNV wird von unseren Verkehrsbehörden regelmäßig ausgebremst, etwa
21 wenn es um Bedarfshaltestellen für Busse geht. Uns geht es darum, Kompetenzen intuitiv zu
22 bündeln. Die Überwachung des Verkehrs und seiner Sicherheit ist und bleibt Kernaufgabe der
23 Polizei. Den gestalterischen Aspekt hingegen wollen wir in andere Hände legen. Denn kaum
24 jemand wird mit dem Ziel, an einem Schreibtisch verkehrsbehördliche Anordnungen zu erlas-
25 sen, zur Polizei gehen. Umgekehrt schreckt eine Laufbahn in Uniform und unter Waffen vie-
26 le am Verkehr Interessierte ab. Unser Vorschlag ermöglicht ausbildungsgerechte Einsätze mit
27 klarem Fokus auf den städtischen Verkehr. Damit ist nicht zuletzt der Polizei selbst geholfen.
28 Die Arbeit in den Verkehrsbehörden gehört nicht zu den attraktiven Dienstposten. Stattdessen
29 werden personelle Kapazitäten wieder im eigentlichen Zuständigkeitsbereich der Polizei ein-
30 gesetzt: der Sicherheit. Hier wurden bis jetzt Überstunden aufgebaut und Kooperationen mit
31 privaten Dienstleistern eingegangen. Die fachspezifische Verkehrsbehörde ist kein Sprung ins
32 kalte Wasser. Ihr Aufbau setzt eine schon laufende Entwicklung hin zu einem multimodalen
33 Blick auf den Verkehr in unserer Stadt fort. Die Verkehrsbehörde als spezialisierte Stelle mit
34 jungen Profis in enger Angliederung an die Bezirke ist der logische nächste Schritt.

Umw Umwelt / Energie

Antrag 2025/I/Umw/1

Distrikt Ottensen

Eine Nachhaltigkeitsstrategie für die ganze Stadt!

1 Wir wollen nachhaltige Entwicklung systematisch zum Maßstab des Handelns von Politik und
2 Verwaltung zu machen. Nachhaltigkeit soll als Ziel in die Hamburger Verfassung aufgenom-
3 men werden. Um Hamburgs Zukunftschancen zu nutzen und gleichzeitig die Lebensqualität
4 für alle Hamburgerinnen und Hamburger zu verbessern, werden wir eine umfassende Nachhal-
5 tigkeitsstrategie für unsere Stadt entwickeln und umsetzen. Wir orientieren uns dabei an den 17
6 Zielen für Nachhaltige Entwicklung, dem Zukunftspakt der Vereinten Nationen und der Deut-
7 schen Nachhaltigkeitsstrategie. Mit der Strategie nutzen wie die internationalen Bemühungen,
8 um Hamburg ökologisch, sozial und wirtschaftlich fit für die Zukunft zu machen. Gemeinsam
9 gestalten wir eine lebenswerte Stadt für alle Generationen. Nachhaltigkeit geht alle an. Eine
10 breite gesellschaftliche Beteiligung am Prozess der Nachhaltigkeitsstrategie soll die Politik ori-
11 entieren und das Bewusstsein für nachhaltige Entwicklung in der Bevölkerung stärken. Eine
12 Hamburger Nachhaltigkeitsstrategie und deren Umsetzung durch alle Behörden muss verläss-
13 lich und nachvollziehbar sein und die Bevölkerung mitnehmen. Dialogorientierte, deliberative
14 Verfahren sollten gestärkt und ausgebaut werden, um einen kontinuierlichen Dialog zwischen
15 Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zu gewährleisten. Die Strategie muss einen starken
16 Fokus auf soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit legen, um niemanden zurückzulassen.
17 Die Strategie muss ambitionierte und messbare Ziele für alle relevanten Nachhaltigkeitsberei-
18 che setzen. Die konsequente Umsetzung und regelmäßige Überprüfung der Fortschritte sind
19 entscheidend. Die Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in allen Bildungsbe-
20 reichen (Hamburgs Masterplan BNE) ist ein Element der Strategie sein, um das Bewusstsein
21 und die Handlungskompetenz für Nachhaltigkeit in der Bevölkerung zu stärken. Die Hamburg
22 Sustainability Conference (HSC) wird als internationales Event jährlich fortgeführt und durch
23 ein lokales Aktionsprogramm genutzt, um das Wissen der Bevölkerung aufzunehmen.

24 **Begründung**

25 Der Beschluss der Bürgerschaft (Drucksache 22/15906) zur Entwicklung einer umfassenden
26 Nachhaltigkeitsstrategie für Hamburg ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer nachhalti-
27 gen Stadtentwicklung. Dies muss in der 23. Legislaturperiode fortgesetzt werden. Durch die
28 konsequente Umsetzung dieser Aspekte kann Hamburg zu einem Vorreiter für nachhaltige
29 Stadtentwicklung werden und einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der globalen Ziele für
30 Nachhaltige Entwicklung und des Zukunftspaktes der Vereinten Nationen leisten. Die Bürger-
31 schaft hat den Senat aufgefordert, eine behördenübergreifende Hamburger Nachhaltigkeits-
32 strategie zu entwickeln, die sich an den 17 globalen Entwicklungszielen der Vereinten Natio-
33 nen und ihren 169 Unterzielen orientiert und gleichzeitig die spezifischen Hamburger Bedin-
34 gungen reflektiert und damit an den deutschen Kontext (Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie)

35 und die internationale Ebene (Europäische Union und Vereinte Nationen) anknüpft. Die Stadt
36 Hamburg hat sich bereits 2017 zur Umsetzung der SDGs verpflichtet (vergleichbar Drs. 21/9700
37 und 22/12361) und hat 2019 in einer Erklärung von Bund und Ländern bekräftigt, Nachhaltige
38 Entwicklung als Leitprinzip konsequent in allen Bereichen und Entscheidungen anzuwenden.
39 Im Koalitionsvertrag von 2020 bekräftigten SPD und GRÜNE dieses Ziel und die Fortsetzung
40 des behördenübergreifenden SDG-Arbeitskreises als Koordinationsgremium unter Federfüh-
41 rung der Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft (BUKEA). Mit dem Gesetz
42 zur Weiterentwicklung des digitalen Finanzmanagements und zur Änderung haushaltsrecht-
43 licher Vorschriften wurde im Jahre 2021 der § 1 Landeshaushaltsordnung (LHO) dahin gehend
44 ergänzt, dass den Grundsätzen der Wirkungsorientierung bei der Aufstellung und der Ausfüh-
45 rung des Haushaltsplans Rechnung zu tragen ist, insbesondere unter Berücksichtigung des
46 Ziels der tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter sowie des Prinzips der ökologischen,
47 ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeit. Ebenso hervorgehoben sei das interfraktionelle
48 Petitum zum Bericht des Haushaltsausschusses (Drs. 22/13602), mit dessen Annahme in der
49 Bürgerschaft am 06. Dezember 2023 der Senat ersucht wurde, unter anderem eine städtische
50 Gesamtstrategie anhand der SDGs zu entwickeln, daraus wirkungsorientierte Einzelplanzie-
51 le abzuleiten und ein gesamtstädtisches Kennzahlensystem zum Abbilden der Strategie und
52 der wirkungsorientierten Einzelplanziele zu schaffen, zudem ein Informations-System zur stra-
53 tegischen und operativen Steuerung aufzubauen und die gesamtstädtischen Ziele und Kenn-
54 zahlen sowie die steuerungsrelevanten Kennzahlen der Leistungszwecke darin abzubilden und
55 die notwendigen Fach- und Ressourceninformationen zu integrieren. Die Ziele der Agenda 203
56 sind nur gemeinsam zu erreichen. Das bedeutet auch das Zusammenspiel aller Akteursgrup-
57 pen. Eine stärkere Einbindung der Bürger*innen würde nicht nur die demokratische Legitimität
58 der Strategie erhöhen, sondern auch das lokale Wissen und Engagement der Hamburger*innen
59 für eine nachhaltige Stadtentwicklung nutzen. Die SPD möchte einen umfassenden Dialog mit
60 Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft führen, um die Nach-
61 haltigkeitsstrategie gemeinsam zu entwickeln und umzusetzen. Eine enge Einbindung zivilge-
62 sellschaftlicher Akteure in Entwicklung, Umsetzung und Monitoring der Strategie ist essenziell.
63 Beteiligungsformate und -prozesse müssen im Hinblick auf Diversität und Vielfalt ausgebaut
64 und erweitert werden, um niemanden zurückzulassen. Fortbildungen und finanzielle Anreize
65 für innovative Partizipationsprojekte sollen das ehrenamtliche Engagement stärken. Dabei sol-
66 len auch die Stellungnahmen zivilgesellschaftlicher Akteure geprüft werden, auch im Hinblick
67 darauf, inwieweit bei möglichen Zielkonflikten zwischen den SDGs auf abstrakter Ebene und
68 dem, was dies konkret für Hamburg bedeutet, auch weitere Nachhaltigkeitsindikatoren einge-
69 führt werden können, insbesondere ob eine stärkere Berücksichtigung von Suffizienzmaßnah-
70 men ermöglicht werden kann. Hierzu bedarf es insgesamt eines Diskussionsprozesses zur Ein-
71 ordnung und Gewichtung ökologischer Nachhaltigkeitsziele bei Konflikten mit sozialen oder
72 ökonomischen Nachhaltigkeitszielen. Eine solche Strategie geht über die bisherigen Ansätze
73 hinausgehen und verfolgt eine wirklich transformative Agenda. Eine klimaneutrale Stadtent-
74 wicklung, nachhaltige Mobilität und der Ausbau erneuerbarer Energien sollten Priorität haben.
75 Die Förderung einer ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft und nachhaltiger Konsum- und
76 Produktionsmuster müssen in der Strategie verankert werden. Die Strategie sollte neue Finan-

77 zierungsansätze wie Green Bonds, einen Nachhaltigkeitshaushalt und die konsequente Aus-
78 richtung öffentlicher Investitionen an Nachhaltigkeitskriterien vorsehen. Die Strategie sollte
79 Maßnahmen zur Förderung fairer Handelsbeziehungen und globaler Partnerschaften für nach-
80 haltige Entwicklung beinhalten. Der Hamburger Masterplan zur Förderung von Bildung für
81 nachhaltige Entwicklung (BNE) in allen Hamburger Bildungsbereichen soll mit Haushaltsmit-
82 teln strukturell gefördert werden. Das bundesweite »Eine Welt-Promotor*innen-Programm«
83 wird in Hamburg aus Haushaltsmitteln institutionell gestärkt und ausgebaut. Mit der Hamburg
84 Sustainability Conference (HSC) haben wir eine internationale eine Plattform eingeführt, um
85 Ideen zu diskutieren und weiterzuentwickeln, um die nachhaltige Stadtentwicklung weltweit
86 voranzutreiben. Zusammen mit unseren Partnerschaften in der Welt wollen wir Ansätze ver-
87 wirklichen, wie Städte durch innovative und nachhaltige Strategien ökologischen, wirtschaft-
88 lichen und sozialen Mehrwert schaffen können. Hamburg ist damit international agierende
89 und verlässliche Partnerin und Mittlerin zwischen Politik, Unternehmen, Zivilgesellschaft und
90 Wissenschaft, die praktische Gestaltung des Umbaus von Ernährungs- und Energiesystemen,
91 von Wirtschafts- und Sozialsystemen vorantreiben. Die Stadt trägt damit eine wichtige Rolle
92 beim Gelingen des Zukunftspaktes der Vereinte Nationen. Der jährliche Nachhaltigkeitsbericht
93 soll künftig in die Daueraufgabe einer gesamtstädtischen Nachhaltigkeitsstrategie eingebettet
94 werden, die nicht beim Status quo stehen bleibt. Weit über die ökologischen Aufgaben hinaus
95 dient das Konzept einer Nachhaltigkeitsstrategie der Wahrnehmung einer übergreifenden Ver-
96 antwortung für eine ökonomisch, ökologisch und sozial tragfähige Entwicklung für alle Gene-
97 rationen. Der Nachhaltigkeitsbericht ermöglicht damit eine Diskussion und Überprüfung der
98 politisch vereinbarten Hamburger Ziele hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die global verein-
99 barten Ziele.

Antrag 2025/I/Umw/2

Distrikt Ottensen

Klimaschutz in Hamburg sozialverträglich, planbar und verantwortungsbewusst

1 Wirksamer Klimaschutz ist die soziale Aufgabe unserer Zeit, die nicht verdrängt werden kann.
2 Die SPD setzt sich für eine Transformation zur Klimaneutralität ein, die sozialverträglich, plan-
3 bar und verantwortungsbewusst ist. Die Politik muss dafür einen gesetzlichen Rahmen set-
4 zen, der ambitionierte Klimaziele formuliert und ihre Umsetzung sicherstellt. Der Senat soll
5 mit der Initiative des Volksbegehrens „Hamburger Zukunftsentscheid“ umgehend in Verhand-
6 lungen treten, um einen Dialog in der Sache einzuleiten. Wir wollen mit einem Hamburger
7 Klimaschutzverbesserungsgesetz diesen Rahmen für das Erreichen der Klimaneutralität 2040
8 setzen. Das Klimaschutzverbesserungsgesetz begründet jährliche Klimaschutzziele durch die
9 Festlegung verbindlicher Jahresemissionsgesamtmengen. Entsprechend müssen auch die im
10 Klimaplan festgelegten Sektorziele jährlich ausgewiesen werden. Klimaschutz muss sozialver-
11 träglich gestaltet werden, sonst gelingt er nicht. Unsere Lebensgrundlagen schützen wir nur
12 gemeinsam. Mit der Verpflichtung zur Sozialverträglichkeit festigen wir den gesellschaftlichen
13 Zusammenhalt und stärken die sozialen und demokratischen Grundlagen. Mit der Beschleu-
14 nigung der sozial-ökologischen Transformation leistet Hamburg einen wichtigen Beitrag zu
15 diesen Bemühungen. Wir unterstützen die Förderung und Implementierung klimafreundlicher
16 Technologien und die Entwicklung klimafreundlicher Lebensweisen. Eine zwingende sozialver-
17 trägliche Ausgestaltung von Klimaschutzmaßnahmen bedeutet, dass soziale und wirtschaftli-
18 che Härten insbesondere für Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen ausgeglichen
19 werden müssen. Die konkrete Umsetzung der Sozialverträglichkeit wird von der Art der jeweili-
20 gen Klimaschutzmaßnahme und dem wirtschaftlichen und sozialen Kontext abhängen. Ham-
21 burg setzt sich weiter dafür ein, dass auf bundesdeutscher und europäischer Ebene die Um-
22 setzung der Transformation hin zur Klimaneutralität mit hoher Priorität betrieben wird. Wir
23 wollen EU-Finanzinstrumente wie den „Just Transition Fund“ und den „Social Climate Fund“
24 weiter nutzen, um alle von einer nachhaltigen Zukunft profitieren zu lassen und niemanden
25 zurückzulassen.

26 **Begründung**

27 Mit dem Antrag übernimmt die SPD wesentliche Forderungen der Initiative „Hamburger Zu-
28 kunftsentscheid“, die im Herbst 2025 ein Volksbegehren für die entsprechende Änderung
29 des Klimaschutzgesetzes durchführt. Dieser Vorschlag für ein Hamburger Gesetz für besse-
30 ren Klimaschutz (Klimaschutzverbesserungsgesetz) liegt uns unter [https://zukunftsentscheid-
31 hamburg.de/inhalte/der-gesetzestext/](https://zukunftsentscheid-hamburg.de/inhalte/der-gesetzestext/) im Detail vor. Er wird von zivilgesellschaftlichen Orga-
32 nisationen getragen und aus Wirtschaft und Wissenschaft unterstützt. Wir erkennen dieses En-
33 gagement ausdrücklich an und wollen die Pläne gemeinsam verwirklichen. Klimaschutz nach

34 sozialdemokratischen Grundsätzen kann von uns vorbildlich gestaltet werden. Durch das Kli-
35 maschutzverbesserungsgesetz werden die Klimaziele Hamburgs realistischer gesetzt. Das Re-
36 duktionsziel von 70% bis 2030 bleibt unverändert. Das Ziel der Klimaneutralität wird hingegen
37 auf 2040 vorgezogen. Aber nicht nur das: Um die Erreichung zuverlässiger und planbarer zu
38 machen, werden jährliche Emissionsziele für die Jahre 2026 bis 2040 festgelegt. Anstatt die So-
39 zialverträglichkeit bei der Erreichung der Klimaschutzziele lediglich "zu berücksichtigen", ma-
40 chen wir sie unumgänglich. Gerade Haushalte mit geringem Einkommen sollen die Sicherheit
41 haben, nicht übermäßig belastet zu werden. Dazu braucht es Förderungen und Härtefallrege-
42 lungen. Das Vorziehen der Klimaneutralität auf das Jahr 2040 ist eine große Herausforderung
43 für Hamburg. Die jeweiligen Auswirkungen auf die Sektoren, in denen die Klimaneutralität zu
44 erreichen ist, sowie die Notwendigkeit finanzieller Aufwendungen für die Stadt hängen da-
45 bei von den konkreten Maßnahmen ab, die Bürgerschaft und Senat wählen, um Hamburg zu
46 dekarbonisieren. Das Klimaschutzverbesserungsgesetz setzt einen Rahmen für den Weg zur
47 Klimaneutralität, impliziert aber keine konkreten Maßnahmen. Durch die Anrechnung von so-
48 wohl Über- als auch Unterschreitungen der Jahresemissionsgesamtmengen auf die Folgejahre
49 soll ein CO₂-Gesamtbudget bis zur CO₂-Neutralität 2040 etabliert. Mit der Einführung einer
50 binnen sechs Monaten zu erstellenden Schätzbilanz wird die Datengrundlage für die Hambur-
51 ger Klimaschutzpolitik verbessert. Die Klimaschutzziele der Stadt sind seit 2020 im Hambur-
52 gischen Klimaschutzgesetz (HmbKliSchG) geregelt. Mit dem am 06.12.2023 von der Hambur-
53 ger Bürgerschaft beschlossenen Klimaschutzstärkungsgesetz hat die Stadt selbst ihre Klima-
54 schutzziele angezogen: Sollten zuvor Emissionen um 55% bis 2030 und um 95% bis 2050 re-
55 duziert werden, sind es nun 70% bis 2030 und 98% bis 2045. Ein Reduktionsziel von mehr als
56 70% bis 2030 wird wissenschaftlich derzeit als nicht realistisch eingeschätzt. Die Klimaneutra-
57 lität bis 2040 allerdings haben sich bereits Länder wie Baden-Württemberg, Niedersachsen,
58 Schleswig-Holstein und Bayern gesetzlich zum Ziel gesetzt. Daher ziehen wir auch das Errei-
59 chen der Klimaneutralität auf 2040 vor. Hamburg setzt auf Investitionen in klimaneutrale Zu-
60 kunftstechnologien und Infrastruktur. Das nutzt große Chancen für gute Arbeit und wirtschaft-
61 lichen Fortschritt. Ein stärkerer Einsatz für die Klimaneutralität kann die Attraktivität des Stand-
62 orts Hamburg erhöhen, Arbeitsplätze schaffen und sichern sowie den Zugang zu Zukunftstech-
63 nologien wie der Wasserstoffwirtschaft frühzeitig sicherstellen. Hamburg braucht ein Klima-
64 neutralitätsziel bis 2040, um wettbewerbsfähig zu sein. Die menschengemachte Klimakrise ist
65 die größte Herausforderung des einundzwanzigsten Jahrhunderts. Ihre Auswirkungen gefähr-
66 den die Lebensgrundlagen von heutigen und zukünftigen Generationen. Mit dem Pariser Kli-
67 maschutzabkommens steht unsere Gesellschaft steht am Anfang eines umfassenden Transfor-
68 mationsprozesses. Innerhalb weniger Jahre müssen alle Bereiche des wirtschaftlichen und täg-
69 lichen Lebens dekarbonisiert werden. In seiner grundlegenden Entscheidung vom 24. März 2021
70 hat das Bundesverfassungsgericht festgehalten, dass der Staat nach Art. 20a GG verpflichtet
71 ist, die Erderwärmung zu begrenzen. Die tatsächliche Reduktion von Treibhausgasen darf dabei
72 nicht unangemessen in die Zukunft verschoben werden, um Grundrechte zukünftiger Genera-
73 tionen nicht zu verletzen (vgl. 1 BvR 2656/18). Der Gesetzgeber muss deshalb einen plausiblen
74 Plan zur Emissionsreduktion vorlegen. Auch die Bundesländer sind zur Reduktion von Emis-
75 sionen verpflichtet, denn ohne ihr entsprechendes Handeln ist die Einhaltung der deutschen

76 Klimaschutzziele nicht möglich (vgl. 1 BvR 1565/21). Die Freie und Hansestadt Hamburg hat die
77 Verantwortung für die Begrenzung der Erderwärmung in die Präambel der Verfassung aufge-
78 nommen. Eine ambitionierte Klimapolitik ist nicht nur tatsächlich, sondern auch verfassungs-
79 und völkerrechtlich geboten. Um die Transformation zur Klimaneutralität sozial gerecht, nach-
80 haltig und planungssicher umzusetzen, muss die Politik einen Rahmen setzen, der ambitio-
81 nierte Klimaziele formuliert und ihre Umsetzung sicherstellt. Angesichts der stetig dramati-
82 scher werdenden Auswirkungen der Klimakrise muss der Schutz unserer gemeinsamen Lebens-
83 grundlagen höchste Priorität haben. Das Verhindern großflächig katastrophaler Klimawandel-
84 folgen wird davon abhängen, ob Städte Modelle für das zeitnahe Erreichen der Klimaneutralität
85 entwickeln und umsetzen. Die Transformation hin zur Klimaneutralität ist in Hamburg bereits
86 geltende Gesetzeslage. Bereits nach der derzeitigen Gesetzeslage stehen der Freien und Hanse-
87 stadt Hamburg, ihren Bürgerinnen und Bürgern und der Hamburger Wirtschaft grundlegende
88 Änderungen bevor. Um bis 2030 eine CO₂-Reduktion um 70% und bis 2045 die Klimaneutrali-
89 tät zu erreichen, müssen in allen Sektoren transformative Maßnahmen umgesetzt werden. Im
90 Verkehrssektor muss der ÖPNV gestärkt und die Elektrifizierung vorangetrieben und im Wirt-
91 schaftssektor die Nutzung von fossilen Energieträgern auf erneuerbare umgestellt werden. Für
92 die Dekarbonisierung im Gebäudebereich ist ein Ausbau klimaneutraler Fernwärme sowie die
93 energetische Sanierung des Gebäudebestands erforderlich (vgl. dazu die zweite Fortschreibung
94 des Hamburger Klimaplan). Klimaschutz geht nur sozial. Maßnahmen, die der Zielerreichung
95 dienen, könnten etwa die Sanierungsgeschwindigkeit und -tiefe im Gebäudebestand erhöhen
96 oder die Umstellung der Produktions- und Anlagetechnik beschleunigen. Daneben sind auch
97 Maßnahmen denkbar, die verhaltensbezogene Änderungen anstreben, etwa eine stärkere Nut-
98 zung des Umweltverbands (zu Fuß, Fahrrad, ÖPNV). Die Wirksamkeit und Akzeptanz der Klima-
99 politik wird nur in der konkreten Umsetzung messbar. Deshalb verpflichten wir die Stadt dazu,
100 nach 6 Monaten eine Schätzbilanz zu veröffentlichen. Nach der Begründung zum Neuerlass
101 des Hamburgischen Klimaschutzgesetz 2020 soll das Prinzip der Sozialverträglichkeit sicher-
102 stellen, "dass die Maßnahmen die Bürgerinnen und Bürger nicht überfordern und es insbeson-
103 dere nicht zu sozialen bzw. wirtschaftlichen Härten kommt." Eine zwingende sozialverträgliche
104 Ausgestaltung von Klimaschutzmaßnahmen bedeutet, dass soziale und wirtschaftliche Här-
105 ten insbesondere für Haushalte mit geringem Einkommen antizipiert und verhindert werden
106 müssen. Dafür kommen unterschiedliche Instrumente in Betracht. Möglich wären etwa Här-
107 tefallregelungen, aber auch gezielte Förderungen können diese Vorgabe erfüllen. Die konkrete
108 Umsetzung der Sozialverträglichkeit wird von der Art der jeweiligen Klimaschutzmaßnahme
109 und dem wirtschaftlichen und sozialen Kontext abhängen. Eine beschleunigte Dekarbonisie-
110 rung hat mittelfristig ökonomisch positive Folgen für Hamburg. Auch wirtschaftliche Akteu-
111 re weisen auf den Zusammenhang zwischen Klimaneutralität und Zukunftsfähigkeit hin. Mit
112 der Selbstverpflichtung, die Klimaneutralität bereits 2040 zu erreichen, setzt Hamburg dabei
113 ein starkes politisches Signal, dass die Umsetzung der dafür erforderlichen Maßnahmen auf
114 Bundesebene erwartet wird und für Hamburg hohe politische Priorität hat. Hamburg schließt
115 damit zu einer Reihe weiterer Akteure auf, die es sich zum Ziel gesetzt haben, bereits vor 2045
116 klimaneutral zu sein.

Antrag 2025/I/Umw/3

Jusos Hamburg

Gute Gesundheit vor Schadstoffe

- 1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der
2 SPD beschließen: 1. Erweiterte Beschränkung von PFAS in Verbrauchsprodukten: • Einführung
3 einer Kennzeichnungspflicht für PFAS-haltige Produkte. • Einrichtung eines Förderprogramms
4 für PFAS-freie Alternativen in der Industrie.
- 5 2. Maßnahmen gegen Mikroplastik und Weichmacher: • Förderung biologisch abbaubarer Al-
6 ternativen für Verpackungen und Textilien. • Verpflichtung von Herstellern zur Rücknahme-
7 pflicht für Mikroplastik-emittierende Produkte (z. B. synthetische Kleidung).
- 8 3. Reduzierung von Pestiziden und Schwermetallen: • Verschärfung des Grenzwertes für Arsen
9 in Reisprodukten. • Entwicklung eines Monitoringsystems für Schwermetalle in Lebensmitteln
10 mit verpflichtender Verbraucherinformation. • Verbot des Imports von stark pestizidbelasteten
11 (z. B. durch Atrazin) Lebensmitteln aus Drittländern, sofern sie nicht EU-Standards entsprechen.
- 12 4. Förderung von Forschung und Innovation: • Einrichtung eines Forschungsfonds für schad-
13 stofffreie Alternativen, insbesondere für nachhaltige Verpackungen und umweltfreundliche
14 Chemikalien. • Unterstützung von Start-ups und Unternehmen, die innovative Lösungen zur
15 Schadstoffreduktion entwickeln.
- 16 5. Verbraucheraufklärung und Transparenz: • Einrichtung einer staatlichen Informationsplatt-
17 form, die Verbraucher*innen über gesundheitsgefährdende Substanzen aufklärt. • Einführung
18 eines Siegels für schadstofffreie Produkte, um bewusste Kaufentscheidungen zu ermöglichen.

19 **Begründung**

20 Die Belastung durch PFAS, Mikroplastik, Weichmacher, Pestizide und Schwermetalle stellt eine
21 erhebliche Bedrohung für die menschliche Gesundheit und die Umwelt dar. Wissenschaftliche
22 Studien belegen, dass diese Schadstoffe langfristig schwere gesundheitliche Probleme verur-
23 sachen können. PFAS, auch als „Ewigkeitschemikalien“ bekannt, sind äußerst persistent und
24 wurden mit verschiedenen Krebsarten, Immunschwäche und hormonellen Störungen in Ver-
25 bindung gebracht. Da diese Stoffe sich in Wasser und Böden anreichern, gefährden sie nicht
26 nur die aktuelle Generation, sondern auch zukünftige Generationen, da sie über Nahrung und
27 Trinkwasser in den Körper gelangen. Mikroplastik stellt ein wachsendes Problem dar, da es in
28 nahezu allen Ökosystemen nachgewiesen wurde. Untersuchungen zeigen, dass Mikroplastik-
29 partikel nicht nur in den Ozeanen, sondern auch in der Luft, im Boden und in Trinkwasserquel-
30 len vorkommen. Die langfristigen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit sind bisher
31 nicht vollständig erforscht, aber es gibt Hinweise darauf, dass sie Entzündungen verursachen

32 und die Zellfunktion beeinträchtigen können. Besonders besorgniserregend ist, dass viele Mi-
33 kroplastikpartikel mit giftigen Chemikalien belastet sind, die sich im Körper anreichern können.
34 Weichmacher wie Phthalate und Bisphenole sind allgegenwärtig in Kunststoffen und können
35 hormonelle Störungen auslösen. Sie stehen im Verdacht, Unfruchtbarkeit, Diabetes und Ent-
36 wicklungsstörungen bei Kindern zu verursachen. Trotz einiger regulatorischer Fortschritte sind
37 diese Stoffe weiterhin in zahlreichen Alltagsprodukten enthalten. Daher ist es notwendig, nicht
38 nur ihre Verwendung weiter einzuschränken, sondern auch Alternativen stärker zu fördern.
39 Auch Schwermetalle wie Blei, Quecksilber und Arsen sind weiterhin eine Bedrohung für die
40 Gesundheit. Besonders in importierten Lebensmitteln aus Drittländern sind hohe Konzentra-
41 tionen dieser toxischen Stoffe nachgewiesen worden. Arsen, das in Reisprodukten häufig vor-
42 kommt, kann langfristig das Risiko für Krebs und Herz-Kreislauf-Erkrankungen erhöhen. Eine
43 gezielte Kontrolle und eine Verschärfung der Obergrenze für Arsen in Lebensmitteln sind da-
44 her dringend erforderlich, um Verbraucher zu schützen. Diese Beispiele zeigen, dass bestehen-
45 de gesetzliche Regelungen nicht ausreichen, um die gesundheitlichen und ökologischen Risi-
46 ken durch Umweltgifte ausreichend zu minimieren. Besonders die Industrie muss stärker in die
47 Pflicht genommen werden, schadstofffreie Alternativen zu entwickeln und Produkte umwelt-
48 freundlicher zu gestalten. Gleichzeitig braucht es mehr staatliche Förderprogramme für For-
49 schung und Innovation in diesem Bereich, um langfristige Lösungen zu etablieren. Eine trans-
50 parente Verbraucheraufklärung spielt eine zentrale Rolle, da viele Menschen sich der Gefahren
51 durch Umweltgifte nicht bewusst sind. Eine klare Kennzeichnung von Produkten sowie eine
52 leicht zugängliche Informationsplattform sind essenziell, um Verbraucher in die Lage zu ver-
53 setzen, informierte Entscheidungen zu treffen. Ein Siegel für schadstofffreie Produkte könnte
54 zudem den Druck auf die Industrie erhöhen, umweltfreundlichere Alternativen zu entwickeln.

Arb Arbeit

Antrag 2025/I/Arb/1

Jusos Hamburg

Arbeitsrechte für ALLE stärken!

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag
2 und an die SPD-Bundestagsfraktion beschließen: Wir fordern: 1. Erhöhung der staatlichen Zu-
3 schüsse für Werkstätte für behinderte Menschen. 2. Bezahlung der Belegschaft auf mindestens
4 den gesetzlichen Mindestlohn. 3. Maximal 25% der Ausgleichsabgabe dürfen von Auftrags-
5 Kosten an WfbM gedeckt werden. 4. Abschaffung der möglichen steuerlichen Absetzbarkeit
6 der Ausgleichsabgabe, als Betriebsausgabe. 5. Verdoppelung der jeweiligen gestaffelten Kate-
7 gorien der Ausgleichsabgabe bis 2030. Schrittweise Überführung der WfbM in öffentliches Ei-
8 gentum. 6. Wir erinnern gleichzeitig an die Verpflichtung der WfbM, gem. des § 219 Abs. 1 SGB
9 IX zur Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen beizutragen und Menschen mit Be-
10 hinderung auf ihrem Weg in den allgemeinen Arbeitsmarkt ausreichend zu begleiten und zu
11 unterstützen.

12 Begründung

13 In Werkstätten für behinderte Menschen wird kein Mindestlohn gezahlt. Stattdessen erhalten
14 die Arbeiter ein Werkstatt-Entgelt (im Jahr 2022 durchschnittlich rund 222 Euro monatlich) und
15 ggf. ergänzend Leistungen der Sozialhilfe oder eine Rente wegen voller Erwerbsminderung. Das
16 Entgelt wird unabhängig von dem geleisteten Stundensatz gezahlt. WfbM haben sicherzustel-
17 len, dass den Beschäftigten mindestens 35 Stunden pro Woche Aufenthalt beziehungsweise
18 Verrichtung ihrer Arbeit in der Werkstatt gewährleistet werden. Das entspricht einem Stunden-
19 lohn von 1,58 Euro, und das auf dem Rücken von Menschen, die keine Interessen beziehungs-
20 weise Lobbyvertreterinnen haben. Die Jusos in der SPD müssen sich ihrer Rolle als Vertreterin-
21 nen und Vertreter von eben genau den Menschen ohne Lobby beim Staat noch mehr bewusst-
22 werden. Die staatlichen Zuschüsse müssen deutlich erhöht werden! Die Werkstätten sind auf
23 Aufträge der auf Gewinn und Profit fokussierten Privatwirtschaft angewiesen. Oft müssen die
24 Werkstätten auf private Unternehmen zugehen und Vorschläge für inklusive Konzepte vorle-
25 gen, um Aufträge zu erhalten. Dass die Werkstätten von allein, so viel Profit erreichen sollen,
26 um den Mindestlohn zu gewährleisten, ist utopisch. Deswegen gibt es jetzt schon die aktuel-
27 le Bezuschussung, die deutlich erhöht werden muss. Die Angestellten der Werkstatt können
28 nichts dafür, dass sie in einem wirtschaftlichen System leben, das auf Produktivitätsmaximie-
29 rung beruht. In einem Sozialstaat sollte jeder Mensch Anspruch auf den gesetzlichen Mindest-
30 lohn haben, auch jene, die diesem Produktivitätsmaximierungsprinzip des freien Marktes nicht
31 zu hundertprozentig entsprechen. Unternehmen können bis zu 50 % mit einem Auftrag an ei-
32 ne Werkstatt in die Ausgleichsausgabe verrechnen. An sich sind Aufträge an WfbM eine gute
33 Sache. Das Problem an den 50 % ist, dass Unternehmen vor allem an den niedrigen Löhnen der

34 Werkstätten profitieren, sich dann den Auftrag in der Ausgleichsabgabe sparen und im End-
35 effekt doppelt gespart und wenig zur Inklusion der Beschäftigten in den ersten Arbeitsmarkt
36 beigetragen haben. Der hohe Prozentsatz kann also potenziell nicht zu einer Inklusion in den
37 ersten Arbeitsmarkt führen, sondern zu mehreren Aufträgen, um die Inklusion gewissermaßen
38 zu umgehen. Deswegen schlagen wir vor, dass man nicht pro Auftrag, sondern auf die gesamt-
39 te Ausgleichsabgabe maximal 25 % Auftragskosten verrechnen darf. Zum jetzigen Zeitpunkt
40 ist es Unternehmen möglich, die Ausgleichsabgabe als Betriebsausgabe zu deklarieren, was
41 zu einer Minderung des steuerpflichtigen Gewinns beziehungsweise einer geringeren Steuer-
42 last führt. In der Praxis bedeutet das, dass Unternehmen lieber die Ausgleichsabgabe zahlen
43 und sie sich nachher in der Steuererklärung zurückholen, anstatt sich ernsthaft solidarisch zu
44 zeigen und ihre Betriebsstruktur inklusiver zu gestalten. Durch eine Abschaffung der steuerli-
45 chen Absetzung wird der Anreiz deutlich erhöht, sich ernsthaft mit dem Thema Inklusion im
46 eigenen Betrieb auseinanderzusetzen, da die Ausgleichsabgabe nicht fällig wird, wenn man
47 den gesetzlichen Anforderungen gerecht wird. Konzerne können Millionen und Milliarden an
48 Dividenden ausschütten, dann wird es ihnen auch möglich sein, ihre Betriebsstruktur inklusi-
49 ver zu gestalten. Wenn dies nicht geschieht und die Pflichtarbeitsplätze für Schwerbehinderte
50 nicht besetzt werden, müssen Unternehmen mit mehr als 60 Arbeitsplätzen beispielsweise
51 bei einer Beschäftigungsquote von 0 % bis unter 2 % 405 € je unbesetztem Platz zahlen. Die
52 sukzessive Verdoppelung bis 2030 soll aber für kleine und große Betriebe gelten. Wir fordern
53 eine Verdopplung, damit sich Unternehmen ernsthaft dazu verleitet fühlen, sich mit dem The-
54 ma auseinanderzusetzen. Perspektivisch fordern wir ein vergesellschaftetes WfbM-System. Ein
55 vergesellschaftendes Werkstattssystem öffnet die Wege für eine bessere Kommunikation mit
56 beispielsweise der Bundesagentur für Arbeit. Daten über Fähigkeiten und Bedürfnisse der Be-
57 schäftigten könnten effektiver geteilt werden und eine staatliche Struktur würde den Zugang
58 zu Förderprogrammen, Weiterbildungen und Qualifizierungsangeboten erleichtern. Das über-
59 geordnete Ziel sollte es nämlich sowieso sein, die Inklusion weiter voranzutreiben und Men-
60 schen mit einer Behinderung die besten Chancen auf den ersten Arbeitsmarkt zu bieten und
61 sie in den Werkstätten optimal auf diesen vorzubereiten. Deswegen ist es wichtig, dass eine
62 Verstaatlichung schrittweise erfolgt. Bestehende Strukturen dürfen nicht zerstört werden! Die
63 Bildung von gGmbHs ist sehr lobenswert und die Unterstützung der Werkstätten in diesem
64 beschränkten Rahmen ist hoch anzuerkennen. Der Staat soll die Kommunikationsstrukturen
65 nicht zerstören, sondern ergänzen und die Werkstätten vom Profitdruck befreien! Bisher wer-
66 den jährlich weniger als 1 % der Angestellten von WfbM in den ersten Arbeitsmarkt übernom-
67 men, ein Problem, das nicht totgeschwiegen werden darf! Die geringe Bezahlung in den Werk-
68 stätten verstößt potenziell gegen die UN89 Behindertenrechtskonvention, EU-Recht und das
69 Grundgesetz! Eine Partei, die sich als Arbeiterpartei identifiziert, muss gegen Ausbeutung jeg-
70 licher Art vorgehen! Die SPD hat sich für die Rechte von ALLEN Arbeiterinnen und Arbeitern
71 einzusetzen!

Soz Soziales

Antrag 2025/I/Soz/1

Kreis Altona

Mehr Schutz für alle Mitglieder in Jugend- und Auszubildendenvertretungen

1 Der Landesparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten: Die SPD-
2 Bundestagsabgeordneten im Ausschuss für Arbeit und Soziales mögen auf eine Ergänzung im
3 Betriebsverfassungsgesetz hinwirken, sodass §78a BetrVG seinen Schutz nicht nur auf Auszu-
4 bildende erstreckt, sondern auch auf Dual Studierende.

5 **Begründung**

6 Wie Mitglieder des Betriebsrats setzen sich Mitglieder in Jugend- und Auszubildendenvertre-
7 tungen für die Rechte von Beschäftigten ein. Dies kann mit Konflikten mit dem Arbeitgeber
8 einhergehen. Deshalb schützt das Betriebsverfassungsgesetz die Mitglieder von Jugend- und
9 Auszubildendenvertretungen, ähnlich wie Betriebsräte, vor Benachteiligung und Behinderung
10 ihrer Tätigkeit. Menschen, die sich in einer Jugend- und Auszubildendenvertretung engagie-
11 ren, wird Schutz davor gewährt, dass ihnen nach Ende ihrer Ausbildung vom Arbeitgeber die
12 Übernahme in ein Arbeitsverhältnis verweigert wird (§78a BetrVG). Dieser Schutz gilt für Aus-
13 zubildende, nicht jedoch für Dual Studierende! Ein Duales Studium gilt nicht als Ausbildung im
14 Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes. Dual Studierende, die sich in einer Jugend- und Aus-
15 zubildendenvertretung -ehrenamtlich- für andere einsetzen, gehen somit ein höheres Risiko
16 einer Benachteiligung ein als ihre Kolleginnen und Kollegen, die eine betriebliche Ausbildung
17 absolvieren.

18 Dies ist eine Lücke im Betriebsverfassungsgesetz, die es zu schließen gilt.

Antrag 2025/I/Soz/2

Kreis Altona

Zentren für Seniorinnen und Senioren

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2 In den Stadtteilen Lurup oder Osdorf (Osdorfer Born) ist ein Zentrum modellhaft für Seniorin-
3 nen und Senioren einzurichten. Jedes Zentrum erhält ca. 350 Quadratmeter Räumlichkeiten,
4 drei feste Stellen für Sozialpädagogen und entsprechende Sachmittel. Dieses Anliegen ist auf
5 das Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg auszuweiten. Auf Erfahrungen aus München
6 ist dabei aufzubauen.

7 **Begründung**

8 Heute leben in Hamburg rund 440.000 Menschen, die 60 Jahre und älter sind. Sie machen über
9 23 Prozent der Bevölkerung aus. Prognosen zufolge werden im Jahr 2025 rund 483.000 Ham-
10 burgerinnen und Hamburger, damit 27 Prozent (2030: 30 Prozent) der Bevölkerung, dieses Alter
11 erreicht haben. Bereits heute sind 22,2 % der über 65jährigen Menschen in Hamburg armuts-
12 gefährdet (Landesmedian). Das sind rund 76.000 Personen und mehr als 30.000 Rentnerinnen
13 und Rentner haben Grundsicherung im Alter beantragt, weil sie von ihrer Rente nicht mehr le-
14 ben können. Festzustellen ist, dass immer mehr ältere Menschen in Hamburg ihr Leben nicht
15 mehr mit ihrem Einkommen bestreiten können. Seit Jahren steigt die Zahl derjenigen, die finan-
16 ziell unterstützt werden müssen und im Alter auf Grundsicherung angewiesen sind. Altersar-
17 mut war schon vor Corona für viele Menschen ein Problem, das konkrete Einschränkungen im
18 Alltag bedeutet. Die exorbitanten Preissteigerungen führen nun dazu, dass kein Auskommen
19 mit der Grundsicherung mehr möglich ist.

20 Es sollen Rahmenbedingungen in Hamburg hergestellt werden, die es Seniorinnen und Senio-
21 ren erlauben, so lange wie möglich ihr Leben in unserer Stadt selbstbestimmt, eigenständig
22 und aktiv zu gestalten.

23 Dies hat beachtenswerte Folgen für die beschriebene Personengruppe. Sie verfügen nur über
24 wenig Geld für Konsumzwecke und können sich kaum gesunde Lebensmittel leisten, immer
25 mehr kommen nicht über den Monat. Praktisch bleibt für die Teilhabe am gesellschaftlichen
26 und kulturellen Leben kaum etwas übrig. Deshalb leben arme Menschen oft einsam und zu-
27 rückgezogen. Chronische Erkrankungen sowie psychische Störungen treten bei Ihnen häufi-
28 ger auf (z. B. Depressionen). Aufgrund des akuten Geldmangels werden medizinischen Versor-
29 gung und gesundheitsfördernde Angebote weniger genutzt (Zuzahlungen für Medikamente
30 und Hilfsmittel). Die Angebote der Altenhilfe sind in dem Zentrum zu konzentrieren, so dass
31 der Zugang zu diesem System einfach und schnell möglich ist. Es sind u. a. Freizeitangebo-
32 te zum Mitmachen, Bildungs- und Unterhaltungsangebote anzubieten und Möglichkeiten zu

- 33 schaffen, um die Menschen aus dem Zentrum in der Häuslichkeit aufzusuchen (Wege aus der
34 Einsamkeit aufzuzeigen).
- 35 Mit dem vorliegenden Antrag soll dazu beigetragen werden, insbesondere die Rahmenbedin-
36 gungen für bedürftige Seniorinnen und Senioren zu verbessern.

Antrag 2025/I/Soz/3**Jusos Hamburg****FINTA* in Krisen finanziell entlasten**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag so-
2 wie die SPD-Bundestagsfraktion beschließen: Die SPD Hamburg fordert: 1. Die Abschaffung
3 der Mehrwertsteuer auf Schwangerschaftstests 2. Die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf
4 kommerziell erhältliche Verhütungsmittel 3. Die Kostenübernahme für verschreibungspflich-
5 tige Verhütungsmittel (Pille, Spirale, Hormonpflaster etc.) durch die gesetzlichen Krankenver-
6 sicherungen auch nach dem 22. Lebensjahr 4. Die Kostenübernahme für die Pille danach durch
7 die gesetzlichen Krankenversicherungen auch nach dem 22. Lebensjahr

8 Begründung

9 Nachdem die Abschaffung von §218 StGB dieses Jahr im Bundestag abgelehnt wurde, hat der
10 Kampf um körperliche Selbstbestimmung von FINTA* Personen eine neue Relevanz gewonnen.
11 Es ist nicht zu bestreiten, dass eine ungewollte Schwangerschaft oder eine mögliche ungewoll-
12 te Schwangerschaft FINTA* stark belastet, um diese Belastung so mildern soll zumindest die fi-
13 nanzielle Belastung, die entsteht verringert werden. Schwangerschaftstest werden aktuell mit
14 19 % besteuert und eine steuerliche Absetzung ist nur möglich, wenn tatsächlich eine Schwan-
15 gerschaft besteht und ein Kind ausgetragen wird. Kommerziell erhältliche Verhütungsmittel
16 werden auch mit 19% besteuert, während bei verschreibungspflichtigen Verhütungsmitteln
17 die Kostenübernahme durch die gesetzlichen Krankenversicherung nur bis zum 22. Lebensjahr
18 gewährleistet ist und danach nur im Fall eines medizinischen Grundes für die Verhütung fort-
19 gesetzt wird. Eine ähnliche Regelung gibt es bei der „Pille danach“ die nur mit Rezept von den
20 gesetzlichen Krankenkassen übernommen wird und auch hier nur bis zum 22. Lebensjahr, da-
21 nach nur noch, wenn der „Verdacht auf eine Vergewaltigung“ vorliegt. Der Preis für die Pille
22 danach beträgt zwischen 16 und 40 Euro, zu viel, besonders, wenn man bedenkt, dass sie meist
23 in starken Stresszuständen gekauft werden.

Antrag 2025/I/Soz/4

Jusos Hamburg

Keine Bezahlkarte für Bürgergeldempfänger*innen – Selbstbestimmung statt Kontrolle!

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD geführten Senat
2 und an die SPD-Bürgerschaftsfraktion beschließen: Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und der Se-
3 nat im Bundesrat setzen sich dafür ein, dass die Bezahlkarte „SocialCard“ nicht für Bezieher*in-
4 nen von Bürgergeld in Hamburg eingeführt wird. Generell lehnen die Jusos Hamburg das Kon-
5 zept der Bezahlkarte in ihrer jetzigen Form ab.

6 **Begründung**

7 Recherchen von Zeit Online und FragDenStaat aus dem Dezember 2024 [1] zeigen eine besorg-
8 niserregende Entwicklung: Der SPD-geführte Stadtstaat Hamburg prüft die Einführung einer
9 Bezahlkarte („SocialCard“) auch für Bürgergeldempfänger*innen. Die Jusos Hamburg lehnen
10 diese Pläne entschieden ab, da sie eine unangemessene Kontrolle und Einschränkung der fi-
11 nanziellen Selbstbestimmung bedeuten. Die Einführung einer Bezahlkarte würde bestehen-
12 de Girokonten mit langjährigen Funktionen und Optionen faktisch aushebeln. Dies wäre ein
13 schwerwiegender Eingriff in die Autonomie der Betroffenen. Zudem zeigen Erfahrungen mit
14 der Bezahlkarte für Geflüchtete, dass solche Systeme mit willkürlichen und diskriminieren-
15 den Beschränkungen einhergehen. Dazu gehören: • Bargeldbeschränkungen: Aktuell dürfen
16 Geflüchtete in Hamburg maximal 50 Euro pro Monat in bar abheben. Sozialgerichte haben
17 solche pauschalen Limits bereits als rechtswidrig eingestuft, da sie das Existenzminimum ge-
18 fährden. Ein Beispiel hier- für ist ein Beschluss des Sozialgerichts Hamburg vom Juli 2024, in
19 dem die pauschale Bargeldobergrenze als rechtswidrig bewertet wurde, da sie die individu-
20 ellen Lebensumstände der Betroffenen nicht berücksichtigt [2]. • Eingeschränkte Nutzungs-
21 möglichkeiten: Die Bezahlkarte erlaubt oft keine Überweisungen und verhindert damit z. B.
22 günstige Online-Einkäufe oder den Abschluss eines Handyvertrags. • Regionale Einschränkun-
23 gen: In vielen Bundesländern, darunter Hamburg, sind Bezahlkarten an bestimmte Händler
24 und Regionen gebunden. Die Nutzung wird oft über Postleitzahlen eingeschränkt, was Men-
25 schen in ihrer Mobilität und Selbstbestimmung weiter einschränkt. • Automatisierte Sank-
26 tionen: Eine Ausweitung der Bezahlkarte auf Bürgergeldempfänger*innen könnte den Weg
27 für weitere restriktive Maßnahmen und digitale Sanktionen ebnen. Diese Form der Bevor-
28 mundung widerspricht dem Grundsatz eines menschenwürdigen Existenzminimums und dem
29 Recht auf Gleichbehandlung. Die SPD muss sich klar gegen Maßnahmen positionieren, die sozi-
30 alstaatliche Unterstützung mit unnötigen Restriktionen und Misstrauen verbinden. Während
31 die Bezahlkarte für Geflüchtete unter bestimmten Umständen einen bürokratischen Vorteil
32 bieten kann (z. B. wenn noch keine Meldeadresse für ein Bankkonto vorliegt), ist sie für Bürger-
33 geldempfänger*innen nicht gerechtfertigt. Die aktuellen Einschränkungen, insbesondere die
34 Begrenzung auf bestimmte Postleitzahlen und Händler, widersprechen sozialdemokratischen

35 Grundsätzen. Deshalb fordern die Jusos Hamburg die SPD-Bürgerschaftsfraktion und den Senat
36 auf, sich klar gegen die Einführung der Bezahlkarte für Bürgergeldempfänger*innen in Ham-
37 burg zu positionieren und sich für die Abschaffung unnötiger Restriktionen der bestehenden
38 Bezahlkarten einzusetzen. Referenzen: [1] [https://www.zeit.de/politik/2024-12/bezahlkarte-
39 gefluechtete-einschraenkungen-rechtliche-hintergruende](https://www.zeit.de/politik/2024-12/bezahlkarte-gefluechtete-einschraenkungen-rechtliche-hintergruende) [2] [https://www.lto.de/recht/nach-
40 richten/n/sg-hamburg-s7ay41024er-bezahlkarte-bargeld-grenze-rechtswidrig](https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/sg-hamburg-s7ay41024er-bezahlkarte-bargeld-grenze-rechtswidrig)

Antrag 2025/I/Soz/5**Jusos Hamburg****Schlafen auf der Straße – Winternotprogramm bedarfsgerecht ausbauen!**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die sozialdemokratischen Mitglie-
2 der in Bürgerschaft und Senat sowie der Parteivorstand mögen sich dafür einsetzen, dass die
3 Stadt Hamburg das Winternotprogramm für obdachlose Menschen grundlegend reformiert
4 und an menschenwürdige Mindeststandards anpasst. Ein besonderes Augenmerk soll dabei
5 auf die Bedürfnisse marginalisierter Gruppen wie FLINTA*-Sexarbeiterinnen gerichtet werden.
6 Konkret bedeutet das: 1. Eine schrittweise Aufstockung der UnterkunftsKapazitäten bis hin
7 zum tatsächlichen Bedarf. 2. Eine durchgehende Öffnung der Einrichtungen des Winternotpro-
8 gramms in den Wintermonaten (auch tagsüber und ohne Berücksichtigung der Nachkomma-
9 stelle des Thermometers). 3. Die Einführung eines speziellen FLINTA*- Winternotprogramms,
10 welches sich an den besonderen Lebensrealitäten und Bedürfnissen von wohnungslosen FLIN-
11 TA* orientiert. 4. Weiblich gelesenes Security-Personal als Teil des Sicherheitskonzeptes jeder
12 Einrichtung, zu der obdachlose FLINTA* Zugang haben. Ist dies im Einzelfall nicht möglich, muss
13 zumindest eine weiblich gelesene Ansprechperson in den Unterkünften anwesend sein. 5. Die
14 Anpassung der Standorte des Winternotprogramms an den Bedarf obdachloser Menschen.

15 Begründung

16 In Hamburg leben aktuell fast 4.000 obdachlose Menschen. Besonders in der kalten Jahres-
17 zeit ist ihre Situation lebensbedrohlich. Jeden Winter gibt es Meldungen über erfrorene Men-
18 schen in unserer Stadt. Mit nur 1.200 Schlafplätzen bietet das bestehende Winternotprogramm
19 nicht einmal jeder dritten obdachlosen Person in Hamburg ausreichend Schutz. Eine bedarfsge-
20 rechte Erweiterung der Unterkünfte ist deshalb notwendig, um sicherzustellen, dass jede Per-
21 son, die Schutz sucht, auch einen sicheren Schlafplatz erhält. Dabei müssen Mindeststandards
22 für menschenwürdiges Wohnen eingehalten werden – überfüllte Notunterkünfte mit unzurei-
23 chenden sanitären Einrichtungen sind keine Lösung. Das gebietet auch das Grundrecht auf ein
24 menschenwürdiges Existenzminimum. Zudem sind die Unterkünfte des Winternotprogramms
25 nur nachts geöffnet, sodass die Menschen tagsüber weiterhin schutzlos der Kälte ausgesetzt
26 sind. Besonders für die marginalisierte obdachlose Gruppe der FLINTA*-Sexarbeiterinnen sind
27 bestehende Öffnungszeiten verfehlt: Ihre Arbeit findet ganz überwiegend abends oder nachts
28 statt, sie ruhen sich tagsüber aus. Eine durchgehende Öffnung der Unterkünfte ist daher un-
29 erlässlich, um Obdachlosen einen verlässlichen Schutz zu bieten. Besondere Aufmerksamkeit
30 muss obdachlosen FLINTA* gewidmet werden. Sie sind einem erhöhten Risiko von Unsicher-
31 heit, Übergriffen und Gewalt ausgesetzt und meiden häufig die bestehenden Notunterkünfte
32 aus Angst vor Belästigung oder Übergriffen. Der Bericht der Hamburger Fachberatungsstelle
33 „Sperrgebiet“ zeigt, dass FLINTA* sich oft gezwungen sehen, an unsicheren und prekären Orten

34 zu übernachten, weil sie sich in vorhandenen Unterkünften nicht sicher fühlen. Ein gesonder-
35 tes Winternotprogramm für FLINTA*, das Schutzräume mit eigenem Betreuungskonzept bietet,
36 ist daher dringend notwendig. Dabei muss das Personal entsprechend geschult und ein ver-
37 pflichtendes Sicherheitskonzept eingeführt werden, das gezielt auf die Bedürfnisse von FLIN-
38 TA*-Personen eingeht. Ein Security-Team mit einem höheren Anteil an weiblich gelesenen Per-
39 sonen kann das Sicherheitsgefühl erheblich stärken und den Zugang für besonders vulnerable
40 Gruppen erleichtern. Auch die Standortwahl der Unterkünfte muss überdacht werden. Diese
41 sind für die Betroffenen oft schlecht zu erreichen, da sie weit von ihren sozialen Netzwerken
42 und Lebensmittelpunkten entfernt sind. Eine bessere Verteilung der Anlaufstellen, insbeson-
43 dere mit guter Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr, ist essenziell, um sie zugänglicher
44 zu machen. Eine umfassende Reform des Winternotprogramms ist daher unerlässlich, um ob-
45 dachlosen Menschen endlich den Schutz und die Unterstützung zu bieten, die sie dringend
46 benötigen.

Antrag 2025/I/Soz/6**Jusos Hamburg****Schutzwohnungen für Sexarbeiterinnen**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die sozialdemokratischen Mitglie-
2 der in Bürgerschaft und Senat sowie der Parteivorstand mögen sich dafür einsetzen, dass die
3 Stadt Hamburg (ggf. in Zusammenarbeit mit sozialen Trägern) Schutzwohnungen für FLINTA*-
4 Sexarbeiterinnen bereitstellt.

5 Begründung

6 Mehrere Tausend FLINTA* in Hamburg bestreiten zumindest Teile ihres Lebensunterhalts mit
7 Sexarbeit. Häufig sind sie dabei Gewalt, Ausbeutung oder Diskriminierung ausgesetzt und ha-
8 ben nur unzureichenden Zugang zu Schutz- und Unterstützungsmaßnahmen. Es gibt in Ham-
9 burg bisher keine einzige Schutzwohnungen speziell für Sexarbeiterinnen. Solche Wohnun-
10 gen können einen geschützten Raum bieten, in dem Frauen vorübergehend (z. B. nach me-
11 dizinischen Eingriffen und traumatischen Situationen) sicher unterkommen und Unterstüt-
12 zung durch psychosoziale Beratung und medizinische Hilfe erhalten. Es ist wichtig, dass die-
13 se Schutzwohnung niedrigschwellig zugänglich ist und mit spezialisierten Fachkräften besetzt
14 wird, die die spezifischen Bedürfnisse der Betroffenen kennen und angemessen darauf einge-
15 hen können. Ein Beispiel kann sich Hamburg an der Stadt Leipzig nehmen. Dort gibt es seit
16 September 2024 eine solche Schutzwohnung, getragen von der Stadt und der Aidshilfe Leipzig
17 . Dort können Frauen unterkommen, die in anderen Schutzeinrichtungen aus verschiedensten
18 Gründen nicht unterkommen können. In Hamburg böte sich etwa eine Zusammenarbeit mit
19 der Fachberatungsstelle Sperrgebiet an. Hamburg muss sich als soziale und progressive Stadt
20 für die Rechte und den Schutz von Sexarbeiterinnen einsetzen. Die Einrichtung einer solchen
21 Schutzwohnung ist ein wichtiger Schritt, um Frauen in prekären Situationen zu unterstützen.

Bil Bildung / Ausbildung

Antrag 2025/I/Bil/1

Jusos Hamburg

Dyskalkulie ernst nehmen!

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die SPD-Fraktion in der Hambur-
2 gischen Bürgerschaft und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats sind dazu aufge-
3 fordert, sich dafür einzusetzen, dass der Nachteilsausgleich als auch die Möglichkeit der Ab-
4 weichung von den allgemeinen Grundsätzen der Leistungsbewertung für Schüler*innen mit
5 Schwierigkeiten im Rechnen nach § 6 APO-GrundStGy bis in die weiterführende Schule ausge-
6 weitet wird.

7 Schüler*innen sollen ein Anrecht auf diese beiden Formen des Nachteilsausgleichs haben,
8 wenn bei ihnen die Schwierigkeit im Rechnen schon in der Grundschule diagnostiziert wur-
9 de oder in der weiterführenden Schule festgestellt wird. Der Nachteilsausgleich soll wie in der
10 Grundschule dann greifen, wenn in Vergleichsuntersuchungen, insbesondere bei der Kermit
11 Testung und bei weiteren Leistungsüberprüfungen, Schwierigkeiten von den Lehrkräften fest-
12 gestellt werden. Dazu sollen feste Richtlinien entwickelt werden, welche angeben, bei welcher
13 Fehlerquote oder bei welcher Art des Fehlers weitere Schritte zur Diagnose wahrgenommen
14 werden sollten. Diese Richtlinien sollen durch die BSB (Behörde für Schul- und Berufsbildung)
15 mit wissenschaftlicher Unterstützung entwickelt und der Schule dann bereitgestellt werden.
16 Zudem muss eine Stelle in der Behörde ins Leben gerufen werden, welche sich mit Fragen und
17 Verbesserungsvorschlägen von Lehrkräften zu diesen Richtlinien beschäftigt. Die oben genann-
18 ten „weiteren Schritte“ bestehen in der Durchführung eines zur Erkennung des Nachteils ent-
19 wickelten Tests. Dieser Test soll bei einer gewissen Fehlerquote feststellen, ob ein Nachteils-
20 ausgleich oder sogar eine Abweichung der Leistungsbewertung greifen sollte. Zudem sollen
21 nach dieser Diagnose die Lehrkräfte zusammen mit der/dem Schüler*in zusammen entschei-
22 den, welche Form des Ausgleiches der/dem Schüler*in am besten hilft. Es soll keine Formen des
23 Ausgleiches geben, der dem/der Schüler*in vorgeschrieben wird.

24 Begründung

25 Zum Glück ist mittlerweile in den Bildungsinstitutionen der meisten Bundesländer klar, dass
26 viele Schüler*innen Schwierigkeiten und Probleme in manchen Fächern und in vielen Lernpro-
27 zessen haben, die weder darauf zurückzuführen sind, dass die Schüler*innen „faul“ seien oder
28 „keine Motivation hätten“, sondern einfach eine Einschränkung, ein gesundheitliches Defizit
29 haben, welches manche Fächer und Sachverhalte für sie schwer zu lernen macht. Auch in Ham-
30 burg ist das angekommen. So gibt es verschiedene Nachteilsausgleiche für diverse Einschrän-
31 kungen wie z.B. Legasthenie. Doch es gibt ein klaffendes Loch in der Handreichung der Behör-
32 de für Nachteilsausgleiche. Viele Schüler*innen in Deutschland haben nämlich ein Problem im
33 Umgang mit Zahlen und schon den einfachsten Rechenaufgaben. Diese Probleme lassen sich

34 auf die wissenschaftlich anerkannte Krankheit Dyskalkulie zurückführen. Auch die BSB in Ham-
35 burg hat dieses Problem erkannt, jedoch den fatalen Fehler begangen, den Nachteilsausgleich
36 für die Dyskalkulie nur bis zur vierten Klasse einzuführen. Das löst das Problem natürlich nicht.
37 Die Schwierigkeiten, die Dyskalkulie verschwindet nicht einfach nach der vierten Klasse, nein,
38 die Schüler*innen haben weiterhin die gleichen Schwierigkeiten, nur dass sie niemand mehr
39 unterstützt und fördert. Um eine wirklich inklusive und chancengerechte Schule zu schaffen,
40 in der sich alle Schüler*innen wohl fühlen und den gleichen Zugang zu Bildung haben, ist es
41 unumgänglich, diesen Schritt zu gehen und die Dyskalkulie ernst zu nehmen.

Antrag 2025/I/Bil/2**Jusos Hamburg****Entlastung engagierter Schüler*innen - Unterstützung von sozialem Engagement**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die SPD-Fraktion in der Hamburgi-
2 schen Bürgerschaft und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats sind dazu aufgefor-
3 dert, sich dafür einzusetzen, dass engagierte Schüler*innen an hamburgischen Schulen durch
4 Verständnis und Unterstützung der Lehrkräfte entlastet werden können.

5 1. Die Förderung von außerschulischem oder innerschulischem Engagement wird durch die
6 Lehrkräfte unterstützt: Die Lehrer*innen verlängern die Fristen von abzugebenden Haus-
7 aufgaben oder Leistungen bei stichhaltigen und bewiesenen Begründungen. Sie erleichtern
8 den Schüler*innen die Freistellung vom Unterricht bei schulischen und außerschulischen Ver-
9 anstaltungen, welche soziale, bildende oder zivilgesellschaftliche Zwecke haben
10 2. Die Lehrkräfte sind dazu verpflichtet bei Schüler*innen aufgrund außerschulischer Veranstaltungen,
11 den Schüler*innen bei Absegnen der Begründung durch ein Mitglied der Schulleitung oder der
12 Klassenleitung eine Freistellung auszustellen. Bei schulischen und angemeldeten außerschu-
13 lischen Veranstaltungen sind die Lehrer*innen dazu verpflichtet, fehlende Unterrichtsstunden
14 zu entschuldigen.

15 3. Schulsprecher*innen werden bedarfsgerecht, kurzfristig und unbürokratisch zur Bearbeitung
16 und Erfüllung ihrer Pflichten folgend unterstützt: - Allen Schulsprecher*innen werden für ihre
17 Aufgaben ein digitales Endgerät wie Laptop oder Tablet zur Verfügung gestellt - Ihnen wird
18 von der Schule dafür ein WLAN-Zugang zugesprochen - Ihnen wird zur Erfüllung ihrer Pflich-
19 ten bei Möglichkeit ein eigener Raum zur Verfügung gestellt, wenn nicht möglich, ein Anrecht
20 zur Nutzung eines Raumes
21 4. Diese Forderungen, insbesondere die die Aufgabe der Schulen, die Schüler*innen aktiv in ihrem inner- und außerschulischen Engagement in der Schulzeit zu
22 unterstützen, werden in das Hamburgische Schulgesetz eingearbeitet.

23 Begründung

24 Schulisches oder außerschulisches Engagement jeglicher Art sind heute wichtiger denn je und
25 wir müssen vor allem im jungen Alter zivilgesellschaftliches Engagement fördern. Doch in vie-
26 len Schulen sind auch heute noch viele Lehrkräfte nur auf ihren Unterricht fokussiert und ver-
27 lieren die Sicht für das Große und Ganze. Das muss enden! Zur Allgemeinbildung der Schü-
28 ler*innen muss endlich auch das zivilgesellschaftliche und soziale Engagement aber auch das
29 außerschulische Lernen zählen und gestärkt werden. Dafür sollen Lehrkräfte nun verpflichtet
30 werden, dieses Engagement auch zu unterstützen oder zu akzeptieren, indem sie es nun nicht
31 mehr verwehren dürfen, da sie dazu verpflichtet wären, ihren Schüler*innen bei stichhaltigen
32 Begründungen eine Freistellung auszustellen. Diese außerschulischen Erfahrungen sind wich-
33 tig für das Demokratieverständnis und die Integration in die Gesellschaft, zwei Kernelemente,

34 welche die Schulen lehren sollen, um aus der heranwachsenden Generation unabhängige, so-
35 ziale und wortgewandte Menschen zu machen. Darüber hinaus muss auch die Arbeit an den
36 Schulen anerkannt werden, indem die Schulsprecher*innen, die höchste Schüler*innenvertre-
37 tung, ebenfalls mit modernen und nutzbaren Arbeitsmitteln ausgestattet wird, um ihre Auf-
38 gaben und Pflichten besser erfüllen zu können. Aktuell werden diesen engagierten Schüler*in-
39 nen in allen Bereichen Steine von ignoranten Lehrkräften in den Weg gelegt, die das eigentli-
40 che Ziel der Schulbildung aus den Augen verloren haben. Um diese Schüler*innenvertretung zu
41 stärken und das Engagement der Schüler*innen auch nicht mehr mit Hindernissen zu bestra-
42 fen, muss eine klare Verpflichtung die Lehrkräfte anweisen, dieses Engagement zu akzeptieren
43 und sich vielleicht auch langfristig mit den Aktivitäten der Schüler*innen auseinanderzuset-
44 zen, was eine Kehrtwende in dem schulischen Denken der Erwachsenen erzeugen könnte und
45 das Engagement in der Jugend populärer machen könnte. Daher müssen diese Forderungen in
46 das Hamburgische Schulgesetz eingearbeitet werden, um diese Schüler*innen nun auch für ihr
47 Engagement zu unterstützen.

Antrag 2025/I/Bil/3

Jusos Hamburg

Hamburgs Schulen im 21. Jahrhundert

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die SPD-Fraktion in der Hamburgi-
2 schen Bürgerschaft und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden dazu aufge-
3 fordert, sich dafür einzusetzen, dass in den Informatikunterricht an hamburgischen Schulen
4 zusätzlich zu derzeitigen Schwerpunkten, Unterrichtseinheiten zu dem Fachgebiet Künstliche
5 Intelligenz stärker implementiert werden, sodass das daraus erschlossene Wissen fächerüber-
6 greifend genutzt werden. In konkreter Form wird aufgefordert, dass:

7 1. Kernkompetenzen im Umgang mit Künstlicher Intelligenz in den derzeitigen Informatikun-
8 terricht eingegliedert werden. Dies könnte Themeneinheiten zur Funktionsweise, den derzei-
9 tigen Möglichkeiten, vor allem im Hinblick auf das Arbeiten in der Schule, und den damit ver-
10 bundenen Herausforderungen und Einflüssen auf den Alltag von Künstlicher Intelligenz be-
11 halten.

12 2. der dadurch erlernte Umgang über den Informatikunterricht hinaus als fächerübergreifende
13 Kompetenz in die Lehrpläne aufgenommen und im Unterricht als Möglichkeit anerkannt und
14 gebraucht wird.

15 3. den Lehrkräften der hamburgischen Schulen, Fortbildungen, Leitfäden und Materialien im
16 Zusammenhang mit Künstlicher Intelligenz von der Schulbehörde zur Verfügung gestellt wer-
17 den. Ziel sollte sein, dass alle Lehrkräfte ein Grundverständnis zu jenem Themenkomplex er-
18 halten, damit die Möglichkeit besteht ihn in den Unterricht zu integrieren.

19 4. zusätzlich das Thema Künstliche Intelligenz über das Schuljahr hinweg sowohl Thema in Gre-
20 mien wie Fach- und Schulkonferenzen als auch auf zusätzlichen oder bereits vorhandenen Pro-
21 jekttagen bleibt. Hierbei sollte ein Fokus auf Rahmenbedingungen für die ethisch korrekte und
22 gewinnbringende Nutzung sein.

23 **Begründung**

24 Der Themenkomplex rund um Künstliche Intelligenz fällt derzeit durch seine hohe gesellschaft-
25 liche Relevanz auf. Kaum eine Debatte, wie die über die Nutzung von solchen autonomen Sys-
26 temen, zeugt von einer so starken Ambivalenz und einem so hitzigen Diskurs. Und kaum eine
27 Debatte von höchster Aktualität wie diese hält noch so einen geringen Einzug in die Schulwelt:
28 stattdessen leider vermehrt rigoroses Totschweigen oder Dämonisierung. Das sollte sich än-
29 dern!

30 Deswegen fordern wir die Eingliederung eines Themenkomplexes Künstliche Intelligenz in
31 den derzeitigen Informatikunterricht als auch dass das Thema auch fächerübergreifend in den

32 Schulalltag integriert wird. So ist es zunächst von hoher Bedeutung, dass alle Schüler*innen
33 über die Funktionsweise solcher Technologien unterrichtet werden, um unter anderem darauf
34 aufmerksam zu machen, dass derzeitige Programme wie "ChatGPT" teilweise nur Reproduk-
35 tionen subjektiver Dateneinspeisungen sind und ihr Anspruch auf objektive Richtigkeit somit
36 umstritten bleiben muss. Fortlaufend sollten die Schüler*innen die Möglichkeit erhalten, den
37 richtigen Umgang mit Künstlicher Intelligenz zu erhalten. Denn Fakt ist: Die Entwicklung von
38 Künstlicher Intelligenz wird man nicht beeinflussen oder gar stoppen können. Wichtig ist es da-
39 her, den nachhaltigen, konstruktiven und positiven Umgang mit derartigen "autonomen Systeme-
40 men" zu lehren, um optimal auf künftige Möglichkeiten und Chancen vorzubereiten. Darüber
41 hinaus kann das Anwenden des gelernten Wissens fächerübergreifend Einsatz finden. Beispiele
42 könnten sein:

43 • Das Überprüfen von Künstlicher Intelligenz als „historische Quelle“ im Geschichtsunterricht
44 mithilfe von „herkömmlichen“ Materialien wie renommierter Literatur. • Die sozialen Auswir-
45 kungen wie Herausforderungen oder Gefahren im Hinblick auf eine nachhaltige Gesellschaft
46 könnten beispielsweise in Fächern wie Philosophie oder Ethik besprochen und diskutiert wer-
47 den.

48 Das für eine erfolgreiche Umsetzung erforderliche Fundament muss die Ausstattung von Lehr-
49 kräften durch die Schulbehörde mit Informationen und Materialien in Form von einheitlichen
50 Leitfäden, Lehrplänen und Fortbildungen sein. Nur durch die strikte Einbindung von Lehrer*in-
51 nen ist eine erfolgreiche Integrierung in den alltäglichen Unterricht möglich. Darüber hinaus
52 erscheint ein konsequenter Austausch auf Fach- und Schulkonferenzen förderlich, um über ei-
53 ne für die Schüler*innen möglichst gewinnbringende Nutzung zu diskutieren. Stets sollte die
54 Nutzung hinterfragt und optimiert werden.

Antrag 2025/I/Bil/4**Jusos Hamburg****TeenSTAR verbieten! Kein religiös geprägter Sexualkundeunterricht an Schulen**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die SPD Bürgerschaftsfraktion so-
2 wie die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden dazu aufgefordert zu prüfen, ob
3 Verboten werden kann, dass der Verein TeenSTAR Deutschland e.V. an Hamburger Schulen Bil-
4 dungsangebote durchführt. Verboten werden kann, dass der Verein TeenSTAR Deutschland
5 e.V. in Hamburger Schulen Werbung machen kann.

6 Begründung

7 TeenSTAR Deutschland e.V. hat seine Wurzeln im internationalen TeenSTAR-Programm, das in
8 den 1980er-Jahren in den USA entwickelt wurde. Das Akronym "TeenSTAR" steht für "Sexuality
9 Teaching in the context of Adult Responsibility" (Sexualitätsunterricht im Kontext erwachse-
10 ner Verantwortung). Das Programm wurde von Dr. Hanna Klaus (Gynäkologin und christliche
11 Missionarin) ins Leben gerufen und zielt nach eigenen Angaben darauf ab, eine umfassende Se-
12 xualerziehung anzubieten, die biologische, emotionale und ethische Aspekte berücksichtigt. In
13 Deutschland wurde TeenSTAR durch Dr. med. Elisabeth Heinemann und den Verein TeenSTAR
14 Deutschland e.V. eingeführt. Der Verein arbeitet eng mit Schulen, Gemeinden und anderen Or-
15 ganisationen zusammen, um seine Programme anzubieten und Jugendliche sowie Erwachsene
16 zu erreichen. Sie bieten Kurse, Workshops und Schulungen für Lehrkräfte, Eltern und Jugend-
17 liche an. Das Problem an dem Verein und seinen Inhalten: ein einseitiges, religiös geprägtes
18 Weltbild, das sich offen gegen sexuelle Vielfalt stellt. In einer Broschüre des Vereins heißt es:
19 „Wegen der Anatomie der Geschlechtsorgane würden Mann und Frau zusammenpassen wie
20 Schloss und Schlüssel“. Weiter heißt es: „Vor allem sollte man sich nicht darauf festlegen oder
21 meinen, man sei jetzt schwul oder lesbisch“ In einem Interview des BR spricht sich die Vor-
22 sitzende von TeenSTAR Deutschland e.V. gegen ein Coming-out von Jugendlichen aus. Sie be-
23 gründet das mit der sexuellen Fluidität in der Zeit als Jugendlicher, die "wissenschaftlich schon
24 längst erklärt" sei. Vor der traditionell und einseitig geprägten Darstellung warnt unter ande-
25 rem der Psychologe Christopher Knoll. Dadurch, dass der Verein mit solchen Inhalten an deut-
26 schen Schulen Lehraufträge wahrnimmt, würde Homosexualität bei Jugendlichen unsichtbar
27 gemacht. Christoph Knoll sagt weiter: „Wir erleben das als Therapeuten tagtäglich in den Er-
28 zählungen von Erwachsenen, die sich ihr ganzes Leben mit einer schwierigen Sexualität herum-
29 schlagen und die immer in sexualfeindlichem Boden wurzelt.“ Die Vorwürfe gegen TeenSTAR
30 Deutschland e.V. sind nicht neu. Bereits im Jahr 2018 veröffentlichte ein österreichisches Maga-
31 zin Schulungsunterlagen, in denen Homosexualität als therapierbar bezeichnet wird. Im Som-
32 mer 2022 hat das zuständige Schulamt in Bayern einen "Teenstar"-Kurs an einer Grundschule
33 im Landkreis Regensburg abgebrochen.

34 Wir sind der festen Überzeugung, dass solche Überzeugungen nicht mit einer freiheitlichen
35 Demokratie und den Grundwerten des Grundgesetzes vereinbar sind und ein solcher Verein
36 nicht an deutschen Schulen, Kinder und Jugendliche unterrichten sollte.

Antrag 2025/I/Bil/5**Jusos Hamburg****Transparenz und Kontrolle in jeder Schule – für anonyme Beschwerdestellen an Privatschulen!**

- 1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:
- 2 Die SPD Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft und die sozialdemokratischen Mitglieder
3 des Senats werden dazu aufgefordert die Beschwerdemöglichkeiten an Privatschulen für Schü-
4 ler*innen, Lehrer*innen, Eltern und Personal zu vereinfachen. Dazu sind folgende Punkte um-
5 zusetzen: Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern an Privatschulen müssen eine Möglichkeit
6 haben, Vorfälle und Probleme anonym an eine unabhängige Stelle zu melden.
- 7 1. Die Schulbehörde soll eine anonyme, unabhängige Anlaufstelle für Beschwerden einrichten,
8 welche sich mit Vorfällen in Schulen privater Trägerschaft auseinandersetzt.
- 9 2. Die Schulbehörde wirkt darauf hin, dass die Informationen über die Anlaufstelle allen Schü-
10 ler*innen, Lehrer*innen und Eltern zugänglich sind. Die Anlaufstelle soll später durch Aushänge
11 und Informationsveranstaltungen aktiv beworben werden.
- 12 3. Die Anlaufstelle soll bei schwerwiegenden Beschwerden auch zur Weitergabe relevanter In-
13 formationen an die Schulbehörde berechtigt sein, sodass die Schulbehörde die ihr im Rahmen
14 ihrer Aufsichtsfunktion gegenüber Privatschulen (§ 2 Abs. 2 HmbSfTG) zustehenden Maßnah-
15 men ausüben kann.

16 Begründung

17 Schulen in freier Trägerschaft eröffnen einen wichtigen Raum für die Vielfalt von Bildungs- und
18 Erziehungsansätzen und können das Angebot staatlicher Schulen positiv ergänzen. In Ham-
19 burg besuchen etwa 11% der Schüler*innen eine private Schule; diese Schulen erhalten dafür
20 zu großen Teilen finanzielle Unterstützung von der Stadt. Dies ändert jedoch nichts daran, dass
21 auch private Schulen die schulische Integrationsaufgabe wahrnehmen müssen und der Besuch
22 einer Privatschule – so das Bundesverwaltungsgericht – „ohne Einbuße [...] in Bezug auf Leh-
23 rerausbildung, Einrichtungen und Lehrziele“ stattfinden muss. Leider kommt es – nach unserer
24 Erfahrung – in verschiedenen Schulen privater Trägerschaft regelmäßig zu Vorfällen, die Zwei-
25 fel an der Einhaltung der oben genannten Standards begründen. Um Missstände exemplarisch
26 darzustellen und aufzuzeigen, dass es sich hierbei nicht nur um unglückliche Missverständnis-
27 se handelt, sei im Folgenden aufgezählt, was aus unseren Reihen persönlich erlebt oder wahr-
28 genommen wurde: • Rassistische Äußerungen und Verhalten von Lehrer*innen (Einschließlich
29 der Nutzung des N-Wortes) • Schwarze Pädagogik (Steine im Rucksack als Bestrafung) • Verbrei-
30 tung von Verschwörungsmythen (z.B. im Kontext der Corona-Pandemie) • Mangelnde fachliche
31 Eignung (“Atlantis” als ernstgemeinter Teil des Geschichtsunterrichts) In diesen Fällen stand

32 keine adäquate Anlaufstelle zur Verfügung. Innerhalb der betroffenen Schulen wird nach un-
33 serer Erfahrung in den seltensten Fällen Anonymität gewahrt, was die Bereitschaft zur Mel-
34 dung entsprechender Probleme aus Angst vor persönlichen Konsequenzen verringert. Dazu ist
35 das Aufklärungsinteresse der Schulleitungen im eigenen, geschlossenen Kosmos oft gering.
36 Anders als bei staatlichen Schulen sind die Möglichkeiten, etwaige Vorfälle extern bei einer
37 behördlichen Anlaufstelle zu melden und Verstöße zu sanktionieren, sehr begrenzt. Eine staat-
38 liche Anlaufstelle gibt Betroffenen nicht nur eine Beschwerdemöglichkeit. Ebenso hilft sie der
39 Schulbehörde ihrem gesetzlichen Auftrag zur Aufsicht privater Schulen nachzukommen und
40 etwaigem Fehlverhalten nachzugehen.

Antrag 2025/I/Bil/7

Jusos Hamburg

Mehr Umweltschutz an Hamburger Schulen

- 1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die SPD-Fraktion in der Hamburgi-
2 schen Bürgerschaft und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats sind dazu aufgefor-
3 dert, sich dafür einzusetzen, dass der Klima- und Umweltschutz im Sinne der Nachhaltigkeits-
4 ziele der Vereinten Nationen an den hamburgischen Schulen ausgeweitet wird. In diesem Rah-
5 men sind die folgenden Maßnahmen umzusetzen:
- 6 1. ein umfassendes Klima- und Umweltschutzkonzept an jeder Schule, erstmalig ausgearbei-
7 tet durch die Gremien in der Schulkonferenz und beschlossen durch die Schulkonferenz Die-
8 ses Konzept soll die folgenden Punkte beinhalten: • Wege und konkrete Schritte zur effekti-
9 ven CO₂-Reduzierung an der Schule - Optimierung von Heiz-, Lüftungs- und Stromnutzungs-
10 konzept (Licht/Digitale Geräte) • Sensibilisierung der Schulgemeinschaft für Klima- und Um-
11 weltschutz Eine aktive Beteiligung der Schüler*innen an der Ausarbeitung und Anwendung
12 des Konzeptes mit dem Ziel einer verstärkten Aktivierung und Sensibilisierung muss hierbei
13 gewährleistet sein.
- 14 2. jährlich ein Projekttag an jeder Schule zum Themenkomplex Klima- und Umweltschutz, gel-
15 tend ab dem ersten Jahrgang der Grundschule bis zum Abitur Der Projekttag ist nach bestimm-
16 ten Rahmenbedingungen auszugestalten: • Die jeweilige Schule ist in jedem zweiten Jahr dazu
17 angehalten, jeder*em Schüler*in zu ermöglichen, den Projekttag im Klassenverband außerhalb
18 der Unterrichtsräumlichkeiten - etwa im Rahmen des Konzeptes Lernen am anderen Ort - wahr-
19 zunehmen. Beispiele für andere Orte sind hierbei Labore / Forschungszentren; freie Natur wie
20 Wälder, Seen u.a.; Kraftwerke für erneuerbare Energien wie Windräder, Wasserkraftwerke, So-
21 larparks u.a.; Müllverbrennungsanlagen oder Kohlekraftwerke. • Findet der Projekttag in den
22 Unterrichtsräumlichkeiten statt, muss ein Teil des Tages zur Weiterentwicklung des schuleige-
23 nen Klima- und Umweltschutzkonzeptes der Schule durch die Schüler*innen verwendet wer-
24 den. Die für Schulbildung zuständige Behörde stellt den Schulen für ihren jeweiligen Projekttag
25 für jede Klassenstufe unterstützend Unterrichtsmaterial- und Konzepte zur Verfügung.
- 26 3. die Etablierung einer umweltbeauftragten Lehrkraft, welche für diese Aufgabe eine Reduzie-
27 rung von mindestens vier Wochenarbeitszeitstunden nach dem WAZ-Modell erhält. Die Auf-
28 gaben der umweltbeauftragten Lehrkraft sind: • Mitwirken an der Ausarbeitung des schulei-
29 genen Klima- und Umweltschutzkonzeptes in beratender Funktion • allgemeine Koordination
30 der generellen Klima- und Umweltschutzmaßnahmen an den Schulen sowie der Umsetzung
31 des schuleigenen Klima- und Umweltschutzkonzeptes • Beratung aller Fachkonferenzen der

32 jeweiligen Schule in der konsequenten Etablierung des Themenkomplexes Klima- und Um-
33 weltschutz im laufenden Unterrichtsgeschehen, wobei sich an den Inhalten des Nachhaltig-
34 keitsziels 13 unter Einbeziehung der weiteren Nachhaltigkeitsziele 7,12,14 und 15 der Vereinten
35 Nationen sowie ergänzendem Material der für Schulbildung zuständigen Behörde und wei-
36 terer durch sie anerkannter Institutionen zu orientieren ist • Koordination des jährlichen Pro-
37 jekttages zum Themenkomplex Klima- und Umweltschutz. Die für Schulbildung zuständige
38 Behörde unterstützt die Arbeit der jeweiligen umweltbeauftragten Lehrkraft mit einer offizi-
39 ellen Anlaufstelle direkt, indem sie ihr Material, Ansprechpartner*innen und Schulungen zur
40 Verfügung stellt. Hierfür müssen innerhalb der für Schulbildung zuständigen Behörde gege-
41 benenfalls neue Stellen geschaffen werden.

42 4. die Überprüfung und Bewertung der Beteiligung der Schüler*innen an der fortlaufenden
43 Weiterentwicklung und Anwendung des Klima- und Umweltschutzkonzeptes durch die Schul-
44 inspektion.

45 **Begründung**

46 Die aktuell größte Herausforderung der Menschheit ist die Klimakrise. Der menschengemachte
47 Klimawandel stellt eine radikale Bedrohung für unsere Umwelt, unseren Planeten, aber auch
48 uns Menschen direkt dar. Die Klimakrise hat nicht nur ökologische Folgen: Sie verschärft so-
49 ziale Ungleichheiten, belastet unsere Gesundheit, fügt unserer Wirtschaft langfristig großen
50 Schaden zu und vieles mehr. Dass wir unser Klima und unsere Umwelt schützen müssen, steht
51 außer Frage. Für effektiven Klimaschutz ist es notwendig, dass wir in allen Bereichen handeln.
52 Hierfür ist es einerseits wichtig, dass die Schulen Emissionen und Energie einsparen und ande-
53 rerseits, dass sie Klima- und Umweltbewusstsein fördern. In der Schule werden Menschen fürs
54 Leben geprägt. Die Akzente, die im Unterricht gesetzt und nicht gesetzt werden, haben großen
55 Einfluss auf das Denken und Handeln der heranwachsenden Generation und unserer Gesell-
56 schaft. Zwar wird in den hamburgischen Schulen der Themenkomplex Klima und Umwelt be-
57 handelt, jedoch kommt hier der Bedrohung von Planeten und Mensch nicht annähernd genug
58 Aufmerksamkeit zu. Aktuell schaffen die hamburgischen Schulen es nicht, ihre Schüler*innen
59 im notwendigen Maße für Klima- und Umweltschutz zu sensibilisieren oder überhaupt aus-
60 reichend auf diesem Gebiet zu bilden. Das können wir uns schlicht nicht mehr leisten. Die im
61 Antrag dargelegten Maßnahmen sind ein wichtiger Schritt zu mehr Klima- und Umweltschutz
62 an den hamburgischen Schulen: Das verpflichtende Klima- und Umweltschutzkonzept an jeder
63 Schule forciert die Auseinandersetzung der Schulgemeinschaft mit Klima- und Umweltschutz.
64 Die explizite und aktive Beteiligung der Schüler*innen sensibilisiert diese für die Klimakrise
65 und hiermit einhergehende Handlungsnotwendigkeiten. Mit einem jährlich durchzuführen-
66 den Projekttag wird Raum für eine tiefergehende Auseinandersetzung mit dem Themenkom-
67 plex Klima- und Umweltschutz geschaffen, welcher neben der fächerübergreifenden Etablie-
68 rung im laufenden Unterricht dringend notwendig ist, um hierfür mehr Bewusstsein zu schaf-
69 fen; die jährliche Durchführung trägt dabei dazu bei, dieses Bewusstsein nachhaltig zu stärken.
70 Das Lernen am anderen Ort aktiviert die Schüler*innen und motiviert sie verstärkt zur Ausein-
71 andersetzung mit dem Themenkomplex und das Lernen außerhalb der Unterrichtsräumlich-

72 keiten prägt die Schüler*innen stärker als ein Unterrichtstag wie jeder andere. Ein schuleigenes
73 Klima- und Umweltschutzkonzept und ein jährlicher Projekttag kommen nicht von selbst - sie
74 müssen ausgearbeitet, ausgeführt und fortlaufend weiterentwickelt werden. Dies schafft die
75 für Schulbildung zuständige Behörde nicht ohne Unterstützung an den Schulen selbst, wes-
76 halb es umweltbeauftragte Lehrkräfte an jeder Schule braucht, welche durch eine Reduktion
77 ihrer Wochenarbeitszeitstunden für ihren Aufwand kompensiert werden. Die Umsetzung der
78 dargelegten Maßnahmen muss selbstverständlich konsequent umgesetzt werden, um die Sen-
79 sibilisierung der hamburgischen Schüler*innen zu gewährleisten, was durch die Kontrolle im
80 Rahmen der Schulinspektion garantiert wird.

Antrag 2025/I/Bil/8

Jusos Hamburg

Aufklärung über Social Media-Sucht und deren Konsequenzen an Schulen

1 Der Landesparteitag der SPD-Hamburg möge beschließen: Die sozialdemokratischen Mitglie-
2 der der Bürgerschaft setzen sich dafür ein, dass Kinder und Jugendliche über Social Media-Sucht
3 in Verbindung mit Depressionen, Angststörungen und Einsamkeit in Form einer Projektwoche,
4 eines oder mehrerer Projekttage, verpflichtender Workshops oder durch Unterrichtseinheiten
5 aufgeklärt werden.

6 **Begründung**

7 Seit den Jahren 2010 bis 2015, also den Jahren, in denen Social Media Apps sich immer mehr
8 weiterverbreiteten (2012 kaufte Meta (damals: Facebook) Instagram), gibt es folgende Trends:

9 Die Suizidrate bei Kindern und Jugendlichen ab 10 Jahren nimmt zu. Depressionen bei Kindern
10 und Jugendlichen werden zu einem Massenphänomen. Parallel wächst auch die Zahl an Kran-
11 kenhauseinweisungen aufgrund von Selbstverletzung. Immer mehr Jugendliche leiden unter
12 Einsamkeit. Zwei von fünf Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen leiden unter extremer Einsam-
13 keit.

14 Im Jahr 2021 veröffentlichte die ehemalige Meta-Angestellte Frances Haugen verschiedene Do-
15 kumente, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren. In diesen legte sie offen, wie das
16 Unternehmen Meta gezielt die Schwächen des menschlichen Gehirns und insbesondere des ju-
17 gendlichen Gehirns ausnutzt, um ein Produkt herzustellen, das die Aufmerksamkeit seiner Nut-
18 zer*innen länger bindet bzw. sie süchtig machen soll. Die extensive Nutzung digitaler Medien
19 durch Heranwachsende führt zu einer Einschränkung der Möglichkeit, alternative Erfahrungen
20 zu sammeln, die für die gesunde Entwicklung der Psyche von Bedeutung sind. Als Heranwach-
21 sende von normalen Handys zu Smartphones wechselten, sank in den Industrieländern rund
22 um die Welt die Schlafdauer und -qualität. Die Aufmerksamkeit vieler Menschen wird durch
23 mehrere 100 Push-Benachrichtigen am Tag fragmentiert. Das bedeutet, dass sie selten fünf
24 oder zehn Minuten am Stück haben, um einen Gedankengang zu verfolgen.

25 Eine Projektwoche könnte Schüler*innen sowie die Lehrkräfte über die psychischen Schäden
26 von Social Media aufklären und einen Impuls für einen gesünderen Umgang mit diesen Platt-
27 formen geben.

Antrag 2025/I/Bil/9**Jusos Hamburg****Einführung der Deutschen Gebärdensprache (DGS) als Wahlpflichtfach an Hamburger Schulen**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an die SPD-
2 Bürgerschaftsfraktion sowie an die sozialdemokratischen Mitglieder des Hamburger Senats
3 beschließen: Die sozialdemokratischen Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft setzen
4 sich dafür ein, dass die Deutsche Gebärdensprache (DGS) als reguläres Wahlpflichtfach an
5 Hamburger Schulen eingeführt wird. Dafür sollen auch entsprechende Weiterbildungsmög-
6 lichkeiten für Lehrkräfte im LI zur Verfügung gestellt werden. Die Stadt Hamburg startet eine
7 Kampagne, um (junge) Menschen für den Beruf als Lehrkraft für Deutsche Gebärdensprache
8 zu begeistern. Darüber hinaus setzen sich die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats im
9 Bundesrat sowie der Kultusministerkonferenz dafür ein, falls erforderlich, auf Bundesebene
10 eine Grundlage für eine Bundesweite Einführung zu schaffen.

11 Begründung

12 In Hamburg leben ca. 2 000 gehörlose Menschen und 360 000 schwerhörige Menschen. Diese
13 werden von der Gesellschaft ausgegrenzt, da von ihnen entweder erwartet wird, Lippen zu le-
14 sen oder anderweitig zu kommunizieren. Die Deutsche Gebärdensprache ist für viele gehörlose
15 und hörgeschädigte Menschen ein essenzielles Kommunikationsmittel. Dennoch ist sie in der
16 schulischen Ausbildung kaum präsent. Eine Einführung der DGS als Wahlpflichtfach trägt dazu
17 bei, Barrieren abzubauen, Bewusstsein für die Lebensrealität gehörloser Menschen zu schaf-
18 fen und die Inklusion nachhaltig zu stärken. Bereits in anderen Ländern, wie etwa den USA oder
19 Großbritannien, ist Gebärdensprache als Fremdsprache anerkannt und wird in Schulen gelehrt.
20 Auch in Deutschland gibt es einzelne Pilotprojekte, die zeigen, dass Schüler*innen mit Begeis-
21 terung DGS lernen und davon profitieren. Neben dem sozialen Mehrwert kann das Erlernen
22 von Gebärdensprache auch die kognitiven Fähigkeiten sowie die Kommunikationskompetenz
23 insgesamt stärken. Die Einführung der Deutschen Gebärdensprache als Wahlpflichtfach soll:
24 • die Inklusion und Barrierefreiheit im Bildungswesen fördern, • Schüler*innen die Möglich-
25 keit geben, DGS als Kommunikationsform zu erlernen, • das Bewusstsein für die Gehörlosen-
26 Community und deren Kultur stärken, • die beruflichen Perspektiven von Absolvent*innen er-
27 weitern, insbesondere in sozialen, medizinischen und pädagogischen Berufen. Daher fordern
28 wir die Hamburgische Bürgerschaft auf, die notwendigen Schritte einzuleiten, um die Deutsche
29 Gebärdensprache als Wahlpflichtfach in Hamburger Schulen zu etablieren.

Antrag 2025/I/Bil/10**Jusos Hamburg****Finanzierung digitaler Lernmittel für alle Schulen in Hamburg**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die SPD-Fraktion in der Hambur-
2 gischen Bürgerschaft und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats sind dazu aufgefor-
3 dert, sich dafür einzusetzen, dass die im Unterricht zu nutzenden elektrischen Geräte, nament-
4 lich Tablets und Stifte für selbiges, von der Schulbehörde in ausreichender Menge und Qualität
5 finanziert werden, damit diese als Leihgeräte durch die Schule an die Schulkinder ausgegeben
6 werden können und keine Familie für die wertvolle Teilnahme ihrer Kinder am Unterricht gro-
7 ße finanzielle Belastungen auf sich nehmen muss. Hierzu sollten auch Ausstattungs- und Fi-
8 nanzierungsprogramme für die Schulen wie die von Apple oder auch GoodNotes existierenden
9 Schulangebote genutzt werden, falls diese die Anforderungen erfüllen. Dies soll dementspre-
10 chend auch geprüft werden. Als erster Zwischenschritt sollen Endgeräte nach dem KESS-Faktor
11 prioritär an Schulen mit niedrigem KESS-Faktor vergeben werden. Endziel ist jedoch die flä-
12 chendeckende Ausstattung mit Endgeräten.

13 Begründung

14 Spätestens durch die Bildungspläne ist klar, dass die Digitalisierung auch in den Schulen Ham-
15 burgs Einzug hält. Hier ist vorgesehen, dass durch das Nutzen digitaler Tools die Kenntnisse
16 in diesem Bereich aufgebaut werden, um sich sicher in der heutigen Welt zu bewegen. Die
17 Hamburger Schulbehörde sieht hier vor, dass die Schulen das vorgeschlagene Konzept BYOD
18 (Bring Your Own Device) verwenden. Dies sieht vor, dass von den Familien der Schulkinder ei-
19 gens angeschaffte Geräte für den Schulunterricht mitgenutzt werden sollen, da die finanziel-
20 len Mittel der Schulen die Bereitstellung von Endgeräten für alle Schüler und Schülerinnen oft
21 nicht ermöglichen. Dabei wird häufig auf Tablets als verpflichtend zu nutzendes Gerät verwie-
22 sen. Dieses sollte eine Bildschirmdiagonale von mindestens 10 Zoll (ca. 25 cm) und ausreichend
23 Speicherplatz, also mindestens 64 GB, besitzen. Zusätzlich empfiehlt sich die Nutzung eines Ge-
24 räts der Firma Apple, da mit günstigeren Tablets und Huawei-Tablets eine Verbindung mit dem
25 W-LAN der Schule auffällig oft nicht möglich ist. Von ihnen wird abgeraten. Zusätzlich gibt es
26 Empfehlungen für Stifte, damit das Schreiben mit der Hand nicht verlernt wird und eine koppel-
27 bare Tastatur. Diese Anschaffungen belaufen sich also auf sehr hohe Summen, vor allem, wenn
28 günstigere Alternativen die nötige Qualität nicht aufbieten können. Daher sollte die Schulbe-
29 hörde die Finanzierung mit dem oben genannten Vorschlag überarbeiten. Das Werbeverbot an
30 Schulen sollte hier nicht dazu führen, dass die Pläne fallen gelassen werden, da die Vorteile der
31 Geräte dieser Firmen offensichtlich sind und so auch offen in den Anschaffungshinweisen von
32 Schulen kommuniziert werden. Es ist also in unseren Augen keine unverantwortliche Werbung.

Antrag 2025/I/Bil/11**Jusos Hamburg****Informatik-Unterricht an die Lebensrealität anpassen**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die SPD-Fraktion in der Hamburgi-
2 schen Bürgerschaft und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats sowie die Behörde für
3 Schule und Berufsbildung werden dazu aufgefordert, zu prüfen, inwieweit die Kompetenzen
4 und Inhalte des Faches Informatik, insbesondere zu den Risiken der Nutzung von Informations-
5 und Kommunikationssystemen, sowie zur Bewertung der Seriosität von Online-Informationen,
6 bis zum Jahrgang 5 runter vermittelt werden können. Dazu sollen auch die Themenkompeten-
7 zen des Informatikunterrichts verstärkt über die aktuellen Maßnahmen in den Fächern und im
8 Informatikunterricht hinaus im Allgemeinen Fachunterricht intensiviert werden.

9 Begründung

10 Die fortschreitende Digitalisierung der Gesellschaft führt dazu, dass Kinder und Jugendliche
11 immer früher mit digitalen Informations- und Kommunikationssystemen in Berührung kom-
12 men. Dabei sind sie zunehmend mit Risiken wie Cyberkriminalität, Datenmissbrauch und Des-
13 informationskampagnen konfrontiert. Eine frühzeitige Vermittlung dieser Kompetenzen im
14 Pflichtfach Informatik würde Schüler*innen sensibilisieren und besser darauf vorbereiten, sich
15 sicher und kritisch in der digitalen Welt zu bewegen. Insbesondere die Fähigkeit, die Seriosität
16 von Informationen in sozialen Netzen zu bewerten, ist angesichts des technischen Fortschritts
17 in künstlicher Intelligenz und der zunehmenden Verbreitung von Deepfakes und Desinforma-
18 tionen essenziell für eine mündige und verantwortungsbewusste Teilhabe an der digitalen Ge-
19 sellschaft. Nur durch ein fundiertes Verständnis digitaler Informationsquellen und deren Mani-
20 pulationsmöglichkeiten können Schüler*innen lernen, faktenbasierte Entscheidungen zu tref-
21 fen und sich vor gezielter Täuschung oder Manipulation zu schützen.

Antrag 2025/I/Bil/12**Jusos Hamburg****Politische Bildung an Hamburger Schulen – Zeit zum Aufwachen!**

- 1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:
- 2 Der SPD-geführte Senat wird dazu aufgefordert, in den Hamburger Schulen einen verpflichtenden PGW-Unterricht einzuführen, welcher 2-stündig ab Klasse 7 bis zum Schulabschluss
- 3 unterrichtet wird. Zudem prüft die Behörde die Umsetzung eines verbindlichen 2-stündigen
- 4 PGW-Unterrichts bereits vor Klasse 7. Ab der Oberstufe würde die Implementierung des PGW-
- 5 Unterrichts wie folgt erfolgen: Von den 4 Pflichtstunden, die in den Gesellschaftswissenschaften belegt werden müssen, werden in der Oberstufe 2 Stunden für PGW geblockt.

8 Begründung

- 9 Die Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen haben gezeigt, dass insbesondere junge Wähler*innen anfällig für extremes Gedankengut sind. Dieser Trend ist sehr beunruhigend und in vielen Fällen auf unzureichender politischer Bildung und Aufklärung basierend.
- 10 In Hamburg wird das Fach PGW (Politik-Gesellschaft-Wirtschaft) von der 8. bis zur Profiloberstufe verpflichtend unterrichtet. An vielen Schulen besteht darüber hinaus die Möglichkeit, in der Profiloberstufe das Fach zu behalten. Wir betrachten dies aber als ungenügend für die Grundlagenvermittlung politischer Bildung. Wir glauben auch, dass politische Bildung nicht an bestimmte Profile geknüpft sein sollte, sondern normale Unterrichtsstrukturen transzendiert.
- 11
- 12
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17 Deswegen fordern wir, dass der PGW-Unterricht über die gesamte weiterführende Schullaufbahn verpflichtend wird.
- 18

Ges Gesundheit

Antrag 2025/I/Ges/1

Jusos Hamburg

Naloxon kosten- und rezeptfrei in Apotheken verfügbar machen

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der
2 SPD beschließen: Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages und der Bundesregie-
3 rung sowie der SPD-Bundesvorstand sollen sich dafür einsetzen, dass Naloxon in Deutschland
4 nach kanadischem Beispiel rezept- und kostenfrei in allen Apotheken erhältlich wird. Zusätz-
5 lich sollen Suchthilfeeinrichtungen, Drogenberatungsstellen und ähnliche Organisationen kur-
6 ze, staatlich finanzierte Schulungen anbieten, in denen über den Einsatz und die Wirkung von
7 Naloxon aufgeklärt wird.

8 **Begründung**

9 Naloxon ist ein Opioid-Antagonist und in der EU in Form eines Nasensprays als Medikament
10 zugelassen. Die Anwendung von Naloxon bei einer Person, die eine akute Opioid-Überdosis er-
11 lebt, kann die Wirkung dieser komplett außerkraftsetzen, wenn keine Opiode im System sind,
12 hat Naloxon keine Wirkung. Die Zahl der Todesfälle durch Drogenkonsum in Deutschland steigt
13 an und Heroin ist weiterhin die am häufigsten mit Drogentoden in Verbindung gebrachte Sub-
14 stanz. Heroin ist ein Opioid und seiner Wirkung kann durch die Verabreichung von Naloxon
15 ausgesetzt werden. Aktuell ist Naloxon nur mit ärztlichem Rezept in Apotheken erhältlich, es
16 ist also z.B. für Angehörige einer drogenabhängigen Person nicht möglich, es vorsichtshalber
17 bei sich zu tragen, außer diese Person hat eine entsprechende ärztliche Diagnose und vertraut
18 ihnen das Naloxon an. Das soll sich ändern in Kanada, wo Naloxon seit einigen Jahren rezept-
19 frei verfügbar ist, zeigt sich ein klarer positiver Einfluss und ein Rückgang an Todesfällen durch
20 Opiode.

Innen Inneres**Antrag 2025/I/Innen/2****Jusos Hamburg****Gegen staatliche Repression linker Bewegungen!**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die Jusos Hamburg stellen sich klar
2 gegen die staatliche Repression linker Bewegungen. Dafür soll(en): 1. §129a StGB soll tatbe-
3 standlich deutlich reduziert werden. Insbesondere soll aktivistisches Verhalten aus dem An-
4 wendungsbereich der Norm genommen werden. 2. §§129, 129a StGB soll durch die Streichung
5 zahlreichen Katalogstraftaten nach Abs. 2 enger gefasst werden.

6 Begründung

7 Antifaschismus hat im jungsozialistischen und bestenfalls auch im allgemein demokratischen
8 Wertekanon einen zentralen Stellenwert und ist für die Wahrung bzw. den Ausbau demokrati-
9 scher Strukturen unerlässlich. Der Weg zu einer Gesellschaft der Freien und Gleichen erfordert
10 konsequente antifaschistische Aktion gegen rechte Umtriebe und autoritäre Phänomene im
11 gesellschaftlichen Diskurs, politischen Betrieb und nicht zuletzt im Staatsapparat. Zivilgesell-
12 schaftlicher Protest in seinen vielfältigen Erscheinungsformen bildet dabei einen essenziellen
13 Grundpfeiler und ist für eine gesunde und funktionale Demokratie unerlässlich. Denn wäh-
14 rend auch unsere selbsternannte Fortschrittskoalition auf Bundesebene tatsächliche existenz-
15 sichernde Fortschritte im Kampf gegen die Klimakrise versäumt und sich schwer tut, dem nach
16 rechts abkippenden politischen Klima unserer Gesellschaft etwas entgegenzusetzen, formie-
17 ren sich konservative und rechtsextreme Kräfte zu einer regressiven Einheit in politischen De-
18 batten, die nicht selten zu einem polemischen Kulturkampf degenerieren. Spitzenwerte der
19 AfD in Wahlumfragen, Konservative, die sich in neofaschistischer Rhetorik üben, fortschrei-
20 tend rechtsextreme Mehrheitsverhältnisse in Teilen der Bundesrepublik und nicht zuletzt Ver-
21 unglimpfungen legitimen zivilgesellschaftlichen Protests gegen Lethargie im politischen Out-
22 put der Bundesregierung als „Ökoterrorismus“ sind handfeste Konsequenzen des nicht mehr
23 zu leugnenden Rechtsrucks in unserem Land. Diese Auflistung von Phänomenen des rechten
24 Auftriebs ließe sich noch lange fortführen und verdeutlicht nur, dass zivilgesellschaftliches En-
25 gagement, kreativer demokratischer Protest und auch gewaltloser ziviler Ungehorsam so un-
26 verzichtbar und zentral für die Verteidigung demokratischer Grundwerte sind wie lange nicht
27 mehr. Zwar sieht immerhin auch die Bundesinnenministerin eigenen Aussagen zufolge die
28 größte Gefahr für die Demokratie von rechts kommend, doch dem zuwider scheinen weite Teile
29 des ihr untergeordneten staatlichen Sicherheitsapparats weiter daran festzuhalten, den Feind
30 links zu verorten. So dreht sich das staatliche Repressionskarussell weiter und führt dazu, dass
31 zuletzt gewaltfrei protestierende Klimaaktivist*innen Opfer unverhältnismäßiger polizeilicher
32 Überwachungs- und Durchsuchungspraktiken, wie sie eigentlich im Zuge der Terrorismusbe-
33 kämpfung einzusetzen sind, wurden und Antifaschist*innen in Stuttgart oder Leipzig in fast
34 schon gewohnter Manier staatlicher Repression ausgesetzt waren und sind, die mitunter in

35 langjährigen Freiheitsstrafen münden. Solange vor allem linker Protest weiterhin zur Zielschei-
36 be staatlicher Sicherheitsbehörden wird und polizeiliche Ressourcen auf sich zieht, drohen die
37 angekündigten Bemühungen des Bundesinnenministeriums, konsequent gegen rechte Um-
38 triebe als größte Bedrohung demokratischer Grundwerte vorzugehen, zu leeren Worthülsen
39 zu verkommen. §129 StGB als Einfallstor in demokratische Grundrechte Eine tragende Rolle für
40 die Repressalien gegenüber linkem Protest und Aktivismus spielt der Paragraph 129 im Strafge-
41 setzbuch, der die „Bildung krimineller Vereinigungen“ unter Strafe stellt. Der Tatbestand je-
42 nes Paragrafen geht auf das Reichsstrafgesetzbuch von 1871 zurück, zielte ursprünglich auf die
43 Verfolgung „staatsfeindlicher Verbindungen“ ab und wurde in seiner ersten Fassung während
44 des Kaiserreiches vor allem zur Repression gegenüber Arbeiter*innenbünden und Sozialdemo-
45 krat*innen genutzt. Doch auch in der Geschichte der Bundesrepublik fand und findet der §129
46 StGB vielfache Anwendung und so wurde seit dem Bestehen des bundesdeutschen Rechts-
47 systems von der Hausbesetzer*innenszene der 1980er Jahre bis hin zu Klimaaktivist*innen der
48 Letzten Generation kaum ein oppositionelles Politikfeld von 129er-Ermittlungen verschont. In
49 juristischen Fachkreisen wird §129 StGB auch als „Gummiparagraf“ bezeichnet und gilt auf-
50 grund seiner vagen Definition der Straftatbestände und dem damit einhergehenden flexiblen
51 Interpretationsspielraum als umstritten. Einen aus rechtsstaatlicher Perspektive fragwürdig
52 großen Raum für juristische Interpretationen bietet der Zusatzparagraf 129a StGB, der die „Bil-
53 dung terroristischer Vereinigungen“ gesondert unter Strafe stellt und angesichts seiner Ver-
54 abschiedung im Schnelldurchlauf 1976 im Kontext des Stammheim-Prozesses gegen Mitglie-
55 der der ersten Generation der RAF als „Lex RAF“ bezeichnet wird. Der §129a zur Bestrafung der
56 „Bildung terroristischer Vereinigungen“ räumt dem Polizeiapparat im Namen der Terrorismus-
57 bekämpfung weitreichende Befugnisse ein, die mitunter nachrichten- und geheimdienstliche
58 Anwendungen beinhalten und einer breit auslegbaren Rechtsprechung unterliegen. So fällt
59 nicht nur die aktive Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung“ sondern auch die nicht
60 weiter definierte Unterstützung einer solchen unter den Straftatbestand und legalisiert Ermitt-
61 lungstaktiken der Polizei wie Großrazzien mit schweren Waffen oder die Langzeitüberwachung
62 von E-Mailverkehr und Telekommunikation, wie sie sonst nur dem Bundesnachrichtendienst
63 obliegen. Verfassungsrechtlich besonders kritisch ist die im §129 und §129a implizierte Ver-
64 legung der Strafbarkeit weit vor eine reelle Vorbereitung konkret strafbarer Handlungen. Da-
65 mit werden mitunter alltägliche Handlungen im politischen Kontext, wie beispielsweise Grup-
66 pentreffen, kriminalisiert und dem Sicherheitsapparat der Exekutive die Umgehung des Da-
67 tenschutzes für das Ausforschen bloßer als „organisatorische Aktivitäten“ deklariertes Hand-
68 lungen ermöglicht. Die gesammelten Daten können in polizeiliche Dokumentationsstrukturen
69 überführt und gespeichert werden, auch wenn sich -wie in der Mehrheit der statistisch erfass-
70 ten Fälle- der anfängliche Straftatverdacht nicht erhärtet. Die insgesamt geringe Erfolgsquote
71 bei der Anwendung des §129 und insbesondere des §129a für die strafrechtliche Verfolgung
72 tatsächlicher krimineller bzw. terroristischer Vereinigungen, durch die er sich legitimieren soll,
73 legt zumindest nahe, dass die Befugnisse, die den Sicherheitsbehörden eingeräumt werden,
74 eher rechtsstaatliche Grundrechte untergraben, als dass sie sich effektiv für die gesellschaft-
75 liche Sicherheit erweisen.so-Landeskonferenz 2023: Wir machen den Unterschied! Der „Bund
76 demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler“ kritisierte daher, dass die entspre-

77 chende Gesetzeslage vor allem „der Einschüchterung politischer Initiativen und der Sammlung
78 von Daten“ diene. Dies soll eigentlich durch den sogenannten Politikvorbehalt in §129 StGB
79 verhindert werden, der politische Bewegungen gesondert behandelt und die Hürden für eine
80 strafrechtliche Verfolgung jener hoch hält. Der §129a StGB setzt den Politikvorbehalt im Namen
81 der Terrorismusbekämpfung durch den Artikel 2 jedoch aus. Somit ermöglicht der §129a StGB
82 potenziell eine Instrumentalisierung der Terrorabwehr zur politischen Repression und gehört
83 daher abgeschafft. Um auch künftig eine funktionale und vor allem rechtsstaatliche Terroris-
84 musbekämpfung zu sichern, erachten wir es als sinnvoll, die gesonderten Kriterien zu Terroris-
85 mus in §129a Artikel 1 StGB in eine gesamte Reformation des §129 StGB einfließen zu lassen.
86 So kann eine Rechtslage zur funktionalen Terrorismusbekämpfung geschaffen werden, die je-
87 doch nicht wie bisher für die Repression politischer Bewegungen instrumentalisiert werden
88 kann. Der §129 StGB und insbesondere der §129a ermöglichen durch ihren breiten juristischen
89 Spielraum in ihren derzeitigen Formulierungen jedoch genau das und legalisieren staatliche
90 Repression linker Bewegungen.

Antrag 2025/I/Innen/3**Jusos Hamburg****Wir lassen uns nicht spalten!**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Bearbeitung und anschließenden Weiterlei-
2 tung an den Bundesparteitag beschließen: Wir lehnen Symbolpolitik ab. Zur Prävention von An-
3 schlägen und Angriffen durch psychisch labile und meistens online radikalisierte Attentäter*in-
4 nen müssen wir uns um das Folgende bemühen: 1. Psychosoziale Beratungsangebote sowie die
5 psychologische und psychotherapeutische Versorgung müssen bedarfsgerecht (stärker) finan-
6 ziert werden. 2. Geflüchtete müssen unabhängig von ihrem aufenthaltsrechtlichen Status Zu-
7 gang psychosozialen Angeboten haben. Geflüchtete, insbesondere aus Kriegsgebieten, müs-
8 sen aktiv auf die Beratungs- und Hilfeangebote hingewiesen werden. Ein niedrigschwelliger
9 Zugang ist ab dem Zeitpunkt der Zuweisung an ein Bundesland sicherzustellen. 3. Zivilgesell-
10 schaftliche Akteure, die Menschen in verschiedenen, schwierigen Lebenslagen unterstützen
11 und/oder zur Stärkung von Gemeinschaften beitragen, sind zu stärken und bedarfsgerecht zu
12 finanzieren. Dasselbe gilt für Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit und Straßensozi-
13 alarbeit sowie für inklusive Bildungs- und Kulturprojekte. 4. De-Radikalisierungs- und Präven-
14 tionsprogramme gegen Islamismus und Rechtsextremismus müssen stärker gefördert werden
15 und langfristige Finanzierungszusagen erhalten. Aufklärungskampagnen zur Medienkompe-
16 tenz sind einzuführen, um Menschen gegen extremistische Inhalte zu wappnen. Die schulische
17 Medienkompetenzvermittlung ist entsprechend anzupassen. 5. Leistungskürzungen für Asyl-
18 bewerber*innen und andere Maßnahmen, die soziale Ausgrenzung verstärken, lehnen wir ab.
19 Inklusive Maßnahmen, die die Integration fördern und Parallelgesellschaften verhindern, sind
20 auszubauen. 6. Ein generelles Verbot von „Angriffsmessern“ wie Springmesser begrüßen wir.
21 Haushaltsübliche Messer sind allerdings ausschließlich an „gefährlichen Orten“ zu verbieten.
22 Anwohnende sind auszunehmen. Auch an der städtischen Lebensrealität vorbeigehende Ver-
23 bote der Mitnahme haushaltsüblicher Messer im öffentlichen Nahverkehr lehnen wir ab. 7. Der
24 Schusswaffenbesitz ist stärker zu regulieren. Zur besseren Durchsetzung der bestehenden Re-
25 gulierung soll eine zentrale Waffenbehörde geschaffen werden. 8. Die Überwachung und Zer-
26 schlagung rechtsextremer und islamistischer Netzwerke durch den Verfassungsschutz und Si-
27 cherheitsbehörden muss intensiviert werden. Es sind schärfere Sanktionen gegen Akteure und
28 Plattformen zu verhängen, die aktiv Hass und Hetze verbreiten. 9. Vertreter*innen der sozialde-
29 mokratischen Partei sind zur sprachlichen Mäßigung und zum verantwortungsvollen Umgang
30 mit ihrer Rolle gegenüber allen Menschen angehalten.

31 Begründung

32 Mit einem Satz hat Friedrich Merz recht: Der überwiegende Teil der tödlichen Anschläge der
33 letzten Jahre wurde durch Islamisten verübt. Das, was er für eine Lösung hält ist allerdings kei-
34 ne, sondern rassistische, spaltende Hetze. Wir lehnen Symbolpolitik und Scheindebatten ab. Es

35 liegt an uns, durch eine verantwortungsbewusste Politik und durch gezielte Maßnahmen zur
36 Prävention und Integration die gesellschaftliche Spaltung zu überwinden. Anstatt die Diskus-
37 sion nach rechts zu verschieben und den Diskurs extremistischen Kräften zu überlassen, müs-
38 sen wir klare und fundierte Lösungen voranbringen, die das Vertrauen in unsere Gesellschaft
39 und Demokratie stärken. Nur so verhindern wir, dass die AfD und andere rechte Akteure wei-
40 ter von der Verunsicherung und Spaltung in der Gesellschaft profitieren. Die Verantwortung
41 politisch Handelnder in Debatten Die politische Debatte in Deutschland wird zunehmend von
42 populistischen und rechtsextremen Akteuren beeinflusst, die darauf abzielen, gesellschaftli-
43 che Spannungen zu verstärken und den Diskurs weiter nach rechts zu verschieben. Es ist die
44 Verantwortung aller politisch Handelnden, dieser Entwicklung entgegenzutreten und klar zu
45 machen, dass aus einer solchen Verschiebung nur die AfD und ähnliche Akteure profitieren. Wer
46 in Symbolpolitik und populistische Scheinlösungen abdriftet, läuft Gefahr, den Diskurs derart
47 zu prägen, dass rechtsextreme Positionen schleichend normalisiert werden. Gefahr durch ge-
48 sellschaftliche Spaltung und die Folgen von Symbolpolitik Die Anschläge und Gewalttaten in
49 Deutschland in den letzten Jahren, wie der OEZ-Anschlag in München, der rechtsextreme Ter-
50 rorakt in Hanau, das Attentat in Solingen und der Messerangriff in Siegen, sind erschrecken-
51 de Beispiele für die Auswirkungen von gesellschaftlicher Spaltung und Radikalisierung. Wäh-
52 rend die ersten drei Taten klar von extremistisch ideologisierten Täter*innen verübt wurden,
53 zeigt der Messerangriff in Siegen, dass auch psychisch labile Personen zur Gefahr werden kön-
54 nen. Insbesondere dann, wenn sie in einer Gesellschaft leben, die Spaltung und Feindseligkeit
55 fördert. Daher ist es unerlässlich, präventive Maßnahmen zu ergreifen, die sowohl die psychi-
56 sche Gesundheit stärken als auch Radikalisierung verhindern. Symbolpolitik, wie das pauscha-
57 le Verbot von Messern, lenkt von den eigentlichen Problemen ab und bietet keine nachhalti-
58 gen Lösungen. Stattdessen gilt es, die Ursachen von Gewalt und Radikalisierung anzupacken
59 und die Gesellschaft insgesamt widerstandsfähiger gegen Extremismus und Spaltung zu ma-
60 chen. Stärkung psychosozialer Angebote und Unterstützung für Geflüchtete Um die Verbrei-
61 tung von Gewalt durch psychisch labile und radikalisierte Personen zu verhindern, ist eine um-
62 fassende psychosoziale Betreuung von zentraler Bedeutung. Psychologische und psychothera-
63 peutische Versorgung muss bedarfsgerecht finanziert werden (Forderung 1), um sicherzustel-
64 len, dass Menschen in schwierigen Lebenslagen frühzeitig Hilfe erhalten und nicht in Extremis-
65 mus oder Gewalt abrutschen. Besonders Geflüchtete, die oft durch Krieg, Verfolgung und Ver-
66 treibung traumatisiert sind, müssen unabhängig von ihrem Aufenthaltsrechtlichen Status Zu-
67 gang zu solchen Angeboten haben (Forderung 2). Die aktive Information über Beratungs- und
68 Hilfsangebote sowie ein niedrigschwelliger Zugang sind entscheidend, um diesen Menschen
69 eine echte Perspektive zu geben und ihrer potenziellen Radikalisierung vorzubeugen. Unter-
70 stützung zivilgesellschaftlicher Akteure und Stärkung der Gemeinschaft Zivilgesellschaftliche
71 Akteure spielen eine Schlüsselrolle in der Prävention von Gewalt und Radikalisierung. Organi-
72 sationen, die in der offenen Kinder- und Jugendarbeit oder in der Straßensozialarbeit tätig sind,
73 leisten wertvolle Arbeit zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und müssen da-
74 her stärker gefördert und finanziert werden (Forderung 3). Diese Angebote bieten Jugendlichen
75 und jungen Erwachsenen Alternativen zur Radikalisierung und schaffen Räume der Begegnung
76 und des Austauschs, die Vorurteilen und Hass entgegenwirken. Langfristige Förderung von De-

77 Radikalisierungs- und Präventionsprogrammen Darüber hinaus sind De-Radikalisierungs- und
78 Präventionsprogramme gegen Islamismus und Rechtsextremismus dringend erforderlich und
79 müssen langfristige Finanzierungszusagen erhalten (Forderung 4). Diese Programme helfen,
80 extremistische Ideologien zu bekämpfen und Menschen aus extremistischen Szenen herauszu-
81 führen. Eine stabile und kontinuierliche Finanzierung ermöglicht es diesen Initiativen, nachhal-
82 tig zu arbeiten und langfristige Erfolge zu erzielen. Verhältnismäßigkeit in der Gesetzgebung:
83 Keine Symbolpolitik beim Messerverbot Das Beispiel des Messerangriffs in Siegen zeigt, dass
84 die Radikalisierung nicht immer die Ursache für solche Taten ist. Deshalb ist es wichtig, nicht
85 in eine Symbolpolitik zu verfallen, die wenig mit der Realität zu tun hat. Ein pauschales Ver-
86 bot haushaltsüblicher Messer im öffentlichen Nahverkehr ist realitätsfremd und kriminalisiert
87 Menschen unnötig. Gerade die Lebensrealität in Städten geht damit einher, immer wieder auch
88 Messer über 5cm Klingenlänge mit sich zu führen – sei es, weil sie gerade erworben wurden
89 oder weil sie für ein gemeinsames Picknick benötigt werden. Stattdessen sollten nur gezielte
90 Verbote an tatsächlich gefährlichen Orten ausgesprochen werden, ohne allerdings die Anwoh-
91 nenden pauschal einzubeziehen (Forderung 5). Strengere Regulierung des Schusswaffenbesit-
92 zes zur Erhöhung der Sicherheit Eine stärkere Regulierung des Schusswaffenbesitzes ist eine
93 notwendige Maßnahme, um die Gefahr tödlicher Anschläge zu minimieren. Die Schaffung ei-
94 ner zentralen Waffenbehörde könnte helfen, die bestehenden Regelungen effektiver durchzu-
95 setzen und den Zugang zu Waffen besser zu kontrollieren (Forderung 6). Hier geht es nicht um
96 Symbolpolitik, sondern um konkrete Schritte, um die Sicherheit aller Bürger*innen zu erhöhen.

Antrag 2025/I/Innen/4

Kreis Wandsbek

Barrieren im AsylG abbauen

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur anschließenden Weiterleitung an den Bun-
2 desparteitag das Folgende beschließen: 1. Allen Geflüchteten, die einen Asylantrag in Deutsch-
3 land gestellt haben, soll es nach drei Monaten im Regelfall erlaubt sein, einer Arbeit nach-
4 zugehen. Hierfür soll insbesondere das Zustimmungserfordernis für Arbeit von Menschen im
5 Asylverfahren aufgehoben und in ein Widerspruchsrecht der Ausländerbehörde/Arbeitsagen-
6 tur umgewandelt werden. 2. Dieses Widerspruchsrecht soll insbesondere greifen bei Mitwir-
7 kungsverweigerung, unklarer Identität, Identitätstäuschung, Strafbarkeit, Anweisung zu Aus-
8 weisung/Abschiebung (auch wenn nach dem Dublin-Verfahren eine Überstellung in das Land,
9 in dem das Verfahren durchgeführt werden muss, ansteht). 3. Bestehende bürokratische Hür-
10 den, die es Arbeitgeber:innen erschweren, Asylsuchende einzustellen, sind abzubauen.

11 Begründung

12 Menschen, die zu uns nach Deutschland flüchten, dürfen zunächst grundsätzlich keiner bezahl-
13 ten Arbeit nachgehen. Die Regelungen für geduldete, abgelehnte und anerkannte Geflüchtete
14 variieren. Eines gilt aber für alle: Bis geflüchtete Menschen in Deutschland einer bezahlten Ar-
15 beit nachgehen dürfen, vergehen oftmals mehrere Jahre. Dies liegt nicht nur daran, dass etwa
16 geduldete Geflüchtete nach Abschluss des Asylverfahrens noch eine mehrmonatige Sperrfrist
17 absitzen müssen. Auch die langen Asylverfahren, während der die Antragsteller:innen grund-
18 sätzlich keiner Arbeit nachgehen dürfen, sind ein Problem: 2023 dauerte ein abgeschlossenes
19 Verfahren durchschnittlich 21 (!) Monate. Die Hürden, unter denen geflüchtete Menschen in
20 dieser Zeit arbeiten dürfen, sind hoch. In der Praxis kommt dies deshalb kaum vor. Dabei spre-
21 chen gute Gründe dafür, dass geflüchtete Menschen bereits ab dem Zeitpunkt ihres Asylan-
22 trags einer bezahlten Arbeit nachgehen dürfen. Es gibt kaum ein besseres Integrationsinstru-
23 ment als die frühe Einbindung von Menschen in den Arbeitsmarkt. Ein geregelter Tagesablauf
24 und Kontakte in die Gesellschaft fördern die soziale Eingliederung. Von einer früheren Einbin-
25 dung geflüchteter Menschen profitiert im Übrigen auch der Arbeitsmarkt. Laut Bundesagentur
26 für Arbeit gibt es über 700.000 unbesetzte Stellen in Deutschland. Ein Teil dieser Tätigkeiten er-
27 fordert gerade keine mehrjährige Berufsausbildung oder Sprachkenntnisse auf hohem Niveau.
28 Nicht zuletzt werden Geflüchtete von den aktuellen Regelungen (namentlich §§ 61 Abs. 1 Satz
29 1 AsylG bzw. § 32 Abs. 1 BeschVO) in die Illegalität gedrängt. Geld verdienen? Das ist für Ge-
30 flüchtete ohne anerkannten Schutzgrund in der Praxis jahrelang nur in der Illegalität möglich.
31 Dort sind sie – unabhängig von Sprachbarrieren und Existenzangst – besonders anfällig für
32 Ausbeutung. Gleichzeitig ist auch klar, dass es im Einzelfall Ausnahmen von der grundsätzli-
33 chen Arbeitserlaubnis geben muss: Wem eine Straftat angelastet wird oder wer seine Identität

34 im Asylverfahren verschleiert, der darf – ausnahmsweise – nicht von dieser Regelung profitie-
35 ren. Gerade das Regel-Ausnahme-Verhältnis ist aber entscheidend: Geduldete Menschen und
36 Menschen im Asylprozess sollen grundsätzlich arbeiten dürfen und Ihnen die Lohnarbeit nur
37 im Einzelfall verwehrt bleiben. Eine solche Änderung der Gesetzeslage lässt sich recht einfach
38 implementieren. Die Agentur für Arbeit kann für eine entsprechende Regelung etwa die Ver-
39 ordnungsermächtigung des § 61 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 AsylG nutzen.

Antrag 2025/I/Innen/5

Jusos Hamburg

Für eine humane Flüchtlingspolitik: Abschiebelager in Hamburg schließen!

1 Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an die SPD-Bürgerschaftsfraktion beschließen:
2 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und der Senat im Bundesrat setzen sich dafür ein, dass das Ab-
3 schiebelager für Geflüchtete in Hamburg umgehend geschlossen wird. Stattdessen fordern wir
4 eine dezentrale und menschenwürdige Unterbringung für alle Geflüchteten, unabhängig von
5 ihrem Aufenthaltsstatus. Zudem lehnen die Jusos Hamburg jede Form der Leistungskürzung
6 und sozialen Isolation für Menschen im Asylverfahren ab.

7 **Begründung**

8 Nicht nur die zahlreichen Demonstrationen gegen Rechts, auch die Ergebnisse der Bürger-
9 schaftswahl und das damit einhergehende gute Abschneiden der Parteien des progressiven
10 Spektrums haben gezeigt, dass die Wähler*innen in Hamburg für ein solidarisches Miteinan-
11 der eintreten. Dies gilt auch für den Umgang mit geflüchteten Personen. Deshalb erscheint es
12 verwunderlich, dass Hamburg als erstes Bundesland ein spezielles Abschiebelager für Geflüch-
13 tete eingerichtet hat, die laut Dublin-III-Verordnung in ein anderes EU-Land abgeschoben wer-
14 den sollen. Diese Maßnahme geht mit massiven Einschränkungen der Lebensverhältnisse der
15 Betroffenen einher. Zum einen bedeutet die Unterbringung in einer isolierten Lagerhalle eine
16 faktische Internierung. Auch wenn die Innenbehörde betont, dass es sich nicht um eine Haft-
17 anstalt handle, schränkt das Lager die Bewegungsfreiheit erheblich ein. Zum anderen wurde
18 mit der jüngsten Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes (§ 1 Absatz 4 AsylbLG) eine
19 drastische Kürzung der Sozialleistungen für Dublin-Fälle beschlossen. Betroffene erhalten nur
20 noch für zwei Wochen Sachleistungen unterhalb des Existenzminimums – und keinerlei Geld-
21 leistungen außer einmalig 8,85€ für Hygieneartikel. Sollte die Abschiebung in dieser Zeit nicht
22 erfolgen, verlängert der Senat diese Leistungskürzung. Diese Maßnahmen verstoßen gegen
23 grundlegende menschenrechtliche Prinzipien. Der Entzug existenzsichernder Leistungen steht
24 im Widerspruch zur deutschen Verfassung sowie übergeordneten Rechtsnormen wie der Gen-
25 fer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention. Darüber hinaus
26 bedeutet eine Abschiebung innerhalb der EU nicht automatisch, dass Geflüchtete dort men-
27 schenwürdige Bedingungen vorfinden. In vielen EU-Ländern sind sie staatlicher Gewalt oder
28 Verelendung ausgesetzt. Frankreich bietet nur für die Hälfte der Schutzsuchenden eine Unter-
29 kunft – die andere Hälfte bleibt obdachlos. In Kroatien, Rumänien oder Bulgarien werden viele
30 Geflüchtete nach der Registrierung ohne Zugang zu einem Asylverfahren auf die Straße ge-
31 setzt. Die Hamburger SPD muss sich klar gegen diese unmenschlichen Praktiken positionieren.
32 Ein Abschiebelager ist mit sozialdemokratischen Werten nicht vereinbar. Statt Abschiebung,
33 Isolation und Leistungskürzungen brauchen wir eine dezentrale, menschenwürdige Unterbrin-
34 gung und eine faire Asylpolitik, die Schutzsuchenden echte Perspektiven bietet.

Antrag 2025/I/Innen/6**Jusos Hamburg****Keine Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete – Hamburg als Vorbild für eine humane Migrationspolitik**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Hamburg muss sich entschieden ge-
2 gen Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete stellen. Menschen in Länder wie Afghanistan
3 oder Syrien zurückzuschicken, in denen sie Folter, Verfolgung oder den Tod fürchten müssen,
4 ist mit den Werten der SPD nicht vereinbar. Der Schutz der Menschenwürde muss uneinge-
5 schränkt gelten, unabhängig von Herkunft, Aufenthaltsstatus oder anderen Kriterien. Ebenfalls
6 darf der Familiennachzug von subsidiär Schutzberechtigten nicht ausgesetzt werden. Statt ei-
7 ner Politik der Verschärfungen und Abschottung muss Hamburg als Bundesland mit huma-
8 nitärer Verantwortung vorgehen und für sichere Fluchtwege sowie den erleichterten Fami-
9 liennachzug eintreten. Abschiebungen dürfen nicht in Regionen erfolgen, in denen es keine
10 Garantie für Sicherheit gibt.

11 Begründung

12 Die aktuelle Abschiebep Praxis in Deutschland zeigt auch in unserer Stadt eine klare Entwicklung.
13 In Hamburg wurden im vergangenen Jahr rund 1.500 Menschen abgeschoben – der höchst-
14 te Stand seit sieben Jahren. Besonders problematisch sind hier Abschiebungen, unabhängig
15 von der Sicherheit im Zielland. Afghanistan und Syrien sind keine sicheren Länder. In Afgha-
16 nistan herrschen unter den Taliban schwerste Menschenrechtsverletzungen, insbesondere ge-
17 gen Frauen, Oppositionelle und ethnische Minderheiten. Syrien ist weiterhin ein Land, in dem
18 politische Gegner, Minderheiten und Rückkehrer willkürlich verfolgt oder getötet werden. Nie-
19 mand kann garantieren, dass eine Rückkehr in diese Länder menschenwürdig verläuft – und ge-
20 nau diese Garantie müsste aber Voraussetzung für eine Abschiebung sein. Ein weiterer Punkt
21 ist die Diskussion um Straftäter und Gefährder. Klar ist: Wer schwere Gewaltverbrechen be-
22 geht, muss zur Rechenschaft gezogen werden. Doch Abschiebung darf nicht als Ersatz für Straf-
23 verfolgung dienen. Ein funktionierender Rechtsstaat hat die Aufgabe, Kriminalität innerhalb
24 seiner eigenen Grenzen zu ahnden. Wer eine Haftstrafe verbüßt, darf nicht anschließend in
25 ein Land abgeschoben werden, in dem es keine rechtsstaatlichen Strukturen gibt. Die Debat-
26 te darf zudem nicht dazu führen, dass jede Form von Verurteilung als Rechtfertigung für eine
27 Abschiebung herangezogen wird. Es braucht eine klare Differenzierung zwischen schweren Ge-
28 waltverbrechen und Bagatelldelikten. Abschiebungen auf Basis administrativer Entscheidun-
29 gen oder aufgrund von kleineren Delikten sind mit einer humanen Migrationspolitik nicht ver-
30 einbar. Besonders alarmierend ist die Entwicklung auf Bundesebene. Die Sondierungsgesprä-
31 che zeigen, dass sich die SPD auf eine drastische Verschärfung der Migrationspolitik einlässt.
32 Neben schnelleren Abschiebungen und einer restriktiveren Rückführungspolitik wird auch die
33 Zurückweisung von Schutzsuchenden an den Grenzen angestrebt. Dies gefährdet nicht nur das

34 Asylrecht, sondern untergräbt auch die Solidarität innerhalb der Europäischen Union. Deutsch-
35 land kann und darf sich nicht von seiner humanitären Verantwortung verabschieden. Gera-
36 de in einer Zeit, in der Europa eine gemeinsame Lösung für Flucht und Migration benötigt,
37 wäre dies das vollkommen falsche Signal. Hamburg hat in der Bürgerschaftswahl bewiesen,
38 dass eine sachliche, progressive Migrationspolitik ohne populistische Zuspitzungen erfolgreich
39 sein kann. Während auf Bundesebene Migration zunehmend zum politischen Kampftema ge-
40 macht wird, hat Hamburg gezeigt, dass ein lösungsorientierter Ansatz mehrheitsfähig ist. Die-
41 se Haltung muss sich auch in der weiteren politischen Arbeit widerspiegeln. Die Hamburger
42 SPD darf sich nicht an einer Politik beteiligen, die Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebieten
43 legitimiert. Wir fordern daher einen sofortigen Abschiebestopp für alle Länder, in denen keine
44 Sicherheit für Rückkehrer garantiert werden kann. Es braucht eine transparente Abschiebepra-
45 xis, die sicherstellt, dass Schutzsuchende nicht aufgrund bürokratischer Hürden oder geringer
46 Delikte abgeschoben werden. Abschiebungen dürfen nicht als Mittel genutzt werden, um eine
47 restriktive Migrationspolitik durchzusetzen. Wir müssen als SPD und als Hamburg eine klare
48 Haltung zeigen: Menschenrechte sind nicht verhandelbar, und Humanität darf nicht der poli-
49 tischen Stimmungslage geopfert werden.

Antrag 2025/I/Innen/7**Förderung der einheitlichen Anwendung des Stufenmodells zur Identitätsklärung bei eritreischen Geflüchteten in Hamburg**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Der Landesparteitag der SPD Ham-
2 burg fordert den SPD-geführten Senat und die zuständige Fachbehörde auf zu gewährleis-
3 ten, dass in Hamburg im Rahmen der aufenthaltsrechtlichen Prüfung bei der Identitätsklärung
4 von eritreischen Geflüchteten das vom Bundesverwaltungsgericht entwickelte Stufenmodell
5 (BVerwG 1 C 36.19 - Urt. v. 23.09.2020) konsequent angewendet und die Rechtsprechung des
6 Bundesverwaltungsgerichts zur Unzumutbarkeit des Botschaftsbesuchs (BVerwG 1 C 9.21 - Urt.
7 v. 11.10.2022) ausreichend berücksichtigt wird.

8 Begründung

9 Zahlreiche eritreische Geflüchtete in Hamburg, die bereits seit Jahren in Deutschland leben,
10 erfüllen alle Voraussetzungen für eine Einbürgerung oder eine Niederlassungserlaubnis. Sie
11 tragen aktiv zur Gesellschaft bei und sind dringend benötigte Fachkräfte. Dennoch wird ihnen
12 die Einbürgerung oder Niederlassungserlaubnis aufgrund fehlender staatlicher Identitätsdo-
13 kumente oft verweigert. Die eritreische Verwaltungspraxis verhindert jedoch, dass diese Men-
14 schen solche Dokumente erhalten können, ohne sich oder ihre Angehörigen erheblichen Ge-
15 fahren auszusetzen. Diese Gefährdungslage muss auch bei der Prüfung im Rahmen des Stufen-
16 modells Berücksichtigung finden. So ist es in Eritrea üblich, Verwandte stellvertretend für die
17 Flucht ihrer Angehörigen zu bestrafen oder unter Druck zu setzen. Abgesehen davon existiert
18 in Eritrea keine flächendeckende Geburtenregistrierung, sodass Taufurkunden oder Aussagen
19 von Zeugen zur Identität eines Betroffenen valider sein können als über die Botschaft erlangte
20 Dokumente.

21 Das Bundesverwaltungsgericht hat bereits 2020 und 2022 entschieden, dass alternative Nach-
22 weise zur Identitätsklärung herangezogen werden können und die Kontaktaufnahme mit der
23 eritreischen Botschaft aufgrund der verlangten Reueerklärung unzumutbar ist. Aufgrund die-
24 ser Rechtsprechung hat das Bundesministerium des Innern und für Heimat am 16.08.2023 ei-
25 ne Handlungsempfehlung herausgegeben, nach der bei eritreischen Geflüchteten unabhängig
26 vom Aufenthaltsstatus von einem Botschaftsbesuch abgesehen werden soll. Diese Entschei-
27 dungen werden jedoch in Hamburg oft nicht einheitlich umgesetzt, was dazu führt, dass viele
28 Geflüchtete weiterhin ohne sicheren Aufenthalt in ständiger Unsicherheit leben müssen.

29 Der SPD-geführte Senat sowie die zuständige Fachbehörde müssen daher dafür sorgen, dass
30 diese rechtlichen Vorgaben konsequent umgesetzt werden. Damit wird nicht nur die Rechtssi-
31 cherheit für die betroffenen Personen verbessert, sondern auch ein Beitrag zur Integration und

- 32 Wertschätzung der eritreischen Gemeinschaft in Hamburg geleistet. Dies ist auch im Sinne ei-
33 ner gerechten und menschenrechtskonformen Verwaltungspraxis und unterstützt die humane
34 Asylpolitik, die im Einklang mit den Werten der Sozialdemokratie steht.

Teilh Gleichstellung / Teilhabe

Antrag 2025/I/Teilh/1

Kreis Eimsbüttel

Demokratie muss es wert sein: Kostenfreier postalischer Antrag zur Briefwahl!

- 1 Der SPD Landesparteitag möge beschließen: Postalische Anträge für Briefwahlunterlagen zu
- 2 Bürgerschafts- und Bezirkswahlen in Hamburg erfolgen portofrei.

3 **Begründung**

- 4 In einem demokratischen Rechtsstaat gehören freie Wahlen auf allen Ebenen zu den höchsten
- 5 Gütern. Die Politik trägt die Verantwortung, eine barrierefreie Teilnahme an Wahlen für alle
- 6 Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. In Hamburg können Anträge auf Briefwahlunter-
- 7 lagen sowohl online als auch postalisch gestellt werden. Während die Online-Antragstellung
- 8 kostenfrei ist, müssen postalische Anträge nach den Gebühren der Post frankiert werden. Dies
- 9 führt zu einer Ungleichbehandlung von Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen keine
- 10 Möglichkeit haben, die Online-Antragsstellung zu nutzen, und benachteiligt sie gegenüber an-
- 11 deren Wählern. Zudem stellt die Notwendigkeit der Frankierung eine zusätzliche Hürde für die
- 12 Wählenden dar und kann dazu führen, dass wahlberechtigte Hamburgerinnen und Hamburger
- 13 von der Teilnahme an Wahlen absehen. Auch wenn die Einführung portofreier Briefwahlanträ-
- 14 ge mit zusätzlichen Kosten verbunden ist, sollte es insbesondere einer wohlhabenden Stadt
- 15 wie Hamburg möglich sein, allen Bürgerinnen und Bürgern unabhängig von der gewählten An-
- 16 tragsform die kostenlose Beantragung von Briefwahlunterlagen zu ermöglichen. Dies würde
- 17 einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der demokratischen Teilhabe leisten.

Antrag 2025/I/Teilh/2**Jusos Hamburg****Frauenschwimmzeiten in allen Hamburger Bezirken ermöglichen**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die sozialdemokratischen Mit-
2 glieder des Hamburger Senats werden aufgefordert, sich beim städtischen Betreiber für
3 Schwimmbäder Bäderland dafür einzusetzen, dass in allen Hamburger Bezirken mindestens
4 ein Schwimmbad der Bäderland GmbH einmal pro Woche Frauenschwimmzeiten anbietet.

5 Begründung

6 Frauenschwimmzeiten bieten einen Schutzraum für Frauen beim Schwimmen, der beim
7 Schwimmen ohne exklusive Frauenzeit nicht gewährleistet wird. Die Folge sind Catcalling, un-
8 gewollte Blicke und übergriffige Handlungen anderer Schwimmbadbesucher. Darüber hinaus
9 sind Frauen, die aus religiösen Gründen nicht zusammen mit Männern schwimmen dürfen in
10 ihrer Handlungsfreiheit benachteiligt und eingeschränkt. Die Bäderland Hamburg GmbH ist
11 die städtische Betreibergesellschaft und gehört zur Beteiligungsholding HGV. Durch die Betei-
12 ligung ist es wünschenswert, dass sich die Stadt Hamburg dafür einsetzt, diesem Missstand zu
13 begegnen. Bisherige Angebote des Frauenschwimmens in St. Pauli und Wilhelmsburg werden
14 stark nachgefragt, gleichzeitig ermöglichen diese beiden Standorte aber kein vollumfängliches,
15 bzw. ausreichend zufriedenstellendes Angebot. Beide Bäder sind zu den Frauenschwimmzeiten
16 überfüllt und schränken somit ebenfalls die sportliche Aktivität ein.

Antrag 2025/I/Teilh/3**Jusos Hamburg****Schulbusbeförderungen für alle Kinder mit Behinderungen in ganz Hamburg**

- 1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:
- 2 I. Die SPD-Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft und die sozialdemokratischen Mitglieder
3 des Senats setzen sich dafür ein, dass ein konkreter Anspruch auf Schulbeförderung im gesam-
4 ten Netzgebietes vom Hamburger Verkehrsverbandes (HVV) für Kinder mit Behinderungen –
5 bei denen ein sonderpädagogischer Bedarf festgestellt ist – kodifiziert wird.
- 6 Dies beinhaltet: 1. Eine Ergänzung des Hamburgischen Schulgesetzes beispielsweise in der Ver-
7 abschiedung eines § 12a (Schulbeförderungen für Schülerinnen und Schülern mit sonderpäd-
8 agogischem Förderungsbedarf) HmbSG.
- 9 2. Ziffer 4.2.1. der Bestimmungen über Schulweghilfe für behinderte Schülerinnen und Schü-
10 ler (Schulweghilfebestimmungen) soll geändert werden. Die Schulweghilfe soll innerhalb des
11 im gesamten Netzgebietes vom Hamburger Verkehrsverbandes (HVV) zur Verfügung gestellt
12 werden und nicht nur auf das Einzugsgebiet der Sonderschule beschränkt sein. Das Ermessen
13 soll reduziert werden.
- 14 II. Die SPD-Fraktionen der Hamburgischen Bezirksversammlungen setzen sich dafür ein, dass
15 die Listen der Einzugsbereiche für staatliche und staatlich anerkannte private Sonderschulen
16 in Hamburg für die Gewährung von Schulweghilfe auf den Stand von 2024 aktualisiert und
17 neu erstellt wird. Die Einzugsbiere müssen der demographischen Entwicklung der Freien und
18 Hansestadt Hamburg entsprechen.

19 Begründung

20 Eltern von Kindern mit Behinderungen haben nicht nur Schwierigkeiten mit der Suche nach
21 der passenden Schule für ihre Kinder, die auf besondere Betreuung und Förderung angewiesen
22 sind. Für die betroffenen Eltern ist es ebenso schwierig ihre Kinder jeden Tag zur passenden
23 Schule zu bringen, die im Unglücksfall mehrere Kilometer von dem eigenen Zuhause entfernt
24 ist und man dazu noch kein Fahrzeug hat, mit dem man das Kind fahren kann. Ist man krank-
25 heitsbedingt nicht mobil oder hat man mit kompromisslosen Arbeitszeiten zu kämpfen, be-
26 deutet dies für die Familie eine zusätzliche Belastung. Der Staat hat dafür die Möglichkeit einer
27 Beförderung der Schülerinnen und Schüler mit einem Schulbus bereitgestellt, sofern ein son-
28 derpädagogischer Förderbedarf festgestellt werden kann. Was in der Theorie großartig klingt,
29 bleibt für viele Familien gleichwohl bloße Wunschvorstellung. Nach derzeitiger Rechtslage han-
30 delt es sich bei der Schulweghilfe zu Privatschulen grundsätzlich um eine freiwillige Leistung,
31 welche im Rahmen des in den Schulwegbestimmungen festgelegten Ermessens bewilligt wird.
32 Die Schulen machen es sich dadurch einfach und beschränken diese freiwillige Leistung gerne

33 auf die jeweiligen Einzugsgebiete. Was rechtlich zwar zulässig ist, bringt viele Familien in Ham-
34 burg in Bedrängnis. Ob aufgrund fehlenden Personals, mangelnder Qualifikation oder schlicht
35 Knappheit an Kapazitäten: die meisten Schulen reagieren verhalten auf Anfrage eines freien
36 Schulplatzes für ein Kind mit Behinderungen, welches besondere Betreuung und eingehender
37 Förderung bedarf. Wohnt die Familie nicht im Einzugsgebiet fällt im Regelfall eine Beförderung
38 mit Schulbus – ganz gleich, ob ein Förderbedarf festgestellt ist – weg. So orientiert sich bei-
39 spielsweise die Bugenhagenschule in Alsterdorf kompromisslos an der Liste der Einzugsgebiete.
40 Nach einem Austausch mit verärgerten Familien stellte sich heraus, dass die Liste der Ein-
41 zugsgebiete noch mit der Schreibmaschine im Jahr 1996 erstellt wurde. Es sind mittlerweile 28
42 Jahre vergangen, seitdem die Liste erstellt wurde anhand derer Schulen wie die Bugenhagen-
43 schule bestimmen, wessen Familien man den Luxus bieten möchte Kinder mit Behinderungen
44 zur Schule zu fahren und welche Familien sich eine andere Schule suchen können oder sich
45 selbst eine Lösung einfallen lassen sollen. Die Geburtenrate im Jahr 1996 lag laut „Statista“
46 bei 16.594. Allein im Jahr 2016 lag sie schon bei 21.480 und mittlerweile leben über 2.000.000
47 Menschen in der Hansestadt. Trotz alternder Gesellschaft ist Hamburg also seit dem letzten
48 Jahrhundert gewachsen und so hat sich auch die Bevölkerung vergrößert. Dass auf Grundlage
49 veralteter Listen aus dem letzten Jahrhundert entschieden wird, wessen Kinder – die unver-
50 schuldet wegen angeborener Behinderungen, Krankheiten oder sonstigen Schicksalsschlägen
51 auf Hilfe angewiesen sind – zur Schule gefahren werden sollen ist unzeitgemäß, unverhältnis-
52 mäßig und widerspricht dem Gedanken der sozialen Gerechtigkeit. Dieser Missstand herrscht
53 nun seit über zwei Jahrzehnten und sollte zugunsten der Familien von Kindern mit Behinde-
54 rungen, die das verwundbarste Glied unserer Gesellschaft bilden und am meisten auf die Hilfe
55 des Staates angewiesen sind, behoben werden.

Antrag 2025/I/Teilh/4

Distrikt Altona-Altstadt

Meldestelle zu rassistischen und antisemitischen Vorfällen in Hamburg aufbauen

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und
2 die sozialdemokratischen Vertreter*innen des Hamburger Senats setzen sich für den Aufbau
3 einer Meldestelle zu rassistischen und antisemitischen Vorfällen in Hamburg ein. Sie soll ge-
4 meinsam mit entsprechenden etablierten Verbänden und Akteur*innen (wie zum Beispiel die
5 Beratungsstelle „empower“) entwickelt werden und innerhalb der nächsten Legislaturperiode
6 (2025-2030) ihre Arbeit aufnehmen.

7 **Begründung**

8 Rassistische Chats zwischen Hamburger Polizeibeamten, Hitlergruß an den Landungsbrücken,
9 rassistische Beleidigungen und Bedrohungen von Menschen mit Migrationshintergrund, anti-
10 semitische Gewalttaten – all das passiert in Hamburg. Obwohl unsere Stadt dem politischen
11 Trend im Bund trotzt und die AfD bei der letzten Bürgerschaftswahl ein vergleichsweise nied-
12 riges Wahlergebnis eingefahren hat, rassistische und antisemitische Vorfälle sind auch hier
13 trauriger Alltag. So berichtet die Hamburger Beratungsstelle „empower“ für Betroffene rech-
14 ter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, dass in 2024 drei bis vier rassistische oder an-
15 tisemitische Vorfälle pro Tag gemeldet wurden. „empower“ unterstützt und berät Betroffene
16 und Angehörige, wenn sie rassistische und antisemitische Bedrohungen und Gewalt erfahren.
17 Die Beratungsstelle weist auch darauf hin, dass rassistische und antisemitische Vorfälle zuletzt
18 aufgrund des Rechtsrucks in Politik und Gesellschaft zugenommen haben. Täter*innen fühlen
19 sich durch den populistischen Diskurs geschützt und ermutigt. Was sie vorher vielleicht nur für
20 sich gedacht haben, sprechen sie nun ungehemmter aus und lassen ihren Gedanken Taten fol-
21 gen. Diese Nachrichten sind bedrückend und machen Angst, vor allem Hamburger*innen mit
22 Migrationshintergrund und Jüd*innen. Um sie zu stärken und Vorfälle sichtbar zu machen, soll
23 in Absprache mit Expert*innen aus der Zivilgesellschaft eine Meldestelle aufgebaut werden.
24 Sie soll dazu dienen, dass Betroffene, Angehörige und Zeug*innen niedrigschwellig (mit)erleb-
25 te rassistische und antisemitische Beleidigungen, Bedrohungen und Gewalt melden können,
26 wenn z.B. die Strafbarkeitsgrenze nicht überschritten wurde und keine Anzeige bei der Polizei
27 gestellt werden kann. So können Vorfälle erfasst, analysiert und dokumentiert werden, auch
28 wenn sie in keine Kriminalstatistik fließen. Mit den Ergebnissen wird eine umfangreiche sta-
29 tistische Grundlage für weitere politische Maßnahmen gegen Diskriminierung und Vorfälle in
30 Hamburg beigetragen. Nordrhein-Westfalen hat seit dem 17. März 2025 insgesamt fünf Melde-
31 stellen (Antisemitismus; Antiziganismus; Muslimfeindlichkeit; Hass gegen queere Menschen;
32 Anti-Schwarzer, antiasiatischer und weitere Formen von Rassismus) aktiviert. Initiiert wurden

33 diese von der 2022 noch schwarzgelben (!) Landesregierung. Bei den Meldestellen können dis-
34 kriminierende Vorfälle – auch solche unter der Strafbarkeitsgrenze – online und anonym ge-
35 meldet werden. Die Meldungen haben keine juristischen Konsequenzen, sondern dienen vor
36 allem der Dokumentation und Analyse (s.o.). Hamburg könnte sich bei der Entwicklung einer
37 Meldestelle an dem Prozess in NRW orientieren.

38 1 [https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Razzia-bei-Hamburger-Polizisten-wegen-](https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Razzia-bei-Hamburger-Polizisten-wegen-rassistischerChats,polizei7450.html)
39 [rassistischerChats,polizei7450.html](https://www.abendblatt.de/hamburg/hamburg-mitte/article408358792/st-pauli-mann-zeigt-auf-hafenfaehritlergruss-und-attackiert-fahrgast.html) 2 [https://www.abendblatt.de/hamburg/hamburg-](https://www.abendblatt.de/hamburg/hamburg-mitte/article408358792/st-pauli-mann-zeigt-auf-hafenfaehritlergruss-und-attackiert-fahrgast.html)
40 [mitte/article408358792/st-pauli-mann-zeigt-auf-hafenfaehritlergruss-und-attackiert-](https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Rassismus-im-Alltag-nimmt-auch-in-Hamburgzu,rassismus104.html)
41 [fahrgast.html](https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Rassismus-im-Alltag-nimmt-auch-in-Hamburgzu,rassismus104.html) 3 [https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Rassismus-im-Alltag-nimmt-](https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Rassismus-im-Alltag-nimmt-auch-in-Hamburgzu,rassismus104.html)
42 [auch-in-Hamburgzu,rassismus104.html](https://hamburg.arbeitundleben.de/politische-bildung/empower/monitoring-2023/) 4 [https://hamburg.arbeitundleben.de/politische-](https://hamburg.arbeitundleben.de/politische-bildung/empower/monitoring-2023/)
43 [bildung/empower/monitoring-2023/](https://www.dezim-institut.de/presse/presse-detail/ablehnung-angst-und-abwanderungsplaene-diegesellschaftlichen-folgen-des-aufstiegs-der-afd/) 5 [https://www.dezim-institut.de/presse/presse-](https://www.dezim-institut.de/presse/presse-detail/ablehnung-angst-und-abwanderungsplaene-diegesellschaftlichen-folgen-des-aufstiegs-der-afd/)
44 [detail/ablehnung-angst-und-abwanderungsplaene-diegesellschaftlichen-folgen-des-](https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/meldestellen-rassismus-nrw-start-102.html)
45 [aufstiegs-der-afd/](https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/meldestellen-rassismus-nrw-start-102.html) 6 [rassismus-nrw-start-102.html](https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/meldestellen-
46 <a href=)

Antrag 2025/I/Teilh/5**Distrikt Eimsbüttel-Süd****UN-Behindertenrechtskonvention endlich umsetzen - den Landesaktionsplan für FASD-Betroffene anpassen**

1 Der Landesparteitag möge beschließen, den Senat aufzufordern, Angebote zur Inklusion,
2 insbesondere Teilhabe und Betreutes Wohnen für Menschen mit FASD (Fetales Alkoholsyn-
3 drom) zu schaffen und in den aktuellen Landesaktionsplan (LAP) zur Umsetzung der UN-
4 Behindertenrechtskonvention aufzunehmen.

5 Begründung

6 FASD ist die häufigste, bei Geburt bestehende chronische, nicht heilbare Erkrankung. Durch
7 zahlreiche Aufklärungsinitiativen zu FASD ist zwar die allgemeine Wahrnehmung in der Ge-
8 sellschaft gestiegen, aber das Bemühen um entsprechende Angebote zur Inklusion ist stark
9 ausbaufähig. Vor diesem Hintergrund hat die SPD Hamburg in ihrem Regierungsprogramm
10 2025-2030 die Einsetzung eines FASD-Kompetenzzentrums aufgenommen, um insbesondere
11 die Kindergesundheit in den Blick zu nehmen. Allerdings dürfen auch erwachsene Menschen
12 mit FASD nicht aus den Augen verloren gehen. Viele Familien und soziale Träger stehen vor der
13 Frage, wo Menschen mit FASD wohnen können, wenn sie erwachsen sind. Deshalb ist es wichtig
14 – neben Wohngruppen für Jugendliche mit FASD – auch betreute Wohnformen für erwachsene
15 Menschen mit FASD zu schaffen.

16 Die Aufnahme in den LAP ist zielführend, weil die Ausgestaltung der konkreten Ziele und Maß-
17 nahmen des LAP immer durch Einbeziehung zahlreicher Fachgruppen und Fachkräfte entste-
18 hen.

Antrag 2025/I/Teilh/6

Kreis Mitte

Ernsthaft Demokratie fördern?! Jetzt: Ein Landesintegrationsrat für Hamburg

1 Der Landesparteitag möge zur anschließenden Weiterleitung an den Senat und die SPD- Bür-
2 gerschaftsfraktion beschließen: Die SPD Hamburg und der Senat werden aufgefordert, den
3 Landesintegrationsbeirat demokratisch zu stärken, indem seine Antrags- und Anhörungsrech-
4 te ausgeweitet werden.

5 **Begründung**

6 Hamburg verfügt bereits über bewährte Strukturen zur Einbindung von Zivilgesellschaft und
7 Ehrenamt. Seit 2006 hat sich der ursprüngliche Ausländerbeirat zu einem beratenden Gremi-
8 um weiterentwickelt, dessen Mitglieder nun wieder über die Bezirksversammlungen benannt
9 werden. Dabei ist hervorzuheben, dass die derzeitigen Mitglieder des Landesintegrationsbei-
10 rats politischer und aktiver agieren als je zuvor. Ihr Engagement und ihre Bereitschaft, die Inter-
11 essen der Communities mit Nachdruck zu vertreten, sollten gewürdigt und durch eine Erwei-
12 terung ihrer Rechte unterstützt werden. Der Landesintegrationsbeirat spielt eine zentrale Rolle
13 für Demokratie und Teilhabe in der Integrationspolitik Hamburgs. Um seine Arbeit effektiver zu
14 gestalten, wurde die Vernetzung zwischen dem Landesintegrationsbeirat und den bezirklichen
15 Integrationsbeiräten zuletzt gestärkt. Bedauerlicherweise ist jedoch die basisdemokratische
16 Wahl durch Migrantenselbstorganisationen (MSO) im Zuge der Reform entfallen, was den Ein-
17 fluss der Communities verringert hat. Zusammengefasst hat der Beirat eine beratende Rolle als
18 „Stimme der Communities“, ohne jedoch bindende Entscheidungsbefugnisse zu besitzen. Sei-
19 ne Wirkung entfaltet sich durch die fachliche und gesellschaftliche Begleitung der politischen
20 Prozesse. Das soll sich nun ändern. Während die bezirklichen Integrationsbeiräte ihre beraten-
21 de Funktion beibehalten, soll der Landesintegrationsbeirat das Recht erhalten, eigene Anträge
22 an den Senat und zuständige Behörden zu stellen sowie Anhörungen zu initiieren. Damit folgt
23 Hamburg einer Praxis, die bereits in anderen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen, Berlin,
24 München und Bremen ihren kommunalen Integrationsbeiräten durch weitergehende Rechte
25 ermöglicht wurde. Dadurch hätten die Akteure in den bezirklichen Beiräten künftig die Mög-
26 lichkeit, ihre Anliegen und Bedürfnisse über den Landesintegrationsbeirat einzubringen. Die
27 Erweiterung seiner Rechte würde es dem Beirat ermöglichen, als Rat zu agieren, noch aktiver
28 an politischen Entscheidungen mitzuwirken und seine Position zu gesellschaftlich relevanten
29 Themen im Sinne der Demokratieförderung nachhaltig zu stärken und aufzuwerten.

Eur Europa

Antrag 2025/I/Eur/1

Kreis Hamburg-Mitte

EU-Beihilferecht vereinfachen, Transformation der Wirtschaft beschleunigen und die Wettbewerbsfähigkeit der EU erhöhen

- 1 Der EU-Binnenmarkt ist auf faire Wettbewerbsbedingungen angewiesen. Staatliche Beihilfen
2 (Subventionen) an einzelne Unternehmen können den Wettbewerb verfälschen. Die Mitglied-
3 staaten haben sich daher bereits 1957 in ihren Verträgen strenge Regeln gegeben, unter wel-
4 chen Voraussetzungen Beihilfen zulässig sind. Das EU-Beihilferecht ist seitdem ein zentraler
5 Bestandteil der europäischen Wettbewerbspolitik und zielt darauf ab, einen fairen Wettbewerb
6 im EU-Binnenmarkt sicherzustellen. Mittlerweile ist das EU-Beihilferecht aber ein komplexes
7 Regelwerk und stellt Länder und Unternehmen gleichermaßen vor Herausforderungen.
- 8 Eine kontinuierliche Überprüfung und Anpassung des Regelwerks ist daher notwendig, um ei-
9 nen ausgewogenen Ansatz zwischen Wettbewerbsschutz und notwendiger staatlicher Unter-
10 stützung zu finden. Insbesondere die Herausforderungen insbesondere des Klimawandels und
11 der Industrietransformation stehen im Spannungsverhältnis zum EU-Beihilferecht und dem Be-
12 darf an gezielter finanzieller Förderung neuer Produkte und Produktionsweisen. Ebenso sehen
13 sich die Mitgliedsstaaten der EU durch das restriktive und schwerfällige Beihilferecht gegen-
14 über flexibleren und weniger restriktiven Anreizprogrammen wie beispielsweise dem Inflation
15 Reduction Act in den USA im Nachteil.
- 16 Mit dem Start der neuen Legislaturperiode des Europäischen Parlaments und einer neuen
17 EU-Kommission bietet sich eine Reform des EU-Beihilferechts an. Ziel sollte es sein, dass EU-
18 Beihilferecht flexibler zu gestalten und gleichzeitig die notwendige Unterstützung für die
19 sozial-ökologische Transformation zu ermöglichen. Dabei ist es wichtig, einen ausgewogenen
20 Ansatz zu finden, der sowohl die Wettbewerbsfähigkeit als auch die Nachhaltigkeitsziele der
21 EU berücksichtigt.
- 22 Die folgenden Vorschläge zielen darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken, ohne
23 in einen reinen Subventionswettlauf zu geraten. Der Fokus liegt auf der Verbesserung der allge-
24 meinen Standortbedingungen, der Förderung von Innovation und der Schaffung eines offenen,
25 wettbewerbsfähigen Wirtschaftsumfelds.
- 26 Vorschläge zur Reform des EU-Beihilferechts: 1. Lockerung bei AGVO und De-Minimis: Die AG-
27 VO wurde zuletzt zum 1.7.2023 überarbeitet und gilt bis Ende 2026. Um das Verfahren zu ver-
28 einfachen und Bürokratie abzubauen, fordern wir eine weitere Reform der AGVO, die zu verein-
29 fachten Regelungen, Anhebung der Anmeldeschwellen, Einführung weiterer Freistellungstat-
30 bestände und verbesserte und klarer Erläuterungen führen sollte. Zudem sollte die Geltungs-
31 dauer der AGVO auf mindestens drei Jahre ausgeweitet werden, um hier Planungssicherheit
32 zu erhöhen.

33 Bei der De-Minimis-Verordnung sprechen wir uns für eine Erhöhung des Volumens der Beihilfe,
34 die ohne Einzelfallprüfung gewährt werden kann, von 300.000 Euro auf 500.000 Euro. Alternativ
35 sollte der Zeitraum, für den die bisherige Summe von 300.000 Euro gilt, von drei auf zwei
36 oder idealerweise auf ein Jahr verkürzt werden.

37 2. Vereinfachung der Genehmigungsverfahren operationeller Programme (EFRE, ESF und JTF):
38 Die erforderlichen Genehmigungen und die separate beihilferechtliche Prüfung der operativen
39 Programme durch die EU-Kommission führen immer wieder zu Verzögerungen beim
40 Förderstart. Hier wäre eine beide Prüfungen in einem einheitlichen Verfahren zusammenge-
41 fasst werden, so dass eine Genehmigung der Programme automatisch eine beihilferechtliche
42 Genehmigung einschließt.

43 3. Dauer von Genehmigungsverfahren verkürzen: Größere Einzelmaßnahmen bedürfen der Notifizierung
44 durch die EU-Kommission. Die EU-Kommission bevorzugt hier die Notifizierung von
45 Gruppen von Großprojekten durch die Mitgliedsstaaten, anstatt der Prüfung einzelner Projekte.
46 Dies erhöht den Aufwand durch evtl. notwendige Ausschreibungen und öffentlicher Konsultationen.
47 Eine praktikable Lösung zur Beschleunigung könnte die Einführung von Antragskonferenzen
48 sein, bei denen Unternehmen, Bund, Länder und die Kommission gemeinsam die
49 Förderanträge vorbereiten und diskutieren.

50 4. Langfristige Neugestaltung des Beihilferechts nach Auslaufen des TCTF Ende 2025: Mit dem
51 Auslaufen des Temporary Crisis and Transformation Frameworks (TCTF) Ende 2025 sollte eine
52 dauerhafte Anpassung und Harmonisierung beihilferechtlicher Instrumente vorgenommen
53 werden. Hier sollte eine Verstetigung und gezielte Erweiterung der in der Krise implementierten
54 Fördermöglichkeiten geschaffen werden, um in Europa möglichst unbürokratische Fördermöglichkeiten
55 zu schaffen und zugleich gegenüber Anreizprogrammen anderer Wirtschaftsmächte wie beispielsweise
56 den USA mit dem Inflation Reduction Act konkurrenzfähig zu sein. So könnten zum Beispiel
57 angelehnt an Ziffer 2.8 des TCTF Investitionen in Schlüsselindustrien unabhängig davon, ob sie
58 in einem Fördergebiet stattfinden, mit 15% (zzgl. 5% in C-Fördergebieten) gefördert werden.
59 Idealerweise würde der Fördersatz auch noch erhöht werden. Zudem sollte eine Verstetigung
60 im Bereich des beschleunigten Ausbaus der erneuerbaren Energien erfolgen.
61

Kul Kultur**Antrag 2025/I/Kul/2****Distrikt Barmbek-Nord/Dulsberg****Eine „Kühne-Oper“ nur mit Aufarbeitung der NS-Vergangenheit**

1 Der Landesparteitag möge beschließen: Die SPD Hamburg begrüßt, dass in den Opernstandort
2 Hamburg nachhaltig investiert werden soll. Zudem wird die SPD Hamburg dafür Sorge tragen
3 und auf den Senat und die Bürgerschaft einwirken, dass im Zusammenhang mit der geplan-
4 ten und von Klaus-Michael Kühne finanzierten neuen Oper die Firmengeschichte von Kühne
5 + Nagel während der NS-Zeit aufgearbeitet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird,
6 dabei sind insbesondere folgende Maßnahmen durchzuführen: • Aufklärung darüber, ob eine
7 unabhängige Studie zur Firmengeschichte mit einem Kapitel zur NS-Geschichte existiert, wie
8 von dem Investigativ-Journalisten David de Jong behauptet und von Klaus-Michael Kühne ab-
9 gestritten wird; • Veröffentlichung der Studie, sofern sie existiert; • Aufklärung darüber, ob und
10 in welchem Umfang Archivunterlagen aus der NS-Zeit im Firmenarchiv vorhanden sind, wie von
11 dem Investigativ-Journalisten David de Jong angenommen und von Klaus-Michael Kühne ab-
12 gestritten wird; • ein eventuell vorhandenes Kühne-Archiv der wissenschaftlichen Öffentlich-
13 keit vollumfänglich zugänglich gemacht wird; • sofern es keine Studie zur NS-Geschichte gibt,
14 hat Kühne + Nagel eine umfassende Untersuchung der Firmengeschichte während der NS-Zeit
15 durch unabhängige Historiker*innen zu beauftragen, ein Vorhaben, das auch bei unzureichen-
16 dem Quellenbestand im Firmenarchiv durch die Nutzung externer Archive durchgeführt wer-
17 den kann und dementsprechend durchzuführen ist.

18 Begründung

19 Der Milliardär Klaus-Michael Kühne ist der Erbe und Hauptanteilseigner des Logistikkonzerns
20 Kühne + Nagel, dessen Hauptsitz er in die Schweiz verlegt hat. Er ist ein bedeutender Sponsor
21 in seiner Heimatstadt Hamburg in den Bereichen Sport, Bildung und Kultur und könnte sich
22 nun mit der Finanzierung einer neuen Oper in der Stadt verewigen. Die Rolle seines Unterneh-
23 mens zuzeiten des Nationalsozialismus lässt er jedoch nicht gründlich, unabhängig und für die
24 Öffentlichkeit zugänglich aufarbeiten und hält Informationen unter Verschluss. Alfred Kühne,
25 der Vater von Klaus-Michael Kühne, und dessen Bruder Werner Kühne profitierten vom Nazi-
26 regime und der Verfolgung und Ermordung von Jüdinnen und Juden. Der jüdische Kaufmann
27 und damals mit 45 % größter Anteilseigner der noch jungen Firma Kühne + Nagel, Adolf Maass,
28 wurde 1933 unter der stattfindenden Arisierung aus dem Unternehmen gedrängt. Anschlie-
29 ßend traten die Kühne-Brüder der NSDAP bei. Adolf Maass und seine Frau Käthe wurden 1945
30 im KZ Auschwitz ermordet. 1937 erhielt das Unternehmen Kühne + Nagel den Ehrentitel „Na-
31 tionalsozialistischer Musterbetrieb“. Ebenfalls als Teil der Arisierung wurde 1938 der jüdische
32 Eigentümer Leo Lewitus von den NS-Behörden dazu gezwungen seine Hamburger Niederlas-
33 sung des tschechischen Transportunternehmens Alfred Deutsch an Kühne + Nagel zu verkau-
34 fen. Zwischen 1942 und 1944 transportierte das Unternehmen im Rahmen der „M-Aktion“, eine

35 Abkürzung für „Möbelaktion“, das geraubte Eigentum deportierter Bewohner:innen aus dem
36 besetzten Westeuropa nach Nazi-Deutschland. Es war führend in diesem Bereich und erhielt
37 lukrative Staatsaufträge. Nach 1945 gab es keine Konsequenzen für die Kühne-Brüder. Sie be-
38 haupteten unter anderem, Adolf Maass habe die Firma freiwillig verlassen. Während andere
39 bekannte deutsche Unternehmen ihre Vergangenheit aufarbeiten, hält Kühne die Geschichte
40 seiner Firma unter Verschluss. Wenn Kühne mittlerweile auch Bedauern an den Geschehnis-
41 sen zuzeiten des Nationalsozialismus und der Involvierung des Unternehmens äußert, lässt
42 er eine umfassende öffentliche Aufarbeitung jedoch nicht zu. In einem kürzlich erschienenen
43 Artikel des Investigativ-Journalisten David de Jong im US-Magazin „Vanity Fair“ wurde berich-
44 tet, dass Kühne anlässlich des 125-jährigen Jubiläums seiner Firma eine Studie zur gesamten
45 Firmengeschichte beim Handelsblatt Research Institute in Auftrag gegeben habe. Er habe hier-
46 für den Zutritt zu den Firmenarchiven gewährt. Die Anfang 2015 beendete 150-seitige Studie,
47 welche auch ein Kapitel zur NS-Zeit enthalte, wolle Kühne jedoch bis heute nicht veröffentli-
48 chen und lasse nicht zu, dass andere Historiker:innen Einblicke in die Archive gewinnen. Mit
49 der Kühne-Stiftung als Hauptsponsor wurde seit 2010 der Klaus-Michael Kühne-Preis im Rah-
50 men des Harbour Front Literaturfestivals vergeben. Aus Kritik an der mangelnden Aufarbeitung
51 der Rolle der Firma zuzeiten des Nationalsozialismus lehnten der Autor Sven Pfizenmaier und
52 die Autorin Franziska Gänsler 2022 ihre Nominierungen für den Preis ab. Die Kühne-Stiftung
53 zog sich als Sponsor zurück und der Preis wurde in „Debütpreis des Harbour Front Literatur-
54 festivals“ umbenannt. Kritische Stimmen gegenüber Klaus-Michel Kühne und dem Unterneh-
55 men Kühne + Nagel sind also nicht neu, wie auch die immer wiederkehrende Berichterstattung
56 über Klaus-Michael Kühne zeigt, und werden sich bei dem Bau einer von ihm finanzierten Oper
57 mehren. Seit Bekanntgabe des Opernprojektes haben sich diese kritischen Stimmen gemehrt.
58 Nicht nur deshalb ist es wichtig, dass ein öffentlich geführter Diskurs unter Beteiligung von
59 Experten zu der Verstrickung des Unternehmens und seiner Eigentümer mit dem NS-Regime
60 stattfindet. Ziel muss es sein, das jahrzehntelange Engagement in der Erinnerungskultur Ham-
61 burgs nicht durch eine von Kühne finanzierte Oper zu beschädigen. Wenn der Bau einer neuen
62 Oper in Hamburg auch zu unterstützen ist, sollten jedoch nicht Spenden eines Unternehmers
63 entgegengenommen werden, dessen Reichtum unter anderem in den vom Vater gebilligten
64 Verbrechen der NS-Zeit begründet liegt, ohne dass dieser Umstand von Klaus-Michael Kühne
65 öffentlich anerkannt sowie transparent und umfassend aufgearbeitet wurde. Gerade für uns
66 Sozialdemokrat:innen ist die Aufarbeitung der NS-Zeit historische Verpflichtung. Zudem muss
67 mit einem erheblichen Imageschaden für die Stadt Hamburg gerechnet werden, sollten die In-
68 formationen über die Firmengeschichte von Kühne + Nagel nach einer beschlossenen Zusam-
69 menarbeit mit der Kühne-Stiftung beim Bau einer neuen Oper nicht breit in der deutschen Pres-
70 se und Öffentlichkeit debattiert werden. Auch um die Demokratie zu schützen, ist es von großer
71 Bedeutung, die Zeit des Dritten Reichs und die Auswirkung seiner Geschichte bis in die heutige
72 Zeit nicht in Vergessenheit geraten zu lassen und hierbei selbst bei einem generösen Spender
73 keine Ausnahme zu machen. Da dies natürlich nicht nur auf die Zusammenarbeit mit Kühne
74 zutrifft, wäre es wünschenswert, dass einer ähnlichen Vorgehensweise bei anderen Großpro-
75 jekten gefolgt wird.

Antrag 2025/I/Kul/3

Jusos Hamburg

Kultur für alle in der Hafencity, statt Milliarden-Oper

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die sozialdemokratischen Mitglie-
2 der des Hamburger Senats und die SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft setzen
3 sich für das Folgende ein: Auf dem Baakenhöft in der Hafencity wird kein neues Opernhaus er-
4 richtet. Stattdessen setzen wir uns dafür ein, dass auf dem Baakenhöft Flächen bereitgestellt
5 werden für eine Erweiterung der Hafencity-Universität, ein Stadtteilkulturzentrum und ein Do-
6 kumentationszentrum für Hamburgs koloniales Erbe. Den ehemaligen Kakaospeicher „Schup-
7 pen 29“ erhalten wir im Sinne des Denkmalschutzes. Zur Umsetzung der genannten Projek-
8 te streben wir ein breites Bürger*innen-Beteiligungsprogramm an. Der Hamburger Senat wird
9 aufgefordert zu prüfen, welche Alternativen zur geplanten Sanierung der Staatsoper am Gän-
10 semarkt bestehen und ob ein Verzicht auf die Sanierung unter Berücksichtigung finanzieller,
11 kultureller und städtebaulicher Aspekte möglich ist. Dabei soll insbesondere geprüft werden,
12 ob die hohen Kosten in Höhe von mehreren Hundert Millionen Euro vermieden und stattdessen
13 in andere kulturelle oder soziale Projekte investiert werden können.

14 Begründung

15 Zu Beginn dieses Jahres wurden die Absprachen zwischen dem Hamburger Senat und der
16 Kühne-Stiftung des Schweizer Milliardärs Klaus-Michael Kühne bekannt. Im Gegenzug für die
17 kostenlose Bereitstellung und bauliche Vorbereitung des Grundstückes auf der Halbinsel Baa-
18 kenhöft errichtet die Kühne-Stiftung ein Opernhaus, das danach in den Besitz der Hansestadt
19 Hamburg übergeht und die Hamburgische Staatsoper beherbergen soll, die dafür aus dem
20 denkmalgeschützten Opernhaus am Gänsemarkt auszieht. Wir freuen uns darüber, dass Klaus-
21 Michael Kühne erkannt hat, dass er als einer der reichsten Männer Europas auch einen Beitrag
22 zum Gemeinwohl leisten muss. Als Jungsozialist*innen haben wir aber mehrere große Kritik-
23 punkte am Opernbau-Vorhaben, die für uns so schwer wiegen, dass wir dieses in seiner Ge-
24 samtheit ablehnen. Die Standortentscheidung und generelle Projektplanung sind zutiefst un-
25 demokratisch. Aus unserer Sicht sollen nicht einzelne Milliardäre entscheiden, wie große kul-
26 turpolitische Vorhaben umgesetzt werden – diese Entscheidungen können nur demokratisch
27 herbeigeführt werden. Gerade Klaus-Michael Kühne soll sich nicht mit lokaler Kulturförderung
28 brüsten, solange er aus steuerlichen Gründen seinen Erstwohnsitz nicht in Hamburg, sondern
29 in der Schweiz angibt. Die Hamburgische Staatsoper ist im Gegensatz zur Elbphilharmonie nur
30 selten ausgebucht. Oper ist ein Zuschussgeschäft und das ist auch okay. Dafür müssen wir
31 aber kein neues und deutlich größeres Operngebäude errichten. Das Baakenhöft ist der letz-
32 te unbeplante Fleck in der Hafencity – auf einem Grundstück, das dreimal so groß ist wie die
33 Wiener Staatsoper, lässt sich aber noch deutlich mehr und deutlich wichtigeres unterbringen.

34 Die HafenCity-Universität – die einzige Hochschule Norddeutschlands, an der alle Fachrichtun-
35 gen des Bauens unter einem Dach vereint sind – leidet bereits jetzt an massiven Raumproble-
36 men. Auf einem Teil des Baakenhöfts stehen momentan noch die Märchenwelten in denen stu-
37 dentische Arbeitsräume untergebracht sind. Mit dem Bau der neuen Oper fallen diese Flächen
38 weg, weswegen unsere Studiengänge höchstwahrscheinlich nicht reakkreditiert werden – das
39 heißt, Hamburg verliert eine ganze Generation an Studierenden für Architektur, Stadtplanung
40 und Bauingenieurwesen. Dabei müsste die HCU in Anbetracht der momentanen Baukrise ei-
41 gentlich größer werden. Das Baakenhöft ist die einzige Fläche in der Nähe, die dafür infrage
42 kommt. Die HafenCity ist dank der Wohnraumpolitik des sozialdemokratischen Senats diverser
43 als viele denken. Am Baakenhafen befinden sich viele Sozial- und Genossenschaftswohnungen,
44 in denen Menschen wohnen, die nicht zum klassischen bürgerlichen Opernpublikum gehören.
45 Als Stadtteil mit vielen Porsches und Luxus-Shops fehlt diesen Menschen vor allem eins: sozia-
46 le Infrastruktur, die auch ihre Interessen wahrnimmt. Die HafenCity soll keine kalte Schlafstadt
47 sein, sondern ein Stadtteil mit einem vielfältigen eigenständigen Kulturleben. Dafür reichen
48 abendliche Opernvorstellungen nicht aus, sondern es bedarf eines großen Stadtteilzentrums,
49 in dem viele verschiedene soziale Milieus sich wiederfinden und engagieren können. Der Baa-
50 kenhafen ist mittlerweile fast vollständig Neubebaut. Das Baakenhöft ist der einzige Teil des
51 Baakenhafens, der noch eine authentische Hafenfläche darstellt. Gerade diesen Ort gilt es zu
52 schützen, denn der Baakenhafen ist von großer geschichtlicher Bedeutung. Von diesem Pier
53 wurden zwischen 1904 und 1907 ca. 18.000 deutsche Soldaten feierlich verabschiedet, um in die
54 deutsche Kolonie „Deutsch-Südwest“ in See zu stechen und dort den Völkermord an den He-
55 rero zu begehen. Dieser Völkermord im heutigen Namibia ist das wohl größte Verbrechen der
56 deutschen Kolonialgeschichte – das Baakenhöft ist einer der letzten authentischen Orte, die
57 in Zusammenhang mit diesem Genozid stehen. Die Forschungsstelle für Hamburgs (post)kolo-
58 niales Erbe der Universität Hamburg fordert zurecht eine Gedenkstätte und ein Dokumentati-
59 onszentrum an diesem historischen Ort. Der ehemalige Kakaospeicher „Schuppen 29“, der auf
60 dem Baakenhöft liegt, ist der letzte Speicher seiner Art in der HafenCity. Deswegen müsste er
61 für die „Bewahrung charakteristischer Eigenheiten des Stadtbildes“ nach dem Hamburgischen
62 Denkmalschutzgesetz als Baudenkmal dauerhaft erhalten bleiben. Der Kakaospeicher kann auch
63 unter Beibehaltung des baulichen Zustandes weiter für Kultur und andere Zwecke benutzt wer-
64 den, wie viele vergangene Ausstellungen dort beweisen. Der Hamburger Denkmalschutzverein
65 setzt sich darüber hinaus für einen hochwertigen Erhalt der Oper am Gänsemarkt ein. Habt ihr
66 alle schon die Petition unterschrieben?

Antrag 2025/I/Kul/4**Distrikt St. Pauli Süd****Tor zur Einheit: Hamburgs Zukunftsplan für Ost-West-Integration**

- 1 Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung die Bürgerschaftsfraktion der SPD Hamburg fol-
2 genden Maßnahmen zur Prüfung und Umsetzung für eine deutsche Einheit 2.0 beschließen:
- 3 1. "Hamburger Élysée für Ost-West": Ein Freundschaftsvertrag für innerdeutsche Verständi-
4 gung einrichten: Schaffung eines institutionalisierten Rahmens für regelmäßige Austausch-
5 formate zwischen Hamburg und ausgewählten ostdeutschen Partnerstädten (etwa Dresden).
6 Dies beinhaltet beispielsweise regelmäßige Treffen auf politischer Ebene, Begegnungen zwi-
7 schen Bürgerinnen und Bürgern, Austauschprogramme für Schüler, Studenten und junge Be-
8 rufstätige, gemeinsame Wirtschaftsinitiativen und Forschungsprojekte sowie kulturelle Ko-
9 operationen und Festivals, engerer Austausch der bezirklichen/kommunalen Verwaltungsebe-
10 nen. Das fördert das gegenseitige Verständnis und schafft praktische Verbindungen.
- 11 2. "Ostdeutsche Perspektiven in der Hamburger Bildung": Integration von Themen zur DDR-
12 Geschichte, der Nachwendezeit und ostdeutschen Erfahrungen in Hamburger Lehrpläne. För-
13 derung von Schulpartnerschaften und Austauschprogrammen mit ostdeutschen Schulen, um
14 jungen Hamburgern einen direkten Einblick zu ermöglichen, sowie eine verbesserte Zusam-
15 menarbeit mit Bildungseinrichtungen in Ostdeutschland.
- 16 3. "Hamburger Innovationsbrücke Ost-West": Einrichtung eines Förderprogramms für Start-
17 ups und Unternehmen, die Kooperationen zwischen Hamburg und ostdeutschen Regionen auf-
18 bauen. Besonderer Fokus liegt auf der Integration Sachsens in eine neue europäische Wachs-
19 tumsregion, die von der energiereichen Nord- und Ostsee über Hamburg, Berlin und Sachsen
20 bis nach Prag, Wien und Krakau reicht. Durch die Stärkung dieser Verbindung können wir ge-
21 meinsam Innovationspotenziale heben und wirtschaftliche Synergien nutzen. Dies umfasst
22 Bereiche wie grüne Technologien, erneuerbare Energien und digitale Innovationen und stärkt
23 Hamburgs Rolle als Wirtschaftsmotor in Europa. 4. "Diversität in Hamburger Behörden stär-
24 ken": Förderung einer vielfältigen Personalstruktur in Hamburger Verwaltungen und öffentli-
25 chen Institutionen, die die unterschiedlichen Biografien und Erfahrungen aus ganz Deutsch-
26 land widerspiegelt. Dies beinhaltet gezielte Maßnahmen zur Einstellung und Entwicklung von
27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit verschiedenen regionalen Hintergründen, um die Ver-
28 waltung repräsentativer zu gestalten und vielfältige Perspektiven in Entscheidungsprozesse
29 einzubringen.
- 30 5. "Kulturaustausch Hamburg-Ostdeutschland": Initiierung eines jährlichen Kulturfestivals mit
31 ostdeutschen Partnern, um Künstler, Musiker und Autoren nach Hamburg bringt und umge-
32 kehrt Hamburger Kulturschaffende in den Osten sendet. Durch Einbindung von Bürgerinitiati-

33 ven und lokalen Kulturvereinen soll der Austausch auf breiter Basis stattfinden und die Bevöl-
34 kerung aktiv einbeziehen. Dies fördert den kulturellen Austausch und baut Vorurteile ab.

35 6. "Zukunftszentrum für gesamtdeutsche Fragen": Hamburg beteiligt sich aktiv an der Ent-
36 wicklung und Unterstützung des Zukunftszentrums für Deutsche Einheit in Halle. Durch die
37 Einbringung eigener Ressourcen und Expertise trägt Hamburg zur Erforschung der langfristi-
38 gen Auswirkungen der Wiedervereinigung bei und entwickelt gemeinsam mit anderen Bun-
39 desländern Politikempfehlungen für eine bessere Integration. Dies stärkt die gesamtdeutsche
40 Zusammenarbeit und erhöht die Wirksamkeit der Maßnahmen.

41 7. "Hamburger Zukunftsfonds Ost-West-Kooperation": Einrichtung eines speziellen Investiti-
42 onsfonds, der gezielt in gemeinsame Projekte zwischen Hamburg und ostdeutschen Regionen
43 investiert. Der Fokus sollte auf Bereichen liegen, die für Hamburgs Zukunft besonders relevant
44 sind, wie: - Hafenlogistik und nachhaltige Transportketten - Erneuerbare Energien und Wasser-
45 stofftechnologie - Digitale Innovationen für Städte der Zukunft - Ernährung und Tourismus

46 8. "Stiftungskooperation für Demokratie und Vielfalt": Hamburg initiiert einen Dialog mit
47 Hamburger (und Bremer) Stiftungen, um sie für die Unterstützung von ostdeutschen Vereinen
48 zu gewinnen, die sich gegen Rechtsextremismus und für Demokratie engagieren. Durch Infor-
49 mationsveranstaltungen, Netzworkebildung und gemeinsame Projekte sollen Möglichkeiten für
50 Kooperationen geschaffen werden. Ziel ist es, die Stiftungen auf die Bedürfnisse ostdeutscher
51 zivilgesellschaftlicher Initiativen aufmerksam zu machen und Synergien zu fördern, ohne ihre
52 Unabhängigkeit einzuschränken.

53 **Begründung**

54 Die Alarmglocken schrillen. In Thüringen ist die AfD stärkste Kraft geworden, in Sachsen steht
55 sie kurz davor. Dies ist der traurige Höhepunkt einer Entwicklung, die wir zu lange ignoriert
56 haben. Kopfschütteln und Skandalisieren reichen nicht mehr. 'Nie wieder' war gestern - heu-
57 te braucht es Taten. Wir dürfen nicht länger so tun, als ginge uns das im Norden nichts an.
58 Die Spaltung unseres Landes bedroht uns alle. Als Sozialdemokraten stehen wir in der Pflicht,
59 die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen, ohne dem Rechtspopulismus nachzugeben. Unse-
60 re Antwort muss eine Politik sein, die Chancengerechtigkeit fördert und die Voraussetzungen
61 schafft, unter denen alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von ihrer Herkunft, die Mög-
62 lichkeit zum sozialen Aufstieg und zur persönlichen Entfaltung haben. Wir müssen eingeste-
63 hen, dass uns dies in der Vergangenheit nicht immer gelungen ist. Dieser Aktionsplan ist ein
64 Versuch, eine echte sozialdemokratische Antwort auf die Herausforderungen der Wiederver-
65 einigung zu geben - eine Antwort, die auf Solidarität, Teilhabe und Chancengleichheit setzt.
66 Unser Ziel ist es, eine Gesellschaft zu gestalten, in der niemand zurückgelassen wird und jeder
67 die Chance auf ein selbstbestimmtes, erfülltes Leben hat. Das ist der Kern unserer sozialdemo-
68 kratischen Überzeugung: Fortschritt durch Zusammenhalt und Gerechtigkeit. Deswegen muss
69 Hamburg, unser Tor zur Welt, jetzt Brückenbauer werden. Nur wer Brücken baut, kann Gräben
70 überwinden. Und mit 110.000 Mitbürgern ostdeutscher Herkunft haben wir das Potenzial, ak-
71 tiv zur gesamtdeutschen Verständigung beizutragen. Nutzen wir dies klug. Unser Aktionsplan

72 ist ein Bekenntnis zu unserer sozialdemokratischen Verantwortung für ganz Deutschland und
73 zugleich eine Investition in Hamburgs Zukunft. Es ist entscheidend, dass der Austausch nicht
74 nur auf politischer Ebene stattfindet, sondern vor allem die Menschen selbst einbezieht. Durch
75 mehr Treffen und direkten Austausch können Bürgerinnen und Bürger aus Ost und West ihre
76 Geschichten teilen, Verständnis füreinander entwickeln und so Vorurteile abbauen. Besonders
77 die Erfahrungen der Nachwendezeit müssen im Mittelpunkt stehen, da sie das Leben der Men-
78 schen in Ostdeutschland nachhaltig geprägt haben und bis heute nachwirken. Indem wir die-
79 sen Geschichten Raum geben, können wir die tieferliegenden Ursachen für aktuelle Entwick-
80 lungen besser verstehen und gemeinsam Lösungen erarbeiten. Durch die Umsetzung dieser
81 Maßnahmen kann Hamburg:

82 1. Seine Position als Wirtschaftszentrum ausbauen und neue Absatzmärkte im Osten erschlie-
83 ßen. 2. Seinen Innovationsvorsprung durch Zusammenarbeit mit ostdeutschen Technologie-
84 zentren steigern. 3. Gemeinsam mit ostdeutschen Regionen innovative Strategien entwickeln,
85 um dem Fachkräftemangel in beiden Gebieten entgegenzuwirken. 4. Sich als Vorreiter für ge-
86 samtdeutsche Zusammenarbeit profilieren. 5. Seine Attraktivität für internationale Investoren
87 erhöhen.

88 Zusätzlich hat Sachsen die Chance, Teil einer neuen europäischen Wachstumsregion zu wer-
89 den, die von der energiereichen Nord- und Ostsee über Hamburg, Berlin und Sachsen bis nach
90 Prag, Wien und Krakau reicht. Durch eine gezielte Zusammenarbeit können wir diese Entwick-
91 lung stärken und gemeinsam von den entstehenden Chancen profitieren. Hamburg kann hier
92 als Knotenpunkt fungieren und den Austausch von Innovationen und Technologien fördern.
93 Die Unterstützung des Zukunftszentrums für Deutsche Einheit in Halle bietet uns die Chan-
94 ce, gemeinsam mit anderen Bundesländern an der Aufarbeitung und Gestaltung der gesamt-
95 deutschen Zukunft zu arbeiten. Hamburg kann hier seine Expertise einbringen und von den
96 Erfahrungen anderer profitieren, um so den Zusammenhalt in ganz Deutschland zu stärken.
97 Des Weiteren verfügen Hamburg (und Bremen) über eine Vielzahl von Stiftungen, die in ihrer
98 Anzahl den Stiftungen in ganz Ostdeutschland entsprechen. Eine Öffnung dieser Stiftungen für
99 ostdeutsche Vereine, die sich gegen Rechtsextremismus und für Demokratie engagieren, wä-
100 re ein wichtiger Beitrag zur Förderung der Zivilgesellschaft und zur Stärkung demokratischer
101 Werte in ganz Deutschland. So können wir gemeinsam dem Rechtsextremismus entgegentre-
102 ten und die demokratische Kultur nachhaltig stärken. Die demografischen Herausforderungen,
103 insbesondere in den ostdeutschen Regionen, machen deutlich, dass wir gemeinsam handeln
104 müssen. Statt Talente abzuwerben, möchten wir Kooperationen fördern, die beiden Seiten nut-
105 zen. Gemeinsam mit unseren Partnern in Ostdeutschland wollen wir innovative Lösungen ent-
106 wickeln, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und nachhaltige Entwicklung zu för-
107 dern. Die Förderung gesamtdeutscher Perspektiven in unseren Behörden und Institutionen ist
108 ein wichtiger Schritt, um Vielfalt zu leben und unterschiedliche Erfahrungen einzubringen. Da-
109 bei geht es nicht darum, Unterschiede zu betonen, sondern die gemeinsamen Stärken zu nut-
110 zen und voneinander zu lernen. Wir respektieren und schätzen die einzigartigen Erfahrungen
111 und Entwicklungen in Ostdeutschland. Unser Ziel ist es, auf Augenhöhe zusammenzuarbeiten
112 und gemeinsam eine Zukunft zu gestalten, die auf den spezifischen Bedürfnissen und Stärken

113 jeder Region basiert.

114 Einige der vorgeschlagenen Maßnahmen existieren möglicherweise bereits in ähnlicher Form.
115 Hier geht es darum, den Fokus gezielt auf die Ost-West-Verständigung auszurichten und vor-
116 handene Ressourcen effizient zu nutzen. Die Umsetzung dieses Aktionsplans wird uns nicht nur
117 wirtschaftlich und kulturell bereichern, sondern auch Hamburgs Rolle als progressiver Gestal-
118 ter der deutschen Einheit stärken. Indem wir Brücken bauen, investieren wir in eine gemein-
119 same Zukunft und festigen den Zusammenhalt in unserem Land. In einem Geist der Partner-
120 schaft und des gegenseitigen Respekts legt dieser Antrag den Grundstein für eine verbesserte
121 Zusammenarbeit zwischen Hamburg und den ostdeutschen Bundesländern. Unser Ziel ist es,
122 gemeinsam Lösungen zu entwickeln, die auf den spezifischen Bedürfnissen und Stärken jeder
123 Region basieren. Wir sind überzeugt, dass wir voneinander noch viel mehr lernen und gemein-
124 sam wachsen können. Die Zeit des Zuschauens ist vorbei. Jetzt liegt es an uns, Verantwortung
125 zu übernehmen – für Hamburg und für Deutschland. Dieser Aktionsplan ist unser Beitrag zu
126 einem solidarischen, geeinten Deutschland. Lassen Sie uns heute handeln, denn morgen könn-
127 te es zu spät sein. Gemeinsam können wir den Unterschied machen und Hamburg zum Vorbild
128 für gelebte Einheit machen.

Antrag 2025/I/Kul/5**Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)****Eintritts-Ermäßigungen für Rentnerinnen und Rentner**

1 Der SPD Landesparteitag möge beschließen: Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass in Ham-
2 burg für Rentner und Rentnerinnen der Eintrittspreis in Museen signifikant gesenkt wird. Dar-
3 über hinaus wird eine entsprechende Regelung für alle Kultur- und Bildungseinrichtungen mit
4 den Verantwortlichen vor Ort angestrebt.

5 Begründung

6 In Hamburg gibt es ca. 430.000 Rentner (Stand Januar 2024). Rund 15 % der über 65-Jährigen
7 sind von Armut betroffen, haben weniger als 1000 Euro für ihren Lebensunterhalt zur Verfü-
8 gung. Viele, vor allem Frauen, müssen ihre schmale Rente mit Grundsicherung aufstocken. Die
9 Altersarmut ist das eine, das zweite Problem, was aus der Armut folgt, ist die Einsamkeit. Wer
10 kein Geld hat, bleibt zu Hause. Mit einer entsprechenden Absenkung der Eintrittsgelder für
11 Rentnerinnen und Rentner würde Hamburg eine Regelung, die in fast allen Städten der Repu-
12 blik üblich und längst überfällig ist, umsetzen.

Antrag 2025/I/Kul/6**Distrikt Barmbek-Mitte****8. Mai endlich zum Feiertag machen**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Der Landesparteitag fordert die
2 SPD-Bürgerschaftsfraktion und den Senat auf, den SPD-Landesparteitagsbeschluss aus dem
3 Jahr 2021, den 8. Mai zum Feiertag zu machen, umzusetzen.

4 Begründung

5 Bereits 2021 hat der SPD-Landesparteitag beschlossen, den 8. Mai – den Tag der Befreiung
6 vom Nationalsozialismus – in Hamburg zum gesetzlichen Feiertag zu erklären. Angesichts
7 des zunehmenden Erstarkens rechtsextremer Kräfte in Deutschland und Europa, und der fort-
8 schreitenden Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen durch führende AfD-Politiker:in-
9 nen, ist es dringlicher denn je, klare antifaschistische Signale zu setzen. Die Einführung eines
10 Gedenk- und Feiertags am 8. Mai wäre ein solches Signal: als ausdrückliches Bekenntnis zu
11 unserer historischen Verantwortung und zu einer demokratischen, antifaschistischen Erinne-
12 rungskultur. Der 80. Jahrestag der Befreiung im Jahr 2025 bietet dafür einen besonders sym-
13 bolträchtigen und geeigneten Anlass.

14 Auch die politischen Rahmenbedingungen sind aktuell günstig: In der Verfassungsausschuss-
15 sitzung der Hamburgischen Bürgerschaft hat sich gezeigt, dass Grüne und Linke bereit sind,
16 eine entsprechende Initiative im Parlament mitzutragen.

Antrag 2025/I/Kul/7**Jusos Hamburg****Feiertag internationaler feministischer Kampftag**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die sozialdemokratischen Mitglie-
2 der der Hamburgischen Bürgerschaft setzen sich dafür ein, dass ein hamburgweiter Feiertag
3 zum Anlass des internationalen feministischen Kampftags am 8. März erlassen wird.

4 Begründung

5 Seit 2019 ist der Internationale Frauentag am 8. März in Berlin ein gesetzlicher Feiertag. Mit die-
6 ser Entscheidung wird ein Zeichen für die Sichtbarkeit der noch immer bestehenden Ungleich-
7 heit zwischen Frauen und Männern gesetzt. Der Feiertag bietet nicht nur die Möglichkeit, die
8 Errungenschaften der Frauenbewegung zu würdigen, sondern auch ein stärkeres Bewusstsein
9 für bestehende Herausforderungen zu schaffen. Darüber hinaus trägt er zur Angleichung der
10 Feiertagsregelungen an andere Bundesländer bei, in denen es durchschnittlich mehr Feiertage
11 gibt und unterstreicht die Bedeutung dieses Tages für eine gerechtere Gesellschaft. Ein solcher
12 Feiertag wäre ein starkes Symbol für Hamburg als eine weltoffene, progressive und solidari-
13 sche Stadt. Ein weiterer Gesichtspunkt, der auch die sozialdemokratischen Werte stärkt, wäre,
14 dass Arbeitnehmer*innen einen zusätzlichen Feiertag hätten, der sie zusätzlich im Alltag ent-
15 lasten könnte. Der Antrag duldet aber einen gewissen Aufschub, denn nächstes Jahr ist das 115.
16 Jubiläum des Weltfrauentages. Deswegen plädieren wir dafür, den Antrag zeitlich näher am
17 Jubiläum auf dem LPT zu beschließen und diesbezüglich auch Veranstaltungen zu Planen. Un-
18 ter anderem soll dadurch auch eine gewisse Medienpräsenz für das Thema geschaffen werden,
19 um eine weitreichendere Diskussion in der Zivilgesellschaft anzuregen.

Antrag 2025/I/Kul/8**Jusos Hamburg****Geschichtsaufarbeitung Hagenbecks Tierpark**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und
2 die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen,
3 dass der Tierpark Hagenbeck und die Stadt Hamburg ihre historische Verantwortung umfas-
4 send anerkennen und sich aktiv an der Aufarbeitung der rassistischen Vergangenheit des Tier-
5 parks Hagenbeck beteiligen. Dies umfasst insbesondere: 1. Einrichtung einer unabhängigen
6 wissenschaftlichen Kommission, die die Geschichte der Völkerschauen weiter erforscht und
7 konkrete Handlungsempfehlungen für den Umgang mit diesem historischen Erbe gibt. 2. Er-
8 richtung einer Gedenktafel auf dem Gelände der U-Bahnhaltestelle „Hagenbecks Tierpark“, ba-
9 sierend auf den Empfehlungen der Kommission, um an die Opfer der Völkerschauen zu erinnern
10 und Besucher*innen über diese rassistische Praxis aufzuklären. Die Kommission soll sich außer-
11 dem explizit dazu äußern, ob eine Umbenennung der U-Bahnstation sinnvoll ist. 3. Verpflich-
12 tende Einbindung der Thematik in die offiziellen Informationsangebote der Stadt Hamburg
13 und des Tierparks Hagenbeck, gestützt auf die Empfehlungen der wissenschaftlichen Kommis-
14 sion z. B. durch Hinweisschilder, Publikationen und Führungen.

15 Begründung

16 Der Tierpark Hagenbeck war ein zentraler Akteur der sogenannten Völkerschauen, in denen
17 Menschen aus kolonisierten Gebieten unter entmenschlichenden Bedingungen zur Schau ge-
18 stellt wurden. Dies diente nicht nur der Unterhaltung, sondern prägte auch nachhaltig rassisti-
19 sche Stereotype, die bis heute nachwirken. Das am 1. März 2025 veröffentlichte Statement des
20 Tierparks Hagenbeck ([https://www.hagenbeck.de/_download/pdf/2025_Statement_Voelker-
21 schauen_Hagenbeck_Maerz.pdf](https://www.hagenbeck.de/_download/pdf/2025_Statement_Voelker-schauen_Hagenbeck_Maerz.pdf)) greift zu kurz. Es relativiert die historische Verantwortung,
22 indem es Völkerschauen als Teil eines allgemeinen „Interesses an fremden Kulturen“ darstellt.
23 Die rassistischen, entmenschlichenden und kolonialistischen Aspekte werden nicht ausrei-
24 chend anerkannt. Es reicht nicht aus, auf bestehende wissenschaftliche Arbeiten zu verweisen.
25 Vielmehr ist es notwendig, eine aktive, sichtbare und selbstkritische Auseinandersetzung mit
26 der eigenen Geschichte zu führen. Ein Gedenkort sowie begleitende Bildungsangebote wären
27 ein wichtiger Schritt, um der historischen Verantwortung gerecht zu werden. Die SPD Hamburg
28 muss sich klar gegen das Vergessen und Verharmlosen kolonialer Verbrechen positionieren und
29 den Tierpark Hagenbeck dazu drängen, seiner Verantwortung gerecht zu werden. Eine aktive
30 Erinnerungskultur ist essenziell, um Rassismus und kolonial geprägte Denkmuster zu überwin-
31 den.

Wi/Steu Wirtschaft / Steuern

Antrag 2025/I/Wi/Steu/1

Jusos Hamburg

Reform des deutschen Sozialversicherungssystems

1 Der SPD Landesparteitag Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD
2 beschließen:

3 Forderung: 1. Jede in Deutschland lebende Person mit Einkommen soll verpflichtet werden, in
4 die staatlichen Sozialversicherungen einzuzahlen. Jobs mit geringfügigen Einkommen (Mini-
5 jobs) bleiben weiterhin sozialversicherungsfrei. Midi-Jobs sollen wie bisher beitragspflichtig
6 bleiben. 2. Die Beitragsmessungsgrenze ist die Obergrenze für das Einkommen, das für die Be-
7 rechnung der Versicherungsbeiträge herangezogen wird. Diese Grenze soll für die Sozialver-
8 sicherungen aufgehoben werden, um eine gerechtere Verteilung der Beitragslast zu ermögli-
9 chen. 3. Die prozentualen Beitragssätze sollen in angemessener Weise gesenkt werden, sodass
10 finanziell schwächere Haushalte entlastet werden und zugleich sichergestellt wird, dass das
11 Niveau der Sozialversicherungsabgaben in der Summe stabil bleibt.

12 Begründung

13 Es ist nur gerecht, dass jeder in das Sozialsystem einzahlt, da alle Bürgerinnen und Bürger glei-
14 chermaßen von den Leistungen der Sozialversicherungen profitieren. Angestellte haben oft kei-
15 ne Wahlmöglichkeit, ob sie in private Versicherungen eintreten möchten oder nicht, was zu ei-
16 ner Ungleichheit führt, die vermieden werden muss. Die aktuelle Situation, in der wohlhaben-
17 de Menschen mehr Rechte und Möglichkeiten im Sozialsystem haben, ist höchst ungerecht
18 und assozial. Es ist beobachtbar, dass viele wohlhabende Menschen erst im Alter erkennen,
19 wie teuer private Versicherungen sind, und dann versuchen, wieder in die gesetzliche Kranken-
20 versicherung einzutreten. Oft haben sie jedoch kaum in die gesetzliche Krankenversicherung
21 eingezahlt und profitieren dann von der solidarischen Gemeinschaft, ohne angemessen dazu
22 beigetragen zu haben. Solche Fälle belasten unsere Sozialversicherungssysteme und müssen
23 dringend adressiert werden. Gleiches gilt für die Rentenversicherung, da der demografische
24 Wandel zu einer sinkenden Anzahl von Beitragszahlern führt. Um die Renten stabil zu halten,
25 sind wir auf die Beitragszahlungen der wohlhabenderen Bürgerinnen und Bürger angewiesen.
26 Jeder, der zusätzliche private Absicherung wünscht, soll diese weiterhin nutzen können, jedoch
27 sollen die Leistungen der Sozialversicherungen durch die erhöhten Einnahmen der Beitrags-
28 zahler deutlich attraktiver gestaltet werden. Es ist daher dringend erforderlich, das deutsche
29 Sozialversicherungssystem zu reformieren, um eine gerechtere Verteilung der finanziellen Las-
30 ten zu gewährleisten und die langfristige Stabilität der Sozialversicherungen sicherzustellen.

Antrag 2025/I/Wi/Steu/2**Distrikt Eimsbüttel-Süd****Betriebskosten senken: Grundsteuer nicht auf Mietende umlegen**

1 Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen: Die Grund-
2 steuer ist aus der Liste der umlagefähigen Betriebskosten (§ 2 BetrKV) zu streichen.

3 Begründung

4 Die Grundsteuer ist eine Vermögensteuer, die auf das Eigentum an Grundstücken und deren
5 Bebauung erhoben wird. Sie muss daher von denen bezahlt werden, denen das Eigentum ge-
6 hört. Im Mietrecht befindet sich jedoch die Erlaubnis, die Grundsteuer an die Mieter weiter-
7 zugeben. Damit wandelt sich die Grundsteuer faktisch in eine weitere Miete um und verliert
8 ihren Charakter als Vermögensteuer. Insbesondere in angespannten Wohnungsmärkten wie
9 Hamburg, wo die Immobilienwirtschaft viel gutes Geld mit Immobilien verdient hat, ist es
10 schlicht unbillig und ungerecht, die Grundsteuer auf Mieter umzulegen. Die Umlagefähigkeit
11 der Grundsteuer gehört abgeschafft.

Antrag 2025/I/Wi/Steu/3**Kreis Altona****Wiedereinsetzung der Vermögenssteuer**

- 1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:
- 2 1. Die SPD-Mitglieder des Hamburger Senats werden aufgefordert, sich auf Bundesebene für
- 3 die Wiedereinführung der Vermögenssteuer einzusetzen.
- 4 2. Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen:
- 5 Die SPD-Mitglieder der Bundesregierung sowie die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefor-
- 6 dert, sich dafür einzusetzen, das Vermögenssteuergesetz entsprechend den Anforderungen
- 7 des Bundesverfassungsgerichtes unverzüglich wieder in Kraft zu setzen.

8 Begründung

- 9 Die Vermögenssteuer wird seit 1997 nicht mehr erhoben bzw. das Gesetz wurde ausgesetzt,
- 10 mit dem Ziel, es entsprechend den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichtes zu überar-
- 11 beiten. Die Aussetzung besteht damit bereits seit 27 Jahren. Dieser lange Zeitraum Aussetzung
- 12 dürfte wahrscheinlich sogar verfassungswidrig sein.
- 13 Den Ländern wurden dadurch nach den letzten Veröffentlichungen bisher ca. 380 Mrd. Euro an
- 14 Einnahmen vorenthalten, die für die Modernisierung der Infrastruktur dringend erforderlich
- 15 wären. Allein Hamburg sind dadurch ca. 9 Mrd. Euro vorenthalten worden.
- 16 Das seinerzeitige Ziel des Gesetzes, mit der Vermögenssteuer die wachsende Vermögensun-
- 17 gleichheit ein Stück weit abzumildern, wird mit der Aussetzung der Vermögenssteuer verhin-
- 18 dert. Die Zahl der Millionäre ist zuletzt bundesweit auf 2,8 Millionen gewachsen, die der Mil-
- 19 liardäre um 23 auf 249 gestiegen. Die reichsten 10% verfügen dadurch über 60% des Gesamt-
- 20 vermögens.

Antrag 2025/I/Wi/Steu/4**Jusos Hamburg****Bio darf kein Privileg sein! Mehrwertsteuersenkung auf Bio-Lebensmittel!**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge, zur Weiterleitung an dem Bundesparteitag
2 der SPD und an die SPD-Abgeordneten des EU-Parlaments und schließlich an die SPD-
3 Bundestagsfraktion, beschließen:

4 Die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion im Bundestag und in der Bundesregierung
5 mögen sich dafür einsetzen, dass die Mehrwertsteuer für Lebensmittel, die nach dem Min-
6 deststandard der EG-Öko-Verordnung für den ökologischen Landbau produziert und kontrol-
7 liert wurden und in der staatlichen Bio-Siegel-Datenbank registriert sind, auf 2 Prozent gesenkt
8 wird.

9 Begründung

10 Die konventionelle Landwirtschaft, die mit 88 Prozent der Betriebe in Deutschland vorherr-
11 schend ist, schadet Umwelt und Klima enorm. Beispielsweise führen die Nutzung chemisch-
12 synthetischer Dünger und Pflanzenschutzmittel sowie der Monokulturanbau zur langfristigen
13 Abnahme der Bodenfruchtbarkeit. Um Klima, Wasser und Biodiversität zu schützen und effizi-
14 enter mit Ressourcen umzugehen, hat sich die Bundesregierung 2023 als Ziel gesetzt, dass bis
15 zum Jahr 2030 30 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche ökologisch bewirtschaftet werden
16 sollen. Allerdings darf dabei der Konsum von Bio-Lebensmitteln, die durch weniger ertragrei-
17 che, umweltverträgliche Anbaumethoden wesentlich teurer als konventionell produzierte Le-
18 bensmittel sind, kein Privileg sein: Jede Person sollte unabhängig vom Einkommen in der Lage
19 sein, Bio-Lebensmittel zu kaufen, um Klima und Umwelt schonen, sich gesünder ernähren und
20 den Einkauf mit eigenen ethischen Grundsätzen vereinbaren zu können. Eine Mehrwertsteuer-
21 senkung auf alle Bio-Lebensmittel auf 2 Prozent würde ihren Zugang für alle gesellschaftlichen
22 Schichten ermöglichen und somit eine inklusive, gerechtere Gesellschaft fördern. Gleichzei-
23 tig würde diese Maßnahme zum dringend notwendigen Ausbau der ökologischen Landwirt-
24 schaft im Rahmen des 30%-Ziels durch die erhöhte Nachfrage an Bio-Lebensmitteln beitra-
25 gen. Dementsprechend sollten wir uns als Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die den
26 Kampf für soziale Gerechtigkeit als Leitwert versteht, für die Mehrwertsteuersenkung von Bio-
27 Lebensmitteln einsetzen.

Dig Digitalisierung / Mobilfunk

Antrag 2025/I/Dig/1

Jusos Hamburg

Digitale Souveränität muss auch gelebt werden!

- 1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die sozialdemokratischen Vertre-
- 2 ter*innen in der Hamburger Bürgerschaft sowie im Landesvorstand setzen sich dafür ein,
- 3 dass innerhalb unserer Partei: 1. Sämtliche interne Organisationsprozesse auf Open-Source-
- 4 Lösungen geprüft und wo möglich umgestellt werden. Dies betrifft insbesondere: a. Kampa-
- 5 gnenmanagement und -tools b. Erstellung von Dokumenten, Grafiken und Videos c. Vorlagen
- 6 und Organisationstools d. Beschaffung von Material und Hardware e. Betriebssysteme und Pe-
- 7 ripheriegeräte 2. Bei der Beschaffung von Software und Hardware soll, wo es finanziell sowie
- 8 mit vertretbarem technischem Aufwand möglich ist, primär auf: a. Open-Source-Software b.
- 9 Betriebssystemoffenes Zubehör c. Unternehmen, die Open-Source-Software einsetzen zurück-
- 10 gegriffen werden, d. und auf die Förderung an öffentliche Einrichtungen und kritische Infra-
- 11 strukturen mit Freier bzw. OpenSource Lösungen gesetzt werden 3. Sämtliche digitale Kom-
- 12 munikation und Infrastruktur der Jusos und der SPD Hamburg, insbesondere: a. Telefonie b.
- 13 Besprechungen und Konferenzen c. Streams d. Webseiten e. Social Media Kanäle (z.B Mast-
- 14 odon, Matrix) sollen primär über Server in Deutschland, hilfsweise auf europäischem Boden,
- 15 gehostet werden.

Org Organisation

Antrag 2025/I/Org/1

Kreis Bergedorf

Unsere Seniorinnen und Senioren nicht abhängen! Zur Kommunikation in unserer Partei. Wir fordern eine ehrliche Bilanz der Erreichbarkeit unserer Mitglieder.

1 Der Landesparteitag möge beschließen und den Landesvorstand auffordern, eine AG auf Lan-
2 desvorstandsebene zu bilden, die vorhandene postalische Kommunikationsstrukturen erfasst,
3 sie auf die Bedürfnisse unserer älteren Genoss*innen hin bewertet und Vorschläge für eine
4 Änderung macht. Wir fordern eine ehrliche Bestandsaufnahme zu den Kommunikationsstruk-
5 turen zu nicht elektronisch erreichbaren Mitgliedern in unserem Landesverband. Kosten sind
6 dabei ein wichtiger Faktor, aber nicht der einzige und schon gar nicht der ausschlaggebende. In
7 dieser AG sollen der Landesgeschäftsführer, die Kreise, einige interessierte Distrikte pro Kreis
8 und die AG 60plus vertreten sein. Die Gliederungen unserer Partei werden um Auskünfte ge-
9 beten, damit ein ehrlicher Überblick entsteht. Es soll hier nicht darum gehen, die unterschied-
10 lichen und gewachsenen Kommunikationsstrukturen der 7 Kreise und der 75 Distrikte zu „ver-
11 einheitlichen“. Von guten Beispielen lernen und gemeinsam erkannte Herausforderungen an-
12 gehen, ist ein gutes Ziel. Die AG soll ihre Arbeit gleich nach den Bürgerschaftswahlen beginnen,
13 vor der Sommerpause kommenden Jahres abschließen und dem Landesvorstand vorlegen.

14 **Begründung**

15 Die Digitalisierung schreitet mit hoher Geschwindigkeit voran und bringt den Nutzer*innen
16 und Nutzern viele Annehmlichkeiten und Vorteile. Als Partei zieht unsere SPD daraus ihren Nut-
17 zen. Die Erreichbarkeit der teilnehmenden Mitglieder wird verbessert, die Effizienz der Kom-
18 munikation untereinander wird gestärkt, die Kosten für Teilnehmende wie für die Organisati-
19 on reduziert. Allerdings bleibt ein gravierendes Problem. Genoss*innen ohne digitale Zugänge
20 und Kenntnisse sind ausgeschlossen, sie sind von dieser Entwicklung mit ihren Chancen abge-
21 koppelt. An den Zahlen der Mitglieder unserer SPD Hamburg wird das deutlich. Von den 10.341
22 Mitgliedern sind 4.457 (über 43%) im Alter über 60 Jahre, also Mitglieder der AG 60plus. Von
23 diesen sind 1.902, das sind über 42% nur per Post erreichbar. Fast jedes 5. Mitglied ist also digital-
24 elektronisch für unsere Partei nicht zu erreichen. Aufgeschlüsselt nach Kreisen (Stand Juni 2024,
25 Quelle LO):

26 Dass die ältere Generation hier überproportional vertreten ist, verwundert nicht. Die digitale
27 Kommunikation ist die Kommunikation der jüngeren Menschen, der Berufstätigen, der beson-
28 ders Aktiven. Und – das sollte hier auch ausdrücklich klar festgehalten werden - auch vieler äl-
29 terer Genoss*innen, die eine der sozialdemokratischen Grundüberzeugungen, die des lebens-
30 langen Lernens, leben und praktizieren können. Aber es gibt eben auch bei uns die anderen.
31 Sind das die Bequemen, die zu Unbeweglichen, die wir etwa zurücklassen müssen? Oder ist
32 es nur die kleine Zahl der sehr Hochbetagten, die diesen Zugang nicht mehr erlernen können?

33 Nein: Es sind oft diejenigen, die jahrzehntlang unserer Partei verbunden sind, die nach wie vor
34 traditionell hohe Beiträge zahlen, die treu zu unserer Sache stehen, die im persönlichen Um-
35 kreis, familiär und nachbarschaftlich Träger*innen unserer sozialdemokratischen Werte sind.
36 Aber eben die neue Form der digitalisierten elektronischen Kommunikation nicht mehr gehen
37 wollen. Und diese Gruppe von Genoss*innen lassen wir zunehmend aus unseren Kommuni-
38 kationsstrukturen herausfallen. Der VORWÄRTS, unser Bindeglied zu und Informationsorgan
39 gegenüber allen Genoss*innen (und damit auch der Hamburger Kurs) erscheint mit 6 mal
40 p.a. nicht nur weniger als früher: Seit einiger Zeit kommt er bei Postbezieher*innen nur noch
41 4 mal p.a. in den Briefkasten, weil 2 mal p.a. erscheint er nur noch digital-elektronisch, vermu-
42 tete Tendenz: zunehmend. (Übrigens: das beliebte Kreuzworträtsel mit sozialdemokratischem
43 Lösungswort kann man in der Digitalfassung ohnehin nicht bearbeiten, lösen, sich am Wettbe-
44 werb beteiligen.) Aktuelle Informationen auf SPD Landesebene, z.B. der aktuelle monatliche
45 (elektronische) Newsletter der LO, Pressemitteilungen, Veranstaltungs-Einladungen, die Infor-
46 mationen unserer Rathausfraktion, haben auch früher nicht alle erreicht, waren gerichtet an
47 eine besondere Zielgruppe von Funktionären. Vergleichbares gibt es in den Kreisen. Aber: In
48 welchen Kreisen oder Distrikten werden (nur postalisch erreichbare) Genossinnen noch mit
49 regelmäßigen Informationen versorgt? Bleibt es schließlich dabei, dass nur noch zur allzwei-
50 jährlichen Mitgliederversammlung alle Distriktsmitglieder mit einer postalischen Einladung
51 versorgt werden, weil es das Organisationsstatut (noch) so vorsieht?

Antrag 2025/I/Org/2**Kreis Wandsbek****Unsere Seniorinnen und Senioren nicht abhängen! Zur Kommunikation in unserer Partei.**

1 Der Landesparteitag möge beschließen: Wir fordern eine ehrliche Bestandsaufnahme zu den
2 Kommunikationsstrukturen zu nicht elektronisch erreichbaren Mitgliedern in unserem Landes-
3 verband. Dazu soll eine AG auf Landesvorstandsebene gebildet werden, die vorhandene posta-
4 lische Kommunikationsstrukturen erfasst, sie auf die Bedürfnisse unserer älteren Genoss*in-
5 nen hin bewertet und Vorschläge für eine Änderung macht. Kosten sind dabei ein wichtiger
6 Faktor, aber nicht der einzige und schon gar nicht der ausschlaggebende. In dieser AG sollen
7 der Landesgeschäftsführer, die Kreise, einige interessierte Distrikte pro Kreis und die AG 60plus
8 vertreten sein. Die Gliederungen unserer Partei werden um Auskünfte gebeten, damit ein ehr-
9 licher Überblick entsteht. Es soll hier nicht darum gehen, die unterschiedlichen und gewach-
10 senen Kommunikationsstrukturen der 7 Kreise und der 75 Distrikte zu „vereinheitlichen“. Von
11 guten Beispielen lernen und gemeinsam erkannte Herausforderungen angehen, ist ein gutes
12 Ziel. Die AG soll ihre Arbeit gleich nach den Bürgerschaftswahlen beginnen, vor der Sommer-
13 pause kommenden Jahres abschließen und dem Landesvorstand vorlegen.

14 Begründung

15 Wir fordern eine ehrliche Bilanz der Erreichbarkeit unserer Mitglieder. Die Digitalisierung
16 schreitet mit hoher Geschwindigkeit voran und bringt den Nutzer*innen und Nutzern viele An-
17 nehmlichkeiten und Vorteile. Als Partei zieht unsere SPD daraus ihren Nutzen. Die Erreichbar-
18 keit der teilnehmenden Mitglieder wird verbessert, die Effizienz der Kommunikation unterein-
19 ander wird gestärkt, die Kosten für Teilnehmende wie für die Organisation reduziert. Allerdings
20 bleibt ein gravierendes Problem. Genoss*innen ohne digitale Zugänge und Kenntnisse sind aus-
21 geschlossen, sie sind von dieser Entwicklung mit ihren Chancen abgekoppelt. An den Zahlen
22 der Mitglieder unserer SPD Hamburg wird das deutlich. Von den 10.341 Mitgliedern sind 4.457
23 (über 43%) im Alter über 60 Jahre, also Mitglieder der AG 60plus. Von diesen sind 1.902, das
24 sind über 42% nur per Post erreichbar. Fast jedes 5. Mitglied ist also digital-elektronisch für un-
25 sere Partei nicht zu erreichen. In unserem Kreis Wandsbek sind von den 1921 Mitgliedern 56,4%
26 Mitglieder bei AG60plus, davon sind aber 521 (46,4%) nur per Post erreichbar. Es sind oft die-
27 jenigen, die jahrzehntelang unserer Partei verbunden sind, die nach wie vor traditionell hohe
28 Beiträge zahlen, die treu zu unserer Sache stehen, die im persönlichen Umkreis, familiär und
29 nachbarschaftlich Träger*innen unserer sozialdemokratischen Werte sind. Aber eben die neue
30 Form der digitalisieren elektronischen Kommunikation nicht mehr gehen wollen. Aktuelle In-
31 formationen auf SPD-Landesebene, z.B. der aktuelle montägliche (elektronische) Newsletter
32 der LO, Pressemitteilungen, Veranstaltungs-Einladungen, die Informationen unserer Rathaus-
33 fraktion, haben auch früher nicht alle erreicht, waren gerichtet an eine besondere Zielgruppe

34 von Funktionären. Vergleichbares gibt es in den Kreisen. Aber: In welchen Kreisen oder Distrik-
35 ten werden (nur postalisch erreichbare) Genossinnen noch mit regelmäßigen Informationen
36 versorgt? Bleibt es schließlich dabei, dass nur noch zur allzweijährlichen Mitgliederversamm-
37 lung alle Distriktsmitglieder mit einer postalischen Einladung versorgt werden, weil es das Or-
38 ganisationsstatut (noch) so vorsieht?

Antrag 2025/I/Org/3**SPD Frauen Hamburg****Weil es 44,3% mehr sind – unsere Landesparteitage umgestalten**

- 1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:
- 2 Der Landesvorstand der SPD Hamburg sowie die Landesorganisation der SPD Hamburg tragen
- 3 Sorge dafür, dass die Landesparteitage der SPD Hamburg hybrid (digital und in Präsenz) statt-
- 4 finden.
- 5 **Begründung**
- 6 Hybride Landesparteitage, bei denen sowohl persönliche als auch virtuelle Teilnahme möglich
- 7 ist, machen es für Menschen einfacher, sich zu beteiligen, unabhängig von ihrem geografischen
- 8 Standort, ihrer Mobilität oder anderen Verpflichtungen wie Arbeit und Familie. Menschen, die
- 9 aus zeitlichen, finanziellen oder gesundheitlichen Gründen nicht an Präsenzveranstaltungen
- 10 teilnehmen können, erhalten die Möglichkeit, sich virtuell zu engagieren. Das erhöht die Be-
- 11 teiligung und stellt sicher, dass verschiedene Perspektiven in den Entscheidungsprozessen be-
- 12 rücksichtigt werden.
- 13 Hybride Teilnahme kommt allen zugute!

Antrag 2025/I/Org/4**SPDqueer****Antrag zur Einführung inklusiver Sanitäranlagen in allen Kreisbüros und Parteizentralen**

1 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) verpflichtet sich, in allen Kreisbüros und
2 Parteizentralen Sanitäranlagen für jedes der offiziellen Geschlechter (männlich/weiblich/di-
3 vers) sicherzustellen. Sollte dies aufgrund baulicher Gegebenheiten nicht möglich sein, wird
4 die Umfunktionierung aller bestehenden Sanitäranlagen in UnisexToiletten angeordnet. Die-
5 se Maßnahme soll sicherstellen, dass alle Mitglieder und Besucher der Partei, unabhängig von
6 ihrer Geschlechtsidentität, gleichberechtigt und diskriminierungsfrei Zugang zu Sanitäranla-
7 gen haben. Die Umstellung soll in allen relevanten Räumlichkeiten erfolgen. Die SPD setzt sich
8 damit weiterhin für Inklusion, Gleichberechtigung und die Anerkennung der Geschlechterviel-
9 falt ein.

10 Begründung

11 Mit der rechtlichen Anerkennung weiterer Geschlechter durch den Geschlechtseintrag „divers“
12 von 2017/2019 und der zunehmenden gesellschaftlichen Sensibilisierung für die Vielfalt von
13 Geschlechtsidentitäten ist es ein notwendiger Schritt, auch innerhalb der Partei eine Infra-
14 struktur zu schaffen, die die Bedürfnisse aller Menschen berücksichtigt. Die SPD, als Partei der
15 sozialen Gerechtigkeit und Gleichberechtigung, sollte hier mit gutem Beispiel vorangehen und
16 sicherstellen, dass niemand aufgrund seiner Geschlechtsidentität benachteiligt oder diskrimi-
17 niert wird.

Wis Wissenschaft**Antrag 2025/I/Wis/1****Jusos Hamburg****Einrichtung einer staatlichen Forschungseinrichtung für die Entwicklung von Antibiotika**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundestag der
2 SPD beschließen, dass sich die Bundestagsfraktion der SPD und sozialdemokratischen Mitglie-
3 der der Bundesregierung für Folgendes einsetzen: Es sollen Gelder im erheblichen Umfang zur
4 Verfügung gestellt werden, um Fördermaßnahmen zur Antibiotikaforschung unterschiedlicher
5 Technologie-Reifegrade zu ermöglichen. Diese Gelder sollen sowohl auf nationaler Ebene, ins-
6 besondere durch Ausschreibungen der relevanten Ministerien wie BMBF und BMG und auf EU-
7 Ebene über die Horizon Europe Actions zur Verfügung gestellt werden. Des Weiteren sollen An-
8 reize geschaffen werden für Unternehmen, um neue Produkte mit nachgewiesener Wirkung
9 auf den Markt zu bringen. Zudem möge die Schaffung analoger Strukturen in anderen Mit-
10 gliedsstaaten der Europäischen Union angeregt und eine mögliche Assoziierung mit bestehen-
11 den analogen Instituten in anderen europäischen Mitgliedsstaaten geprüft werden. Außerdem
12 soll sichergestellt werden, dass die Ergebnisse dieser Forschung nicht in privater Hand paten-
13 tiert wird.

14 Begründung

15 Die Gefahr einer sogenannten Postantibiotika-Ära in welcher der Menschheit bekannte Anti-
16 biotika durch die sich entwickelnde Antibiotikaresistenzen ihre Wirksamkeit verlieren und da-
17 mit einhergehender pandemischer Zustände erhält in den vergangenen Jahren in Fachkreisen,
18 ebenso wie in der Öffentlichkeit zunehmende Aufmerksamkeit. Laut Angaben der WHO sind
19 im, Jahr 2022 allein 1,3 Millionen Menschen aufgrund nicht wirksamer Antibiotika gestorben. In
20 Deutschland waren es 9700 Todesfälle. Die Erlebnisse der Corona-Pandemie sollten uns lehren,
21 solche Statistiken ernst zu nehmen. Das hauptsächliche Problem bei der Entwicklung von Anti-
22 biotika ist, dass es für private Akteur*innen nicht attraktiv ist, an der Entwicklung von Antibioti-
23 ka zu forschen. Mit Antibiotika lässt sich deutlich weniger Geld verdienen als beispielsweise mit
24 Krebsmedikamenten oder Mitteln gegen chronische Erkrankungen. Denn Antibiotika werden
25 in der Regel nur wenige Tage lang eingesetzt. Zudem sollten neue Mittel nur im Notfall ver-
26 wendet werden, wenn alle herkömmlichen Antibiotika nicht mehr anschlagen. Sie sollen also
27 als Reserve zurückgehalten werden, damit sie ihre Wirkung nicht so schnell verlieren. Interesse
28 an der Entwicklung sollte allerdings staatlicherseits, sowie aus makroökonomischer Perspekti-
29 ve bestehen, da ein Staat die Aufgabe hat, seine Bevölkerung zu schützen und bspw. Pandemien
30 erhebliche makroökonomische Schäden verursachen, wie wir während der Corona-Pandemie
31 feststellen konnten. Diese Faktoren sind so zu interpretieren, dass letztendlich die Verfügbar-
32 keit von Antibiotika als kritische Infrastruktur angesehen werden muss. Somit fällt ihr Erhalt
33 unbedingt in den Aufgabenbereich des Staates. Dieser fördert zwar vereinzelt Forschungspro-
34 jekte, welche hauptsächlich an Universitäten angesiedelt sind, diese müssen allerdings zum

35 einen finanziell mit anderen Forschungsprojekten der Universitäten konkurrieren; zum ande-
36 ren erschwert diese Organisation die Koordination unterschiedlicher Forschungsvorhaben auf
37 diesem Gebiet. Daher liegt es in der Aufgabe des Staates, die bestehenden Forschungsvorha-
38 ben in der Antibiotikaentwicklung zu bündeln und zu stärken. Als Maßnahme hierfür bietet
39 sich die Einrichtung eines Forschungsinstitutes an. Durch die Ausweitung der Kooperation auf
40 die Europäische Ebene könnte die Bündelung der Ressourcen zusätzlich verstärkt werden.

Antrag 2025/I/Wis/2

Jusos Hamburg

Barrieren abbauen – für eine bessere Anerkennung von Prüfungsleistungen beim Hochschulwechsel!

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der
2 SPD beschließen: Die SPD Bundestagsfraktion, die Bundesregierung, die SPD Bildungsminis-
3 ter*innen sowie die SPD-Landtagsfraktionen werden dazu aufgefordert, sich für eine Erleich-
4 terung des Anerkennungsprozesses von Studienleistungen beim Hochschulwechsel einzuset-
5 zen. So sollen künftig bspw. die Form der Leistung (Klausur, Hausarbeit, Praktikum etc.) sowie
6 geringfügige inhaltliche Abweichungen der Leistung die Anerkennung der Prüfungsleistung
7 an der neuen Hochschule nicht mehr beeinträchtigen. Und die SPD Bürgerschaftsfraktion und
8 die Hamburgische Wissenschaftsbehörde werden dazu aufgefordert, zu prüfen, ob §40 I Ham-
9 burgische Hochschulgesetz, dem Studierenden Bedürfnis Studienleistungen vom Studienort-
10 wechseler*innen erleichtert anzuerkennen ausreichend Rechnung trägt.

11 **Begründung**

12 Jedes Hochschulsesemester entscheiden sich Studierende dazu, die Hochschule zu wechseln.
13 Dies hat meistens persönliche Gründe – z.B. einen Umzug oder die Chance, sich an einer ande-
14 ren Fakultät zu spezialisieren. Doch an vielen Hochschulen und Universitäten werden Studie-
15 renden ihre Leistungen, welche sie an anderen Fakultäten erbracht haben, nach einem Wech-
16 sel nicht anerkannt. Hierfür kann es berechtigte Gründe geben. So können Fächer und Module
17 an anderen Fakultäten weiter gefasst sein, sodass die Prüfungen materiell tatsächlich nicht
18 vergleichbar sind. In vielen Fällen scheitert die Anerkennung aber lediglich an der Form der
19 Leistung (Hausarbeit vs. Klausur) oder an minimalen inhaltlichen Differenzen. Dies ist für Stu-
20 dierende besonders ärgerlich. Jemand, der bereits Leistungen zum selben Fach und Thema er-
21 bracht hat, sollte den Großteil seiner Leistungen nicht wiederholen müssen. Da die Prüfungs-
22 leistung in einem Modul oft Voraussetzung für darauf aufbauende Kurse ist, verzögert sich
23 einerseits der Studienverlauf. Andererseits trifft es die Studierenden nach einem Wechsel in
24 einer Situation, die – bedingt etwa durch einen Umzug und die neue Umgebung – mit zusätz-
25 lichem Stress verbunden ist. Im Kontext dieser Problematik ist zwar auch die vom Grundgesetz
26 garantierte Wissenschaftsfreiheit zu berücksichtigen. Jedenfalls bei minimalen Abweichungen
27 gibt es jedoch keinen Grund, Prüfungsleistungen an einer anderen staatlichen/staatlich aner-
28 kannten Fakultät nicht zu berücksichtigen.

Antrag 2025/I/Wis/3**Hochschulen – demokratisch und sozial!**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur anschließenden Weiterleitung an den Bun-
2 desparteitag der SPD beschließen: Die SPD Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen
3 Mitglieder der Bundesregierung, sowie die SPD-Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft und
4 die sozialdemokratischen Mitglieder des Hamburger Senates sollen darauf hinwirken, dass im
5 Hochschulrahmengesetz und dem Hamburgischen Hochschulgesetz eine breitere Demokrati-
6 sierung der Hochschulen verankert wird. Dafür fordern wir: • die Viertelparität in Hochschul-
7 gremien, insbesondere im akademischen Senat für die vier Statusgruppen Studierende, Profes-
8 sor*innen, Wissenschaftliche Mitarbeitende und Verwaltungspersonal • studentische Vizeprä-
9 sident*innen als Teil des Hochschulpräsidiums

10 Begründung

11 Wir setzen uns als sozialdemokratische Partei Deutschlands für eine freie und demokratische
12 Gesellschaft ein. Dieses Leitbild endet nicht an den Campusmauern. Für eine freie Wissenschaft
13 müssen alle daran Beteiligten ein gutes Maß an Mitbestimmung haben. Der akademische Se-
14 nat ist an den wichtigsten Entscheidungen der Hochschulpolitik direkt beteiligt und muss dem-
15 entsprechend demokratisch organisiert sein. Momentan haben beispielsweise die Studieren-
16 den als mit Abstand personenstärkste Statusgruppe an den Hochschulen ein deutlich geringe-
17 res Mitentscheidungsmaß. So umfasst das Stimmgewicht der studentischen Vertreter*innen
18 im Senat der HafenCity-Universität nur 20%, obwohl sie mehr als 80% aller Hochschulangehö-
19 rigen ausmachen. An der Universität Hamburg beträgt das Stimmgewicht der studentischen
20 Vertreter*innen sogar nur 15,7%. Über eine Viertelparität kann allen Statusgruppen ein ange-
21 messenes Stimmgewicht gegeben und gleichzeitig die im Grundgesetz festgeschriebene Wis-
22 senschaftsfreiheit gesichert werden. Mitbestimmung findet nicht nur im Senat statt. Für eine
23 transparente und konsensgetriebene Hochschulverwaltung sind studentische Prorektor*innen
24 und Vizepräsident*innen in einigen Bundesländern bereits ein erprobter und etablierter Teil der
25 Hochschulverwaltung, die diese nachhaltig stärken.

Antrag 2025/I/Wis/4**Jusos Hamburg****Meinungsfreiheit an der Uni gewährleisten – Hochschulisches Ordnungsrecht abschaffen!**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Das hochschulische Ordnungsrecht
2 soll ersatzlos aus dem Hamburger Hochschulgesetz (HmbHG) gestrichen werden. Dafür muss
3 §42 Abs. 3 S. 3 gestrichen werden.

4 Begründung

5 Universitäten und Hochschulen sind schon immer Orte gewesen, an denen Streitbare Posi-
6 tionen diskutiert werden. Meinungen und deren Äußerung sollen in diesen Rahmen auch ge-
7 gesellschaftlichen Konsens verlassen dürfen, um so auch Gesellschaftliche Weiterentwicklung zu
8 ermöglichen. Dem steht das Ordnungsrecht entgegen. Es ermöglicht der Universität, in eige-
9 nem Ermessen Studierende aus der Universität zu exmatrikulieren, wenn diese der Hochschule
10 schuldhaft schweren Schaden zugefügt haben. Darunter fallen laut Gesetzeskommentar (Neu-
11 kirchen, Reußow, Schomburg et al, 2017) auch „[...] Störungen des ordnungsmäßigen Betriebs
12 von einigem Gewicht.“ Hierunter ließen sich auch Formen des etablierten studentischen Pro-
13 testes wie z.B. Hörsaalbesetzungen fassen. Grade an Universitäten und Hochschulen, an de-
14 nen unter anderem durch Prekarisierung, Zeitverträge, und die gesetzliche Struktur der uni-
15 versitären Selbstverwaltung Studierenden der Aufstieg in eine Akademische Machtposition
16 schwer gemacht wird, ist es wichtig, dass Protest von Studierenden möglich ist, auch wenn
17 es sich um Formen des zivilen Ungehorsams handelt. Nur so können Studierende eine starke
18 Verhandlungsposition gegenüber der Universität einnehmen. Engagement von Studierenden
19 an der Uni darf nicht durch die Macht eines Ausschusses der Universität unter Druck geraten.
20 Für Rechtsprechung ist in Deutschland die Justiz zuständig. Sollte es zu Vorfällen kommen, die
21 strafrechtlich relevant sind, ist es nicht die Aufgabe von Universitäten und Hochschulen, die-
22 se zu ahnden, sondern Aufgabe der Justiz. Anderenfalls besteht die Gefahr, dass der Korridor
23 der Meinungsfreiheit gerade dort eingeschränkt wird, wo herrschende Strukturen, Normen und
24 Machtverhältnisse hinterfragt werden können und sollen.

Antrag 2025/I/Wis/5**Distrikt Rissen-Sülldorf****Spitzenwissenschaftler*innen aus USA unterstützen**

1 Der Landesparteitag möge beschließen: Die sozialdemokratischen Bürgerschaftsabgeordnete
2 ten und sozialdemokratischen Senatorinnen und Senatoren der Freien und Hansestadt Ham-
3 burg werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass:

4 1. Hamburg kurzfristig für die Dauer von mindestens acht Jahren zehn angemessen dotierte
5 Stellen für Professoren/Wissenschaftler der USA an der Universität Hamburg oder bei in Ham-
6 burg ansässigen Forschungsinstituten bereitstellt; 2. Hamburg gemeinsam mit der Handels-
7 kammer Hamburg Unternehmen in Hamburg auffordert, weitere Stellen für Wissenschaftle-
8 rinnen und Wissenschaftler aus den USA befristet bereitzustellen/zu finanzieren; 3. die Behör-
9 de für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke aktiv die vorstehenden Maßnah-
10 men entsprechend kommuniziert; 4. die hamburgische Verwaltung USA - Wissenschaftler:in-
11 nen bei der Wohnungssuche und sonstigen erforderlichen Formalitäten für eine Tätigkeit in
12 Hamburg aktiv unterstützt.

13 Begründung

14 Wie aus der aktuellen Berichterstattung bekannt, versucht die Trump-Regierung, in den USA
15 Forschung und Lehre im Sinne einer illiberalen Demokratie unter ihre Kontrolle zu bringen
16 und damit die Freiheit von Wissenschaft und Forschung nachhaltig zu beeinträchtigen. Unter
17 anderem in vielen naturwissenschaftlichen, geisteswissenschaftlichen und wirtschaftswissen-
18 schaftlichen Bereichen gehören Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den USA zu den
19 weltweit Führenden. Hamburg als weltoffene und der Freiheit von Forschung und Lehre ver-
20 pflichtete Stadt sollte derart verfolgten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Mög-
21 lichkeit geben, ihre Forschungen ohne Beeinträchtigungen von staatlicher Seite fortzusetzen,
22 um ihre Expertise in der Spitzenforschung weltweit weiterhin nutzbar zu machen. Zugleich
23 würde Hamburg sowie der gesamte Wissenschaftsstandort Deutschland und Europa von der
24 verstärkten Kooperation mit exzellenten US-Wissenschaftlern profitieren. Der Austausch hoch-
25 qualifizierter Forscher fördert nicht nur wissenschaftlichen Fortschritt, sondern stärkt auch
26 Hamburgs internationale Vernetzung, Innovationskraft und Attraktivität als Wissenschaftsme-
27 tropole.

Antrag 2025/I/Wis/6

Jusos Hamburg

Reform des Lehramtsstudiums

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die SPD-Fraktion in der Hamburgi-
2 schen Bürgerschaft und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden dazu aufgefor-
3 dert, sich dafür einzusetzen, dass das Lehramtsstudium in vielen Teilen grundsätzlich verändert
4 wird. Darunter fallen die folgenden Forderungen: 1. Module, die für das Studium und Erlernen
5 der mittel- und frühneuhochdeutschen Sprache gedacht sind, sollen ersatzlos aus dem Pflicht-
6 bereich des Lehramtsstudiums des Faches Deutsch verschwinden. Es kann jedoch in anderen
7 Modulen als Teilbereich weitergeführt werden, aber nicht in dieser Intensität und mit dieser
8 Beachtung. 2. Die Lehramtsstudierenden der Sonderpädagogik sollen, sofern sie weiterhin die-
9 selben Veranstaltungen für ihren Abschluss wie Studierende des Lehramts der Sekundarstufe
10 I und II besuchen und dieselben Bestehenskriterien haben, die Berechtigung erhalten, auch an
11 Gymnasien und Stadtteilschulen zu unterrichten, ohne Bachelorarbeit und Freien Studienan-
12 teil ebenfalls im entsprechenden Fachbereich wählen zu müssen.

13 Begründung

14 Der Lehrkräftemangel ist ein offensichtliches und bekanntes Problem. Dieser sollte angegan-
15 gen werden und wurde es mit dem Quereinstieg und der Reform der Sekundarstufenstudien-
16 gänge auch. Jedoch heißt das nicht, dass es jetzt problemlos funktioniert. Noch immer gibt es
17 Probleme. Teil des Lehramtsstudiums des Faches Deutsch der Sekundarstufe I und II ist ein Mo-
18 dul, welches sich über mindestens zwei Semester erstreckt und einzig dem Erlernen von Kennt-
19 nissen der mittel- und frühneuhochdeutschen Sprache dient, die allerspätestens seit dem An-
20 fang des 16. Jahrhunderts irrelevant sind. Sichtbar ist das auch dadurch, dass selbst in einem
21 Schulbuch der Reihe P.A.U.L. D., welches einen vollständigen Abschnitt der Nibelungensage, ei-
22 nem Werk, welches eigentlich ein mittelhochdeutsches ist und auch in einer mittelhochdeut-
23 schen Fassung existiert, den Text nur in einem Neuhochdeutsch der Gegenwart enthält, die
24 älteren Sprachweisen sind nicht groß thematisiert. Daher scheint die Existenz eines so viel Zeit
25 in Anspruch nehmenden Pflichtmoduls wohl kaum wichtig für den späteren Beruf zu sein. Die
26 Zeit, die darauf verwendet wird, könnte anders genutzt werden, das Thema auch in ein ande-
27 res Modul überführt werden, doch sollte es nicht Teil des Pflichtprogramms für jeden in diesem
28 Studiengang sein.

AUSSEN Außenpolitik

Antrag 2025/I/AUSSEN/1

Jusos Hamburg

Friedensinitiative Nahost: Das zivile Leben in Gaza und Israel muss geschützt werden!

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der
2 SPD beschließen: Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Mitglieder der Bundesregierung
3 werden aufgefordert: 1. Sich in der Bundesregierung und im UN-Sicherheitsrat für eine sofor-
4 tige Waffenpause und einen langfristigen Waffenstillstand im Nahost-Krieg einzusetzen, der
5 den Schutz der Zivilbevölkerung in Gaza und Israel gleichermaßen priorisiert. 2. Sich in der
6 Bundesregierung und im UN-Sicherheitsrat für die sofortige Bereitstellung von humanitärer
7 Hilfe und Unterstützung für die Menschen im Gazastreifen einzusetzen, um die katastrophale
8 humanitäre Lage zu lindern. 3. Sich in der Bundesregierung und im UN-Sicherheitsrat weiter-
9 hin dafür einzusetzen, dass alle Parteien im Nahost-Krieg sich an das humanitäre Völkerrecht
10 und den Schutz der Zivilbevölkerung halten. 4. Sich weiterhin für die sofortige Freilassung aller
11 Hamas-Geiseln einzusetzen und alle diplomatischen Mittel dafür auszuschöpfen.

12 **Begründung**

13 Die jüngsten Entwicklungen im Nahost-Krieg erfüllen uns mit großer Sorge. Der verheerende
14 Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 hat uns zutiefst erschüttert und steht als grau-
15 same Erinnerung an das größte Massaker an Jüdinnen und Juden seit der Shoah. Dieses Ver-
16 brechen gegen die Menschlichkeit, dieser terroristische Akt ist in keiner Weise zu rechtfertigen.
17 Das Existenzrecht Israels und das legitime Recht auf Selbstverteidigung sind uneingeschränkt
18 anzuerkennen. Gleichzeitig müssen Maßstäbe gesetzt werden, die die Grundsätze der Verhält-
19 nismäßigkeit und den Schutz der Zivilbevölkerung gewährleisten. Die Konflikteskalation hat
20 zu einer beispiellosen humanitären Katastrophe geführt, insbesondere durch die Abriegelung
21 des Gaza-Streifens. Etwa 85 Prozent der Bevölkerung in Gaza im ohnehin dicht besiedelten Gaza
22 sind als Vertriebene gezwungen, ständig auf der Flucht zu sein. Die verbliebenen Krankenhäu-
23 ser sind überlastet, der Bedarf an medizinischer Versorgung für Kriegsverletzte ist enorm. Müt-
24 ter kämpfen darum, ihre Neugeborenen zu ernähren, während Familien tagelang ohne ausrei-
25 chende Nahrung auskommen müssen. Viele Menschen leben unter freiem Himmel, ohne an-
26 gemessenen Schutz vor den Wetterbedingungen. Es mangelt an grundlegenden Bedarfsgegen-
27 ständen wie Matratzen, warmer Kleidung für den Winter und Decken. Besonders prekär ist die
28 Lage für schwangere Frauen. Etwa 50.000 Frauen im Gazastreifen sind schwanger, und seit Be-
29 ginn des Konflikts wurden etwa 20.000 Babys geboren. Viele von ihnen erhalten seit Monaten
30 keine angemessene medizinische Versorgung und leben unter prekären Bedingungen, sowohl
31 vor als auch nach der Geburt, oft in Zelten. Frauen und ihre Neugeborenen werden oft schon
32 wenige Stunden nach der Geburt aus der Klinik entlassen, ohne angemessene Unterstützung
33 zu erhalten. Die Zahl der an Infektionskrankheiten erkrankten Menschen oder unter Mangel-
34 nahrung Leidenden steigt unaufhaltsam. In dieser zunehmend lebensbedrohlichen Umgebung

35 sehen sich selbst zahlreiches medizinisches Personal dieser Brutalität ausgesetzt. Zahlreiche
36 Ärzte und medizinisches Personal, darunter auch deutsche Ärzte von Ärzte ohne Grenzen, sind
37 in gekennzeichneten Unterkünften und Krankenhäusern getötet wurden. Wenn unschuldige
38 Menschen, insbesondere diejenigen, die ihr Leben dafür einsetzen, anderen zu helfen, sterben
39 müssen, dürfen diese Gräueltaten nicht ignoriert werden. Es bedarf dringend sicherer Flucht-
40 wege aus Gaza.

41 Angesichts der anhaltenden Kampfhandlungen fordern wir ein sofortiges Ende der Gewalt und
42 die Bereitstellung dringend benötigter humanitärer Hilfe für die betroffene Bevölkerung in Ga-
43 za und Israel. Nur durch diese Maßnahmen kann das Leiden der Zivilbevölkerung gestoppt und
44 der langfristige Friedensprozess, einschließlich einer Zweistaatenlösung, vorangetrieben wer-
45 den.

Antrag 2025/I/AUSSEN/2**Distrikt Niendorf****Hamburgs Nachhaltigkeitsagenda**

- 1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Hamburg setzt auf die zukunftswei-
- 2 sende Strategie der ökologischen, ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeit. Grundlagen sind
- 3 die UN-Agenda 2030 der Zukunftspakt der Vereinten Nationen und der Pariser Klimavertrag.
- 4 Die SPD begrüßt, dass Hamburg gemeinsam mit den UN und der Bundesregierung jedes Jahr
- 5 eine Nachhaltigkeitskonferenz (Sustainability Conference, HSC) durchführen und daran auch
- 6 die Zivilgesellschaft aktiv beteiligen will, die kompetent und vielseitig engagiert, seit langem
- 7 für ein nachhaltiges Hamburg und eine nachhaltige Entwicklung der Weltgesellschaft wirbt.
- 8 Wichtig wird dabei auch die Hamburger Nachhaltigkeitsstrategie werden: Sie muss neben Be-
- 9 hörden, öffentlichen Unternehmen, der Wissenschaft und Wirtschaft alle Akteursgruppen in
- 10 die Beratungen einbeziehen. Fortgesetzt und finanziell abgesichert werden müssen die welt-
- 11 weit anerkannten Maßnahmen des Hamburger Masterplans Bildung für Nachhaltige Entwick-
- 12 lung in allen Bildungsbereichen.

Antrag 2025/I/AUSSEN/3

Jusos Hamburg

Zukunftsorientierter Fokus auf die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit von Israel

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg, möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der
2 SPD und schließlich zur Weiterleitung an die SPD Bundestagsfraktion, beschließen.

3 **Begründung**

4 Deutschland muss seine sicherheitspolitische Verantwortung wahrnehmen und alles daran
5 setzen, das Existenzrecht des Staates Israel zu schützen, der durch die Terrororganisation Ha-
6 mas massiv bedroht wird. Der Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 war ein historisches Ver-
7 brechen, das der größte Massenmord an Jüd*innen seit der Shoah war. Dies zeigt, dass der
8 Hauptaggressor in diesem Konflikt die Hamas ist, deren Gewalt und Ideologie eine friedliche
9 Zukunft in der Region behindern. Gleichzeitig ist die Rolle der Hamas, ebenso wie die der His-
10 bollah, als Gesprächspartner infrage zu stellen, da sie sich ausdrücklich gegen jede Verhand-
11 lungslösung und das Existenzrecht Israels stellen.

12 Dennoch erkennen wir an, dass die derzeitige israelische Regierung, der rechtsextreme Politiker
13 wie Finanzminister Bezalel Smotrich angehören, ebenfalls problematisch ist. Premierminister
14 Netanjahu steht für eine Politik, die von vielen als Spaltung und Eskalation wahrgenommen
15 wird, darunter der Versuch, eine rechtswidrige Justizreform durchzusetzen, eine zunehmende
16 Missachtung völkerrechtlicher Normen mit der Siedlungspolitik in den besetzten palästinensi-
17 schen Gebieten, sowie eine zunehmende Missachtung völkerrechtlicher Normen. Diese politi-
18 sche Ausrichtung gefährdet Israels langfristige Sicherheit und erschwert eine friedliche Lösung
19 des Konflikts.

20 Netanjahu hat sein politisches Schicksal an diesen Krieg geknüpft. Solange er Mittel und Wege
21 findet, diesen trotz völkerrechtlicher Bedenken weiterzuführen, wird der Krieg nicht enden. Die
22 fortwährenden Aggressionen der Hamas und weiterer iranischer Proxys wie den Houthis und
23 Hisbollah verschärfen die Gewaltspirale im Nahen Osten, da sie gezielt Spannungen anheizen,
24 israelische Gegenschläge provozieren und die Region destabilisieren. Diese Gruppen handeln
25 oft im Einklang mit iranischen Interessen, um Einfluss auszuweiten und Konflikte zu verstärken,
26 was eine Eskalation auf beiden Seiten unvermeidlich macht.

27 • Deshalb fordern wir ein UN-Waffenembargo in die Region des Nahen Ostens. Dieses Embargo
28 soll durch eine UN-Friedensmission überwacht werden. • Deutschland setzt sich an der Seite
29 Israels für eine Beendigung des Krieges und die Befreiung der Geiseln ein. • Das iranische Re-
30 gime soll durch weitergehende Maßnahmen zusätzlich zu den bestehenden Sanktionen gezielt
31 in seiner Fähigkeit eingeschränkt werden, seine Verbündeten zu unterstützen. Hierzu sollte

32 Deutschland die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Ländern wie Indien stärker an gemein-
33 same sicherheitspolitische Interessen koppeln.

34 Der 7. Oktober zeigt jedoch, dass die Existenz Israels dauerhaft bedroht ist. Daher muss die La-
35 ge kontinuierlich neu betrachtet und eingeschätzt werden. Eine auf Verteidigungssysteme be-
36 schränkte Unterstützung des Staates Israels kann nach Erreichen eines Waffenstillstands und
37 der Befreiung der Geiseln neu bewertet werden.

38 Für bereits gelieferte offensive Waffensysteme (insbesondere Dual-Use-Systeme) sollten völ-
39 kerrechtskonforme Verteidigungsaufgaben ähnlich wie gegenüber der Ukraine gestellt werden.
40 Der SPD-Parteivorsitzende Lars Klingbeil sagte bereits im Oktober 2024: „Wir haben eine unein-
41 geschränkte Solidarität mit dem Staat Israel, ich habe keine uneingeschränkte Solidarität mit
42 der Regierung Netanjahu.“

43 Wir stellen uns hinter Lars Klingbeils Worte und wollen ihm mit diesem Antrag verteidigungs-
44 politisch Rechnung tragen, da der aktuelle Kurs der Regierung Netanjahu Israels Sicherheit ge-
45 fährdet.

46 • Bereits gelieferte deutsche Waffen dürfen nur auf israelischem Staatsgebiet eingesetzt wer-
47 den, es sei denn aus dem Gazastreifen, Westjordanland oder Libanon erfolgen nach einer Waf-
48 fenruhe Angriffe, die den Einsatz völkerrechtlich rechtfertigen. Für uns ist klar: Israel hat das
49 Recht, sich selbst zu verteidigen.

50 Der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) hat mehrfach darauf hingewie-
51 sen, dass es im Gazastreifen einen gesicherten Verdacht auf völkerrechtswidriges Vorgehen
52 gibt, und mehrere Haftbefehle sowohl gegen Mitglieder der israelischen Regierung als auch
53 gegen Vertreter der Hamas erlassen. Hierbei sollte insbesondere der Vorwurf die Zivilbevöl-
54 kerung des Gazastreifens aktiv als Kriegsmittel durch Entzug von lebensnotwendigen Mitteln
55 (Essen, Elektrizität, Medizin) einzusetzen verurteilt werden. Dies ist Menschenunwürdig, da die
56 Menschen objektifiziert werden (sog. Objekttheorie). Deutschland ist Mitglied des Internatio-
57 nalen Strafgerichtshofs (IStGH) und muss seiner Verantwortung nachkommen, sich aktiv für
58 die Wahrung und Durchsetzung des internationalen Völkerrechts einzusetzen. Hierzu gehört
59 auch die Anerkennung der Flächenverteilung des Oslo II-Vertrags (sog. Zwei-Staaten-Lösung)
60 und die Beendigung der Völkerrechtswidrigen Siedlungspolitik der Israelischen Regierung.

61 • Wir fordern einen zukunftsorientierten Blick auf den Nahostkonflikt. Eine friedliche Zukunft
62 ist nicht möglich, wenn immer tiefere Generationentraumata entstehen.

63 Auch die Zivilbevölkerung in Gaza, im Westjordanland und im Südlibanon benötigt eine Per-
64 spektive für eine Zukunft, die nicht von Krieg und Leid bestimmt ist. Diese Perspektive lässt
65 sich nur gestalten, wenn der Einfluss des Irans in der Region abnimmt. Die Staatsräson der Is-
66 lamischen Republik Iran ist die Vernichtung des Staates Israel. Daher muss der größtmögliche
67 Druck auf den iranischen Staat, sowohl aktiv als auch passiv, ausgeübt werden. Die gesamte
68 Bevölkerung im Nahen und Mittleren Osten hat das Recht auf ein freies und selbstbestimmtes
69 Leben.